

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 1 Pf. Sonntags-Nummer mit 14 Uhr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. 50 Pf. Monat. Einget. in der Post-Regulierungs-Vereinbarung für 1894 unter Nr. 6918.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Bereinigungs- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt I. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 12. Januar 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Von den Besten der Nation.

Eine eigene Ironie des Schicksals hat es gewollt, daß dieser Tage mitten im Lande der dicksten Kapitalistenproben, vor dem Schöffengericht in Essen, ein „Edelster der Nation“, ein ultramontaner Graf, und ein „Beste der Nation“, ein königlich preussischer Berggrath aus dem Saarrevier, wegen unsagbarer Beleidigungen, mit denen sie gegenseitig ihre unbestreitbare Eignung für ihre „hohen“ Stellungen dargegethan hatten, zu Geldstrafen von mehreren hundert Mark verurtheilt worden sind. Es handelte sich um die den Lesern des „Vorwärts“ aus dem Leitartikel vom 11. Juli vorigen Jahres bekannte Affäre Schulenburg-Hilger. Der frühere Bergassessor, jetzige Berggrath Hilger ist der Redakteur des berüchtigten, mit staatlichen Mitteln im Saarrevier herausgegebenen „Bergmannsfreund“, der in der größten Verschimpfung aller Organisationsbestrebungen der dortigen Bergleute das Menschensögliche geleistet hat und fortwährend leistet. Hilger, ein steinreicher Herr, den die Umgegend von Saarbrücken vornehmlich aus seinen prozigen Spazierritten mit obligatem Reitknecht kennt, zeichnet zwar, seitdem wir seine journalistischen Leistungen im „Vorwärts“ wiederholt niedriger gehängt haben, den „Bergmannsfreund“ nicht mehr als verantwortlicher Redakteur, ist aber nach wie vor der leitende „Geist“ des edlen Staatsblattes; wir sind neugierig, ob in den nächstens beginnenden Verhandlungen des preussischen Landtages eine der freisinnigen Koryphäen den Muth findet, zu der betreffenden Stattposition das Nöthige zu sagen. Besagter Hilger hatte voriges Jahr den Grafen Schulenburg, welcher Freiherrn von Stumm im Saarrevier als ultramontaner Reichstags-Kandidat entgegengestellt worden war, auf das Gehässige in persönlicher Weise durch den „Bergmannsfreund“ angegriffen. Schulenburg antwortete gebührend, es folgte eine Forderung zum Duell und schließlich die Beleidigungsklage, die jetzt zum Anstrag gekommen ist. Wir wollen uns nun darauf beschränken, dasjenige zusammenzustellen, was nach dem gewiß unverdächtigen Bericht des Essener Kapitalistenblattes, der „Rhein.-Westf. Zeitung“, in der Gerichtsverhandlung vom 27. Dezember vorigen Jahres zur Charakteristik der beiden „Edelsten und Besten“ gerichtlich festgestellt worden ist.

Erstens auf das Konto des Grafen Schulenburg. Der Verteidiger des Hilger sagte diesem Edelsten der Nation ins Gesicht, daß er „Ausdrücke gebraucht habe, wie man sie in dem Munde eines gesellschaftlich gebildeten Menschen für unmöglich halten sollte“. Er stellte es im Anschluß an den Hilger'schen Artikel als „eine gewisse Unverschämtheit von einer solchen Persönlichkeit hin, gegen den Freiherrn

von Stumm, der doch eine parlamentarische Größe (!!) ist, zu kandidiren“. Ferner fand die Verlesung zweier gerichtlicher Urtheile statt, nach welchen der Graf wegen roher Mißhandlung seines Hundes, den er in Gemeinschaft mit einem Diener zu Tode gequält, zu der höchsten zulässigen Geldstrafe von 150 M. verurtheilt ist. In beiden Urtheilen heißt es, daß die Strafe wegen der bei der That an den Tag gelegten besonderen Gefühlsrohheit so hoch ausgefallen sei. Der Verteidiger Hilger's äußerte im Anschluß daran, daß „gerade eine Thierquälerei den Schlüssel für die Art des Charakters eines Menschen giebt“. Er wies auf den schönen Ausspruch Alexander von Humboldt's hin: „Wo man Grausamkeit gegen die Thiere gewahrt wird, ist es ein sicheres Zeichen der Unwissenheit und Rohheit, welche selbst durch alle äußeren Zeichen der Pracht und des Adels nicht übertüncht werden kann.“ Außerdem geschah des Gerichts Erwähnung, nach welchem der Graf „durch königliche Gnade ohne wissenschaftliche Befähigung als Einjähriger gedient haben soll“. Schulenburg suchte sich ferner durch „Unwahrhaftigkeit“ zu vertheidigen. Es sei „einem Manne von der gesellschaftlichen Stellung des Grafen vorbehalten geblieben, Ausdrücke wie Lump, Ehrabschneidung, Sudelei und Lüge zu gebrauchen“.

Und dann auf das Konto des jetzigen kgl. preussischen Berggraths Hilger. Derselbe hob seine Eigenschaft als Mitglied einer der ersten preussischen Bergbehörden und Premierlieutenant der Reserve eines der vornehmsten Kavallerieregimenter selbst hervor. Wie schön paßten dazu die Feststellungen der Verhandlungen und des Urtheils über seine Person und seinen Artikel! Der Verteidiger Schulenburg's durfte ruhig sagen, „er habe selten einen Artikel gelesen, der an persönlichen Verunglimpfungen eines politischen Gegners das leiße“, was Hilger geleistet habe. Hilger hätte seinen Namen unter den Artikel setzen können; „er habe es vorgezogen, dies nicht zu thun“. Die Folgerung daraus wurde dem Gericht überlassen. Die Beweisaufnahme habe dargegethan, so resumirte sich der Anwalt des Grafen, daß „Hilger schmäht und schimpft und Wahrheit und Unwahrheit ohne Prüfung durcheinander mischt“. Das Gericht hatte dem nur hinzuzufügen, daß diese Charakteristik des königlich preussischen Berggraths zutrefte und daß sie deshalb nicht beleidigend sei. Bezüglich des Glaubenswechsels und der Verheirathung des Grafen, so heißt es ferner im Gerichts-Urtheil, habe sich Hilger einen „schweren, ehrenverletzenden Vorwurf“ zu Schulden kommen lassen, „von dem nichts erwiesen ist“. Durch den ganzen Artikel des Berggraths Hilger, der sich immer als Sittensrichter über die Saar-Bergleute aufspielt, gehe eben „ein höhnischer Zug, der unabweislich dazu führen muß, daß er den Grafen habe beleidigen wollen“.

Diesen wörtlichen Ausführungen aus der Gerichts-

verhandlung und dem schöffengerichtlichen Urtheil haben wir unsererseits kein Wort hinzuzufügen. Die „Edelsten und Besten der Nation“, um die es sich hier handelt, sind damit genügend gekennzeichnet. Es liegt nur in unserem Interesse, wenn der kgl. Preussische Berggrath Hilger in Saarbrücken durch weitere Artikel des Staatsblattes „Bergmannsfreund“ recht bald wieder Anlaß zu ähnlichen Gerichtsverhandlungen giebt. Den Genossen im Saarrevier aber geben wir den unmaßgeblichen Rath, den Wortlaut der gesammten Verhandlungen, wie er in Nr. 358 der „Rhein.-Westf. Ztg.“ vom 28. Dezember 1893 wieder gegeben ist, als Flugblatt zu drucken und massenhaft im Saarrevier unter den Bergleuten zu verbreiten. Hilger hat gewußt, weshalb er die Verhandlungen im „Bergmannsfreund“ nur sehr kurz erwähnte, und eine bessere Agitationschrift für uns läßt sich gar nicht denken. Ultramontane und konservative Größen werden damit dem Volke in richtiger Beleuchtung gezeigt. Und wenn dabei die Erkenntniß abfällt, welcher Bundesgenossen sich Freiherr v. Stumm erfreut, so kann das gewiß nichts schaden.

Marx' „Kapital“, drittes Buch, ist nunmehr im Druck begriffen und wird hoffentlich spätestens im September d. J. erscheinen können. Der Inhalt dieses lang erwarteten dritten Buches wird den theoretischen Theil des Werkes abschließen, so daß dann nur noch das letzte, vierte Buch zu erwarten bleibt, das einen historisch-kritischen Ueberblick über die Theorien vom Mehrwerth enthalten wird. Das erste Buch zeigt, wie der Mehrwerth des Kapitalisten aus dem Arbeiter herausgeschlagen wird, und das zweite Buch, wie dieser zunächst in Produkt bestehende Mehrwerth in Geld realisiert wird. In diesen beiden ersten Büchern handelt es sich also nur vom Mehrwerth, so lange er noch in der Hand seines ersten Aneigners, des industriellen Kapitalisten sich befindet. Er bleibt aber nur zum Theil in der Hand dieses ersten Aneigners; er wird später vertheilt an verschiedene Interessenten in Form von Handelsprofit, Unternehmergewinn, Zins, Grundrente; und die Gesetze dieser Vertheilung sind es, die im dritten Buch dargelegt werden. Mit der Produktion, der Zirkulation und der Distribution des Mehrwerths ist aber dessen ganzer Lebenslauf abgeschlossen, und weiter nichts über ihn zu sagen. Außer den Gesetzen der Profitrate im allgemeinen werden in diesem dritten Buch untersucht: Handelskapital, zinstragendes Kapital, Kredit und Banken, Bodenrente und Grundeigenthum, Gegenstände, durch welche, im Anschluß an die in den beiden ersten Büchern behandelten Themata, die auf dem Titel versprochene „Kritik der politischen Oekonomie“ sich erschöpft.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

[Alle Rechte vorbehalten.]

Helene.

[14]

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Der Alte wollte mit seiner gelehrten Tochter ein wenig stunkern, er dachte sich wohl, mag sie immerhin für ein Weibchen diesen modernen Schwindel mitmachen, so bald es mir nicht mehr paßt, sage ich Halt. Aber es kam anders.

Unsere Universitäten sind der Mittelpunkt aller politischen Bestrebungen. Die Studentinnen lernten die großen zeitbewegenden Ideen kennen, die in ihnen eine maßlose Begeisterung erweckten. Sie theilten bald unsere Ueberzeugungen und verlangten nichts sehnlicher, als den großen Kampf der Befreiung mitzukämpfen. Auch Sofia Alexandrowna hatte diesen Prozeß durchgemacht und sich der Bewegung angeschlossen, als der Befehl des Vaters sie zurückrief.

Natalie Karzow, meine Braut, ihre Freundin, erzählte mir damals von ihr, und wie untröstlich Sofia sei, die Universität und Petersburg verlassen zu müssen. Sie hoffte indeß bald wiederzukommen. Aber es vergingen Wochen und Monate, ohne daß eine Nachricht von ihr eintraf. Natalie, die sie zärtlich liebte, schrieb ihr wiederholt, verlangte dringend nach einer Zeile, nach einer telegraphischen Mittheilung; nichts, kein Lebenszeichen. Endlich erfuhr Natalie durch einen reisenden Kaufmann, daß Sofia Alexandrowna eine Gefangene im väterlichen Hause sei, daß sie stets beobachtet werde, selbst des Nachts. Jeder Verkehr nach außen war ihr untersagt, ihre Briefe und die ihrer Freunde wurden geöffnet und unterschlagen.

„Abscheulich“, rief Konrad. „Aber weshalb diese Tyrannei, was hatte sie denn gethan?“

„O, sie hatte in seinen Augen das schlimmste Verbrechen begangen, ein todeswürdiges“, höhnte Lazar.

Denke doch, sie hatte sich unterfangen, nicht nur unter den Bauern überhaupt, sondern unter den Bauern ihres Vaters Propaganda zu machen, unter ihnen Gedanken von Recht und Aufklärung zu verbreiten.“

„Und das wurde entdeckt?“ fragte Konrad, mehr und mehr interessiert.

Lazar nickte.

„Als die Tochter des Herrn war sie unter den Bauern nur auf Mißtrauen gestoßen, man hielt sie für einen Spion, und einer dieser Armseligen, Unterdrückten selbst hatte sie „dem Herrn“ denunziert. Der griff sofort zu dem beliebten Mittel aller Tyrannen, er bestrafte das ihm untergebene Wesen mit Härte und Grausamkeit, um es dadurch zur Verunst zu bringen.“

Natalie war außer sich, sie hielt die Freundin für verloren. Aber plötzlich erschien Sofia Alexandrowna wieder im Hause Karzow. Sie war aus dem Vaterhause geflohen. Aber sie wußte, ihr Vater werde ihr nachsetzen und die Gesetze zu Hilfe rufen, damit sie ihm überantwortet werde als sein Eigenthum. . . . da blieb keine Wahl —

„Ich verstehe, Du hast sie geheirathet, um, mit den Rechten des Gatten ausgestattet, sie der Willkür des Vaters zu entziehen.“

„So ist es. Meine Braut war die Vermittlerin; sie wußte unsere beiderseitigen Bedenken zu beseitigen. Ein Pope und die nöthigen Zeugen waren gewonnen und die Trauung konnte vor sich gehen. Es war beschlossen, daß wir uns sofort nach derselben trennen würden. Sofia sollte als Frau Dodosoff nach Moskau gehen, um dort ihre Studien zu beendigen. Da ihr mütterliches Vermögen ihr nicht vorenthalten blieb, war sie wohlhabend genug, um jede Unterstützung meinerseits zurückzuweisen. Unsere gemeinschaftlichen Freunde hatten alles in

Ordnung gebracht und ich sah die künftige Frau Dodosoff erst in der Kirche.“

Sie kam auf mich zu und ich blickte in ein schönes, ernstes Gesicht, mit klaren, ruhigen Augen, die mit dem Ausdruck des Dankes und des Vertrauens zu mir empor sahen.

„Sie wollen mich retten?“ fragte sie leise.

Ich neigte mich ihr entgegen.

„Sofia Alexandrowna, wir vermählen uns einer Idee.“ Sie neigte den Kopf ruhig und höflichsvoll: „So ist es, einer Idee.“

„Dann kommen Sie.“ Wir traten in den Altar; die Zeremonie begann. Sie machte mir keinen anderen Eindruck, als daß unser Pope des Langen und Breiten viel Unsinn schwatzte.

Als sie aber dann ihre Hand in die meine legte und mit ihren ruhigen Augen fest und treu in die meinen sah, da fühlte ich, daß es etwas Schönes und Großes sei, das uns in diesem Augenblick einigte und verband.

Wie zwei Streiter in einer Sache, die uns Beiden als das Höchste galt, leisteten wir den Schwur, und wir hielten uns fest an den Händen und sprachen laut und voll Ueberzeugung die Worte: daß wir einstehen wollen Einer für den Andern, immer und allezeit, daß wir uns gegenseitig stützen und lieben wollten, jede Gefahr theilend, jede Kümmerniß, und selbst im Tode nicht von einander lassen wollten, um unserem hohen Ziele gerecht zu werden. . . Wir waren im Geiste verbunden. . . und ich küßte sie drei Mal nach russischer Sitte. . .“

Lazar machte eine Pause. Die aufgestützte Hand beschirmte ihm Stirne und Augen, die nach innen gerichtet blieben, einer Erinnerung sich hingebend.

Dann veränderte er seine Stellung und setzte sich zurecht, breit und gerade.

„Wir trennten uns noch in der Kirche, nachdem wir

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 11. Januar.

Aus dem Reichstag. Wenn es die Länge ausmachte, dann hätte heute der Staatssekretär der Reichsfinanzen, Graf von Posadowsky, eine ausgezeichnete Rede gehalten. Voller zwei Stunden nahm derselbe die Geduld des Hauses in Anspruch, eine Anstrengung, die für eine bereits verlorene Sache uns recht unangebracht zu sein scheint, besonders wenn der Inhalt der Rede so ganz im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Länge steht.

Als verloren kann aber die Tabaksteuer-Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt, nach den heute von dem Abgeordneten Frigen namens des Zentrums, und des Abgeordneten Wassermann für einen Theil der Nationalliberalen abgegebenen Erklärungen, wohl gelten.

Das Zentrum wird geschlossen und von den Nationalliberalen ein starker Bruchtheil gegen das Gesetz stimmen, damit ist das Schicksal desselben voraussichtlich entschieden, da auch unter den Konserverativen sich Gegner finden.

Für die Vorlage im vollen Umfange trat heute nur Stamm ein, der sich mehr und mehr zum freiwilligen Regierungskommissar herauswächst. Daß damit die Reden dieses Führers der Schlotbarone genießbarer werden, kann allerdings nicht gesagt werden.

Der Redner des Zentrums berührte auch die Miquel'schen Steuerreformpläne und erklärte er dieselben für ein todtgeborenes Kind, da die Tabaksteuer wahrscheinlich, die Weinsteuer aber sicher abgelehnt werden wird. Die Kosten der Militärvorlage will Herr Frigen durch Erhöhung der Börsensteuer und des Lotteriestempels, der Champagner- und Kunstweinsteuern und des Zolles auf importirte Zigarren decken; soweit diese Erhöhungen von Steuern und Zölle nicht ausreichen, sollen die Matrikularumlagen erhöht werden.

Gegen die Quittungs- und Frachtbriefstempel-Steuer verhielt sich Frigen, im Unterschied zu Herrn v. Buol, der sich dafür ausgesprochen hatte, sehr skeptisch. Im Zentrum scheint also der Wind in jüngster Zeit umgeschlagen zu haben, wozu die energischen Proteste aus den Reihen der katholischen Wähler ihr gut Theil beigetragen haben dürften.

Recht lebendig sprach Herr Wassermann gegen die Vorlage. Man merkte es dieser Rede an, daß die Wahl des Vertreters für Mannheim das Produkt einer sehr gemischten Gesellschaft ist. Die Demokraten, Bauernbündler und Schutzgölnner finden in dieser Rede ihr Kompliment und vor den badisch-pfälzischen Tabakbauern machte Wassermann besonders seine Reverenz, indem er sich für eine ausgiebige Erhöhung des Zolles auf ausländischen Tabak aussprach.

Für die anarchischen und auch sozialistischen Schwabroure gegen die Verletzung des Wahlrechtes durch die Arbeiter, sei auf das interessante Gesändniß des national-liberalen Vollblutbourgeois Wassermann hingewiesen, daß es angesichts des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes schwer halten dürfte, auf die Dauer an der Erhöhung der Konsumsteuern festzuhalten.

Wir glauben dies auch, und wenn die Agrarier den russischen Handelsvertrag wirklich zu Fall bringen und die Regierung den Reichstag auflösen sollte, dann dürfen sich die Freunde der indirekten Steuern auf ein Kesseltreiben gefaßt machen, das ihnen die Lust an den Mostäuscher-Knuff, vor den Wahlen von den „starken Schultern“ zu schwächen und nachher die Genuß- und Lebensmittel der breiten Volksschichten zu belasten, vergehen soll.

Die Vorgänge vor und nach den letzten Wahlen haben auch den Bertramens-Dufeligsten die Augen geöffnet und ein zweites Mal gelingt ein solcher Schwindel nicht mehr. Daß diese Erkenntniß schließlich auch in den Reihen der Ordnungsparteien durchbricht, dafür war das heutige Verhalten der Herren Wassermann und Frigen ein recht erfreuliches Zeugniß. Die Debatte wird morgen fortgesetzt und wird dann ein Vertreter unserer Fraktion zum Wort kommen. Gemeldet sind Meister, Mollenbuhz und Förster, alle drei Zigarrenarbeiter.

Der Reichs-Schatzsekretär hat die Finanzminister der Einzelstaaten aufgeboten, ihm bei der Vertbeidigung der Tabaksteuer behilflich zu sein. Neben den anderen Herren Finanzleitern ist auch der bayerische Finanzminister v. Niedel heute am Bundesrathstisch zu sehen gewesen. Herr Miquel machte ein recht saueres Gesicht und stöberte viel unter seinen

Alten herum. Wie oft mag der alte Schlauberger das allgemeine Wahlrecht vernünftigen und auch für den Reichstag des Dreiklassen-Wahlsystems herbeiführen, unter dessen Herrschaft in Preußen es so kinderleicht war in „Steuerreform“ zu machen.

Bundesrath. In der heute stattgehabten Sitzung des Bundesraths wurde die Vorlage betreffend die Anerkennung der belgischen Prüfungszeichen für Handfeuerwaffen in Deutschland dem betreffenden Ausschusse überwiesen. Dem Ausschuhentwurf über die Vorlage betreffend die Anwendung des Militärartaris für Eisenbahnen bei der Beförderung von Kriegsbedürfnissen wurde die Zustimmung erteilt.

Die Aufhebung des Identitätsnachweises wird auch die Aufhebung der preussischen Staffeltarife nach sich ziehen. Die Staffeltarife für Getreide traten in Wirksamkeit am 1. September 1891 und sollten in einer Zeit der größten Theuerung den Getreidetransport von dem Osten nach dem Westen so viel als möglich erleichtern. Sie bestimmten demgemäß, daß bei Transporten im Inlande von 200 Kilometern an, bei solchen über die Grenze von 240 Kilometern an der Streckenjah von 4 1/2 Pf. pro Kilometer mit der wachsenden Entfernung sich staffelförmig ermäßigen sollte in der Weise, daß er bei mehr als 1200 Kilometern bis auf 2 1/2 Pf. herabgehe. Was ursprünglich eine Nothstandsmaßregel sein sollte, blieb aber dann bestehen, weil die ostelbischen Getreideproduzenten durch die Einrichtung höhere Preise erzielten. So etwas ist ja in Preußen-Deutschland etwas Alltägliches. Noch vom 1. September 1892 bis Ende Mai 1893 wurden nach den Staffeltarifen 237 000 Tonnen Getreide befördert, und davon stammten 202 000 Tonnen aus den Ostprovinzen. So sehr die Staffeltarife den Ost-Junkern gefielen, ebenso großen Abscheu erregten sie bei ihren Brüdern im Süden und Westen des Reiches. Von den oben angeführten 202 000 Tonnen gingen zwar nur 8900 Tonnen nach Westdeutschland, 6500 Tonnen nach Süddeutschland, und im Königreich Sachsen wurde durch die Staffeltarife die österreichische Einfuhr so gut wie verdrängt, aber die Agrarier im Westen und Süden schrien doch fortgesetzt über Venachtheiligung, daß es nur so staubte. Sie hätten schon so größere Selbstkosten als die Ostelbier, und jetzt würden sie auch noch mit fremdem Getreide überflutet, und sie seien doch gerade so gute Staatsbürger u. s. w. u. s. w. Und richtig, auch dieses Schreien hatte Erfolg. Ende Juni 1893 wurde im preussischen Landtage ein Antrag angenommen, die Staffeltarife aufzuheben. Aus „Versehen“ kam allerdings gleichzeitig auch ein Beschluß zu stande, die Probezeit der Staffeltarife weiter aufrecht zu erhalten und weitere Erhebungen vorzunehmen. Am meisten erfreut über dieses „Versehen“ dürfte der preussische Eisenbahnminister gewesen sein. Die Einnahmen der Staatsbahnen waren infolge der Staffeltarife pro Jahr um fünf Millionen Mark gestiegen. — Seit der Wegfall des Identitätsnachweises so gut wie sicher ist, erfolgt der Ansturm der westelbischen Agrarier in verstärktem Maße. Das bayerische Zentrum droht bereits mit der Entfaltung einer Agitation gegen die Schutzölle überhaupt. Es hätte dieser Drohung nicht bedurft. Schon wird gemeldet, daß zwischen Preußen und Bayern Verhandlungen über die Aufhebung der Tarife schweben. Und die Staffeltarife werden fallen. Der Ostelbier hat in kurzem seinen Happen weg, es wäre nur eine Inkonsequenz der herrschenden Interessenwirtschaft, wenn nicht auch seinem westelbischen Bruder der Mund gestopft würde. Der Fünfmillionen-Aussfall kann die Sache etwas aufhalten, aber verhindern wird er sie nicht. Preußen hat ja seinen Miquel. Und der weiß schon, wem er auch diese neue Last aufladen wird, — den geduldigen Schultern des arbeitenden Volkes.

Junker, Bauer und Lehrer. In dem Lande, so da den Ochsenkopf im Wappen führt und Mecklenburg genannt wird, gab es bis vor kurzem weder ein Wildschaden-Gesetz, noch irgend eine Verpflichtung, Wildschaden zu erforschen. Die immer mehr sich häufenden Klagen veranlaßten endlich den mecklenburgischen Landtag, in seiner letzten Sitzung ein Wildschaden-Gesetz in Verathung zu nehmen. Und die Mitter, die ja schier einzig und allein den Landtag ausmachen, beschloßen: Jeder Wildschaden, und betrage er auch weniger als 5 Mark, wird fortan erforscht. Jeder durch Nehwild verursachte Schaden wird aber nur dann erforscht, wenn nachgewiesen wird, daß er in „übermüthiger“ Weise angerichtet ist. Das ist das Schlupfloch, das sich der zahl-

solgende Junker freigelassen hat. Das Bild, welches in Mecklenburg vorherrscht, also den meisten Schaden verursacht, ist nämlich gerade das Reh. Es ist geradezu erstaunlich, welche Mengen dieses Wildes dort (zwischen Hagenow und Bruhne) in der nächsten Nähe der Bahn auf den großen Rapschlägen und Roggenäsaaten äßen, sang unlängst in einer mitteldeutschen Jagdzeitung ein von den Vorzügen seiner obotritischen Heimath begeisterter Nimrod. Aber abgesehen davon, daß der Begriff „übermüthig“ so dehnbar ist, wie es die Mitter eben wollen und bestimmen werden, das ganze Wildschaden-Gesetz ist weiter nichts, als eitel Blendwerk. In Mecklenburg giebt es nämlich keine Bauern, sondern nur Erbpächter. Und diese haben sämmtlich in ihren Pachtverträgen einen Passus stehen, wonach sie keinen Anspruch irgend welcher Art auf Wildschadenersatz haben. — Derselbe Ritterslandtag verwarf eine Regierungsvorlage, welche verlangt, daß auf den ritterschäftlichen Gütern die Lehrer künftig fest angestellt werden sollten. Es bleibt also beim Alten: Jeden Tag und jede Stunde, wie und wann es ihm beliebt, kann der Ritter den Leher zum Teufel jagen wie einen räudigen Hund.

So sieht der Junker aus und so handelt der Junker, wenn er der Bauer in seinen Fängen weiß. Im „Bund der Landwirthe“, ja da pfeift er allerdings eine ganz andere Melodie.

Polizeigenfur. Die Tragweite der in dem Gröber'schen Antrage den Polizeibehörden überwiesenen Befugnisse, durch Kontrolle der Kopporturen und die Genehmigung ihrer Schriftenverzeichnisse eine Zensur über den Lesestoff des deutschen Volkes auszuüben, erhält eine recht interessante Illustration durch ein Verzeichniß derjenigen Schriften, die unter den gegenwärtigen, weit milderen Befehrsbestimmungen bereits von einigen Polizeibehörden vom Verkehr ausgeschlossen wurden. Anlässlich des Gröber'schen Attentats ist eine solche Liste veröffentlicht worden. Man muß wirklich staunen, was alles so einem Polizeigemüth aufstößig erscheinen konnte. Die harmlosesten Sachen, z. B. Hoffmann's „Lehrbuch der Pflanzenkunde“, „Der Mensch“ von Ranke, „Das Erdbeben in Japan“ wurden von dem polizeilichen Bannstrahl getroffen, vernünftlich, weil sie nach der Ansicht der Menschenkenner in den Polizeibureaus auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschafts-Ordnung hinwirkten, oder weil die anatomischen Abbildungen in Ranke's „Mensch“ dem Sittlichkeitsgefühl der zartbesaiteten Polizeigemüther anstößig waren. Wir könnten die lange Liste der mitgetheilten verbotenen Harmlosigkeiten mit Beidrigkeit vervielfachen, wenn wir aus den Erfahrungen unserer buchhändlerischen Parteigenossen all die Verbote zusammenstellten, von denen gerichtlich unangefochten gebliebene sozialistische oder freidenkerische Schriften betroffen wurden. So dürfte, um nur ein Kuriosum zu erwähnen, Langkavel's „Der Mensch und seine Rassen“ nicht kopportirt werden, weil auf der Umschlagseite eines Heftes eine Schrift Stern's über den Atheismus angekündigt war. Vor einer Polizeibehörde, die nach solchen Grundfäden ihres Amtes waltet, würde keine Schrift sicher sein, und es giebt ihrer leider viele in Deutschland. Die schlimmste Wirkung ihres Thuns besteht aber nicht sowohl in den einzelnen Verboten, als in der Verunahigung des Buchhandels und der daraus hervorgehenden Schädigung des Geisteslebens, die durch solche Verbote bewirkt werden.

Sozialdemokratische Politik durch eine freikonervative Professorenbrille gesehen. In einer Jahresbetrachtung giebt der Herausgeber der preussischen Jahrbücher, Herr Professor Delbrück, auch einige Bemerkungen über die Sozialdemokratie zum Besten. Er findet es verwunderlich, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Handelsverträgen zugestimmt habe. „Wie verträgt sich das mit ihrem Programm?“ fragt er. „Sie will doch eine revolutionäre Partei sein, die alles verneint, was den heutigen Staat stützen und stärken könnte. Und welche herrliche Gelegenheit war es diesmal, den Staat in Verwirrung zu setzen... Die Antwort ist einfach: daß unsere Sozialdemokraten sehr gut wissen, daß es mit der Revolution nichts ist; sie prunken nur noch mit dieser alten Kanone, wissen aber sehr wohl, daß sie nicht scharf geladen werden darf, weil sie beim Abschnern springen und die Bedienungsmannschaft arg gefährden würde.“ Des weiteren konstruirt sich Herr Delbrück eine innerhalb der sozialdemokratischen Partei bestehende gemäßigtere Richtung Vollmar-Regien, die

all' die Kisse und Händedrucke unserer Freunde entgegen genommen hatten, und ich habe sie nicht wiedergesehen.“

Und Deine Braut Natalie?“ fragte Konrad.
Ein weicher, unendlich zärtlicher Ausdruck kam in das Gesicht des Russen.

„Ach, mein Täubchen, sie war das süßeste, unbefangenste Kind, aber der Augenblick hatte auch sie gereift. Sie steht heute mitten in der Bewegung, aber sie befindet sich in voller, glücklicher Uebereinstimmung mit ihrer ganzen Familie. Ihr Vater, Michael Korzow, gehört dem Exekutiv-Komitee an, wir werden von ihnen hören... da hast Du die Geschichte.“

Konrad streckte dem Freunde die Hand entgegen und drückte sie mit Wärme.

„Ich danke Dir von ganzem Herzen, Lazar, ach die Geschichte ist lehrreich.“

Der junge Russe erhob sich, streckte seine muskulösen Arme und lachte.

„Du siehst, daß mein Ketschajew Recht hat. Unferneiner kann eine Frau haben sogar zwei — es trägt ihm nichts ein, und so etwas wie zärtliche Gefühle sind nur eine Qual und eine Fessel für uns.“

Konrad nickte, einen Seufzer unterdrückend.

„Ja, ja, ein Klotz, das wäre das Beste.“

Er fuhr sich über die Augen, als wolle er die letzte Thräne hinwegwischen, und als er den Freund jetzt ansah, bligte etwas Kühnes und Streiftbares darin auf, das zu dem jungen markirten Gesichte vortrefflich paßte:

„Ich werde Deinem Ketschajew nachstreben, wir werden ja sehen, ob wir's bis zur Vollkommenheit bringen.“

VIII.

Es war spät am Nachmittage, als das neuvermählte Paar seiner Sommerresidenz entgegen fuhr, wo Alles zu seiner Aufnahme bereit stand.

Nach dem Anfälle von nervöser Jaghaftigkeit war Lene in die entgegengekehrte Stimmung versallen. Sie zeigte sich entschlossen, fast ungeduldig, daß sich ihr Schicksal erfülle,

und sie war nach der Meinung der Anwesenden, mit allzu raschen Schritten an der Hand ihres Bräutigams an den Altar getreten.

Die Zeremonie begann. Sie lauschte den Worten des Priesters, der ihr von dem schönen und hohen Verufe des Weibes sprach und von den großen, aber auch schweren Pflichten, die sie freiwillig auf sich genommen habe, und wie sie nun alle Kräfte aufbieten müsse, damit sie ihnen genüge.

Sie wollte es. Eine heiße Opferwilligkeit brannte in dem unerfahrenen Herzen auf. Sie erhob die Augen, die in einem fast übernatürlichen Glanze strahlten, und laut und kräftig, nicht wie eine schüchternste Braut, nein, wie ein junger, begeisterter Krieger, der seinen Fahnenweid schwört, der ihn für Leben und Tod verpflichtet, sprach sie dem Priester die Worte nach, die für sie bindend waren für alle Zeit.

Sie war verheirathet — sie war Frau.
Es war so sonderbar — sie dünkte sich seltsich verändert, ihre Willenskraft war erhöht.

Nun kam der Abschied. Sie mußte sich von den Eltern trennen, von ihren Brüdern, und Allen, die sie bisher geliebt hatte. Es riß an ihrem Herzen, das unter den verhaltenen Thränen zuckte — aber sie suchte sich standhaft zu zeigen und den Schmerz zu bezwingen.

Im Wagen sitzend, lächelte sie ihnen noch zu, die sich vor dem Wagen Schlag brängten und winkte mit den Augen und Händen, sprechen konnte sie nicht, ein Lebewohl.

Aber als der Wagen sie weiter trug, lehnte sie sich in die sie umschlingenden Arme des Gatten zurück, und weinte — als müsse ihr das Herz brechen.

Während sie den Schnellzug bestiegen, trocknete sie ihre Augen, und im Koupee saß sie ruhig und gefaßt ihrem Manne gegenüber.

Er hatte sich eine Zigarre angezündet und plauderte heiter und übermüthig wie immer.

Sie lächelte erst, dann lachte sie. Die unwillkürlichen

Seufzer, die als Reflexbewegung ihrer Brust entstiegen, vermochte sie nicht zu bannen, aber nach jedem Seufzer sah sie so lieb und verschämt ihn an, als hätte sie ihn um Verzeihung für ihre kindische Schwäche. Die Bahnfahrt dauerte einige Stunden. In der Station Miessbach erwartete sie ein Wagen.

Es war ganz dunkel geworden, als sie zwischen Auen und einsamen Gehölzen die Thalstraße nach St. Agath hinan fuhr.

Schwere Wolken waren herauf gezogen, die Luft war drückend schwül und unbewegt und nur das gleichmäßig ausschlagende Geräusch der Pferdehufe und Räder unterbrach die sie umgebende Stille. Sie näherten sich rasch dem Endziel ihrer Reise, aber Erich trieb den Rutscher zu noch größerer Eile an, damit sie nicht in den Regen lämen.

Die Wälder traten zurück und plötzlich raffte der Wagen über das holprige Pflaster eines bayerischen Dorfes. Sie kamen auf einen Platz mit einer Kirche, von Häusern umgeben, die mit Siebeln geziert waren. Es war St. Agath.

Erich machte Lene auf dies und jenes aufmerksam, aber so sehr sie auch ihre Augen anstrenzte, sie vermochte in dem herrschenden Dunkel nichts zu erkennen.

Es war ein sonderbares Gefühl, sich mit Erich bei Nacht in einer ganz fremden Umgebung zu finden, die sie niemals vorher geschaut, die sie nicht einmal in Umrisen zu unterscheiden vermochte, und daher ihre Phantasie in ungewöhnlichem Grade erregte.

Sie vernahm Gefang in der Ferne undellen der Hunde — jetzt plätscherte ganz in der Nähe ein Auslaufbrunnen, sie hörte flüsternde Stimmen, ein Gefieder von Mädchen, ohne sie selbst zu erspähen, und sie wendete den Blick den matt erleuchteten Fenstern zu, die aus dem Dunkel der Nacht ihr entgegen strahlten, als dem einzig Wirklichen in einem verwirrenden Traum, dann verschwanden auch diese.
(Fortsetzung folgt.)

trotz taktischen Niederlagen auf den Parteikongressen im Reichstag bei der Abstimmung über die Handelsverträge hauptsächlich den Sieg davon getragen habe. Diese herrliche Entdeckung begründet er mit den Worten: „Man fürchtete die Empörung der industriellen Arbeiter in den Bezirken, die durch die Verwerfung der Verträge zu Arbeiterentlassungen genötigt worden wären und getraute sich nicht, die Genossen durch die orthodoxe Lehre zu beruhigen, daß je eher sie zu Lumpen-Proletariern würden, desto schneller die erlösende Revolution kommen werde.“ Es war wirklich eine schwierige, eines deutschen Professors durchaus würdige Aufgabe in den wenigen Sätzen einen solchen Mattenkönig von Mißverständnissen zusammenzubringen. Die Kombination Volkmar-Regien und ihren angeblichen Sieg in der Frage der Handelsverträge brauchen wir wohl nicht weiter zu erörtern. Das wird jedem, der die Personen und die Verhältnisse kennt, nur ein Lächeln abgewinnen. Durch seine Behauptung, es sei eine orthodoxe Lehre der Sozialdemokratie, daß die erlösende Revolution um so schneller kommen werde, je eher die Arbeiter zu Lumpenproletariern würden, hat aber der brave Professor in noch laum zu überrückender Weise seine Unkenntnis der wirklichen Lehre und Taktik unserer Partei bewiesen. Er weiß also noch nicht einmal, daß wir gerade im Gegenteil der Ueberzeugung sind, daß von den Putschereien verzweifelter Lumpen-Proletariats nichts zu erwarten ist für unsere Sache, daß wir vielmehr die Umgestaltung unserer Gesellschaftsverhältnisse von Grund auf nur erwarten von der zielbewußten Thätigkeit der aufgestellten und wohlorganisirten Arbeitermasse. Den jetzigen Staat und die jetzige Gesellschaft zu ruinieren, das überlassen wir ruhig der Ausreifung und dem mit der Ausreifung fortschreitenden Fäulnisprozeß der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Was da persönliches Jutbum beitragen kann, das besorgen schon diejenigen Leute, die sich für die festen Stützen der Gesellschaft halten. Unser Eingreifen in das heutige Staatsgetriebe ist darauf gerichtet und war von jeher darauf gerichtet, dem Proletariat in der Gegenwart günstigere Existenzbedingungen und möglichste Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Dadurch wirken wir, lassen Sie sich das gesagt sein, Herr Professor, auch ein gut Theil für die Revolutionirung unserer Gesellschaftsordnung. Aber die revolutionäre Stellung, die Sie meinen, hängt ganz von der Taktik ihrer Klassengenossen ab. Und weil die Handelsverträge durch Verbilligung der Lebensmittel dem deutschen Proletariat günstigere Existenzbedingungen verschaffen, deshalb und aus keinem anderen Grunde haben unsere Abgeordneten für sie gestimmt. —

Die Helden Hans Blum und Otto Bismarck. In einer gegen Hans Blum gerichteten Erwiderung schreiben die Münchener „Neuesten Nachrichten“: „Ueber den Inhalt und den Werth des Buches von Hans Blum sprach sich Fürst Bismarck während der Festtage unserem Gewährungsmann gegenüber sehr abfällig aus.“ Ferner schreiben die „Neuesten Nachrichten“: „Auf telegraphische Anfrage sandte uns Blum einen langen, scharf polemischen Brief über die Armin-Angelegenheit, bewies sich aber entschieden, der Öffentlichkeit gegenüber die Verantwortlichkeit für diesen Brief zu übernehmen und ihn zu zeichnen.“

Bismarck beantwortet die Briefe Armin's nicht und Blum läßt die seinigen nicht veröffentlichen. Selben vom Scheitel bis zur Zehe. —

Herr Dr. Theodor Herzka ersucht uns anlässlich einer Bemerkung in unserem Leitartikel „Sozialistische Endosmose“ um die Aufnahme folgender Verichtigung:

Es ist unwar, daß ich jemals Börsenspekulant gewesen und es ist unwar, daß Freiland eine Aktienunternehmung ist. Wenn Sie mich einen Finanzblattgründer nennen, so bemerke ich demgegenüber, daß ich allerdings ein großes politisches Tageblatt, die „Wiener Allgemeine Zeitung“, und eine staatswirtschaftliche Wochenschrift, „Zeitschrift für Staats- und Volkswirtschaft“, gründete, die beide, so lange sie unter meiner Leitung standen, in entschiedener Weise für die Idee der sozialen Freiheit und Gerechtigkeit eintraten.

Wir bemerken dazu: Ein jeder, der mit den Wiener Presseverhältnissen vertraut ist, wird bestätigen können, daß die „Wiener Allgemeine Zeitung“ zur Zeit der Leitung des Herrn Dr. Herzka derart eng mit der Börse liiert war, daß die Bezeichnung „Finanzblatt“ durchaus gerechtfertigt ist. Herr Dr. Herzka war ferner vor dieser Gründung Börsen-Redakteur der „Neuen Freien Presse“, deren enge Beziehungen zur Wiener Kreditanstalt und zur Rothschild's-Gruppe allgemein bekannt sind. In dieser Stellung wählte sich Herr Dr. Herzka ein bedeutendes Einkommen zu verschaffen, das über ein Redakteurgehalt weit hinausging. Unsere Annahme, daß das durch Börsenspekulationen geschah, war eine sehr milde für Herrn Dr. Theodor Herzka. Daß „Freiland“ kein Aktienunternehmen, wörtlich genommen, ist, wissen wir und weiß jeder unserer Leser. Wir wollten dadurch in scherzhafter Weise nur aussprechen, daß Herr Dr. Herzka die während seiner früheren Börsenthätigkeit erworbenen Erfahrungen auch bei seinen neuen sozial-reformerischen Gründungen zur Anwendung bringt. Wir erinnern nur daran, daß als Zentralbehörde der Kolonie eine große Bank gedacht ist. —

Monopolisirung von Sprengstoffen. Die „Budapester Correspondenz“ meldet: Die jüngst aufgetauchte Nachricht einiger Blätter, daß der ungarische und österreichische Minister des Innern sich mit der Frage der Monopolisirung aller Sprengstoffe beschäftigten, entbehrt jeder Grundlage. Diese Frage bildete nicht einmal den Gegenstand einer Erörterung. —

Anarchismus und Sozialreform. Man schreibt uns aus der Schweiz:

Im Jahre 1885 fand, wie erinnerlich, aus Anlaß der Stellmacher- und Kammerer's Thaten in der Schweiz eine umfangreiche Untersuchung gegen die Anarchisten statt, welche mit der Ausweisung von etwa 20 Anarchisten endete. Der nicht-anarchistische Dreh- und Wagnungschriftsteller, Wilhelm Hüf, hatte sich im St. Galler Gefängnis erkängt und damit den einzigen Fall, der zu einem Prozeß geführt haben würde, aus der Welt geschafft. Die Untersuchung war geführt worden von dem zum außerordentlichen Bundesanwalt bestellten Oberst Müller — dem heutigen Stadtpräsidenten von Bern, — der einen umfangreichen Bericht erstattete und darin sich auch über die Maßregeln gegen weitere Ausbreitung des Anarchismus äußerte. Die gerade jetzt sehr zeitgemäßen Worte lauten: „Als das wirksamste Mittel zur Bekämpfung des Anarchismus betrachtet der Unterzeichnete die möglichst weitestgehende Erfüllung der berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse. Der Anarchismus ist nicht von ungefähr entstanden; er entstand und besteht, weil große Kreise der Menschheit wirklich Noth leiden oder doch im Kampfe ums Dasein keine Aussicht haben, sich aus ihrer elenden Lage durch eigene Arbeit zu be-

freien; er besteht, weil unsere Zeit zwischen Kapital und Arbeit eine unheilvolle Kluft geschaffen hat, welche ganze Klassen unferer Bevölkerung in schroffen Gegensatz zu einander bringt. Die sogenannten bedürftigen Klassen müssen in liberaler, opferwilliger und loyaler Weise den sogenannten arbeitenden Klassen entgegen kommen. Der Staat muß zwischen beiden den verflochtenen Vermittler machen und mit seiner ganzen Kraft die Befreiung wirklich vorhandener sozialer Mißstände anstreben. Dann wird auch der Arbeiter von Verirrungen zurückkommen, wie sie uns in Most's Lehren und in den Thaten seiner Schüler entgegen treten. Belämpfe man unablässig den trassen Egoismus, welcher die Signatur unserer Zeit ist, welcher uns im Großen in der Schatzkammerpolitik der Großmächte und im Kleinen auf Schritt und Tritt im täglichen Handel und Wandel begegnet. Sorge man dafür, daß dem Arbeiter für sich und die Seinigen körperliche und geistige Gesundheit bewahrt bleibe und daß er für die Tage der Krankheit, der Arbeitsunfähigkeit und für den Fall seines Todes sich und die Seinen gegen Noth und Elend sicher stellen kann. Dann wird der Anarchismus verschwinden, denn dann, aber auch erst dann hat man das Uebel an der Wurzel erfaßt. Diese Ueberzeugung hat sich in den letzten Jahren in immer weiteren Kreisen Bahn gebrochen, die gesetzgebenden Behörden aller Kulturstaaten stehen bereits auf diesem Boden. Verfolge man den betretenen Weg und es werden keine ausnahmaweisen Maßregeln nöthig sein.“

Schon — aber die schönen Worte sind leider nur Worte gewesen. In den seitdem verflochtenen acht Jahren ist die eidgenössische Sozialpolitik laum vom Fleck gekommen und statt der Sozialreform bringt heute der schweizerische Bundesrat Anarchistengesetz und abermalige Anarchistenuntersuchung. Der einzige Unterschied zwischen heute und 1885 besteht darin, daß damals ein erst erkannter außerordentlicher Bundesanwalt antete und heute der geschaffene ordentliche Bundesanwalt die Untersuchung führt. Das ist auch ein Fortschritt, aber keiner im Sinne der Müller'schen Rathschläge. Im Sinne dieser Rathschläge liegt es gewiß auch nicht, daß die kapitalistischen Politiker gegenwärtig die Volksinitiative für unentgeltliche Krankenpflege mit allen Mitteln belämpfen und sich überhaupt jeder ersten Sozialreform widersetzen. Nichtlich ist schließlich, daß Oberst Müller selbst, der als Politiker und Nationalrath der radikalen Partei angehört, nicht nur nichts gethan hat, um seinen Worten die Thaten folgen zu lassen, sondern daß er im Gegensatz zu seinen Worten im Sommer 1888 anlässlich des Berner Straßens und nachher als ein reaktionärer, arbeitserfindlicher Politiker sich bethätigt hat.

So fehlt leider die große Sozialreform noch immer, dafür ist aber auch der Anarchismus geblieben. —

Die Verurtheilung Vaillant-Marchal's ist einfach ein Standal und bloß aus dem krankhaften Geisteszustand der Bourgeois-Geschworenen zu erklären, die aus Angst vor dem Anarchisten-Gespens die Denkfähigkeit verloren haben. Ein Mann, der, in der Bahnvorstellung, seine eigene Lage und die Lage der Armen und Elenden zu verbessern, einen mit irgend einem Sprengstoff gefüllten Kochtopf oder ein sonstiges Gefäß in einer Versammlung von Menschen, die er erschrecken oder tödten will, zum Plagen bringt, kann unmöglich als Mensch mit normalem Hirne betrachtet werden. Zwischen Mittel und Zweck ist absolut kein Zusammenhang — kein Vernünftiger kann auf den Gedanken kommen, durch Tödtung oder Bedrohung eines oder mehrerer Gesellschaftsglieder die ganze aus vielen Millionen Gliedern bestehende Gesellschaft zu einer Maßregel allgemeiner Humanität zu bewegen. Wer das glaubt, ist einfach verrückt, und gehört, da seine Geisteskrankheit sich in gemeingefährlichen Handlungen äußert, ins Irrenhaus. Einen solchen Mann zum Tod zu verurtheilen ist eine Feigheit und eine Barbarei, und das Urtheil zu vollstrecken, wäre im Verbrechen. —

Ueber den Gang der Verhandlung liegen noch die folgenden Depeschen vor:

Paris, 10. Januar. Bei dem Wiederbeginn der Verhandlung erklärt Vaillant, er habe die Bombe geschleudert, weil er keine Arbeit finden und seine Familie nicht ernähren konnte. Hieraus verlas Vaillant ein langes Schriftstück, in welchem er die bestehende Gesellschaftsordnung angegriffen. Zum Schluß erklärte er, er habe in seinem Kampfe gegen die Gesellschaft seinen Gegner nur verwundet, man könne ihn bestrafen, aber was werde der Wahrspruch der Geschworenen in der Geschichte der Völker sein! Aus dem weiteren Zeugenvortrag geht hervor, daß Vaillant nach der Explosion zu entfliehen versuchte. Hieraus wird die Verhandlung vertagt. — Die im Eingang des Justizpalastes aufgeschundene Bombe enthielt Sand.

Paris, 10. Januar. Der Generalprokurator wies nach, daß Vaillant nicht durch seine Nothlage, sondern durch seine Eitelkeit zu dem Verbrechen getrieben sei; er habe die Kammer für sein Attentat gewählt, weil er damit noch größeres Aufsehen erregen wollte, als die Urheber des Attentats von Barcelona. Der Generalprokurator beantragt die Todesstrafe und ermahnt die Geschworenen eindringlich, ihre Pflicht zu thun.

Paris, 10. Januar. Der Direktor des städtischen Laboratoriums, Girard erklärte, die von Vaillant geworfene Bombe würde mehrere Personen getödtet haben, wenn sie nicht in der Luft explodirt wäre. Der Verteidiger Vaillant's Labori, hob in seiner Verteidigungsrrede hervor, daß von Vaillant bezugene Verbrechen gehören nicht zu den Verbrechen gegen die Gesellschaft, Vaillant habe niemand getödtet, es sei unmöglich, ihn zum Tode zu verurtheilen. Die Geschworenen zogen sich hierauf zur Beratung zurück. — Nach Wiedereintritt der Geschworenen wurde das Verdict verkündet, welches auf schuldig lautete. Vaillant wurde zum Tode verurtheilt und rief bei Verkündung des Urtheils aus: „Es lebe die Anarchie!“

Nach Mittheilung der Blätter befand sich Gustav v. Rothschild deshalb nicht auf der Geschworenenbank, weil er von der Verteidigung abgelenkt worden war.

Paris, 11. Januar. Die Geschworenen berieteten 25 Minuten und bejahten sämtliche vier Schuldfragen auf vorbedachten Mordverbrechen und Zerschndung eines öffentlichen Gebäudes, ohne Zuzustimmung mildernder Umstände.

Paris, 11. Januar. Vaillant weigerte sich gestern nach seiner Verurtheilung zum Tode Berufung gegen den Wahrspruch der Geschworenen einzulegen. Wie es heißt, habe er den Geschworenen gedankt, da er den Tod lebenslänglichem Zuchthause vorziehe. Vaillant wird heute in das Zellengefängnis abgeführt werden. Die republikanischen und konservativen Blätter stimmen dem Wahrspruch der Geschworenen zu.

Paris, 11. Januar. Nachdem das Todesurtheil gegen Vaillant gestern Abend gefällt und bekannt war, rotteten sich vor den Thoren des Justizpalastes zahlreiche Anarchisten zusammen, welche daraus die angrenzenden Straßen unter Hochrufen auf Vaillant durchzogen. Wie verlautet, hat der Verteidiger Vaillants ein Kassationsgesuch entworfen, das Vaillant indes nicht unterzeichnete.

Paris, 11. Januar. Vaillant hat sich nunmehr bereit erklärt, das Kassationsgesuch zu unterzeichnen.

Kohlenpreise und Kohlenstreik in England. Unser Londoner Korrespondent schreibt: Fünf Todesfälle „from exposure“ melden die Londoner Zeitungen vom 5. Januar, d. h. fünf Fälle, wo Leute der Kälte direkt erliegen sind. Wie viele sich infolge von exposure — Ausgesetztheit — den Keim zu lebensgefährlichen Erkrankungen zuziehen, entzieht sich der Kenntnisaahme eines erleuchteten Publikums.

Natürlich hat die Kälte sofort den Preis der Kohlen wieder in die Höhe geschneilt, und wie immer sind es die armen Leute,

die diese Preissteigerung zuerst und am härtesten trifft. Den ganzen Winter hindurch, auch während der milden Wochen, hat der Kohlenring die Preise so hoch gehalten, wie sie sonst selbst in außerordentlichen Nothfällen laum zu steigen pflegten und doch war das noch nicht genug — die grimmige Kälte ist der erwünschte Anlaß, noch mehr Geld aus den Taschen des Publikums zu erpressen. Um bei weitem noch nicht drei Monate Elend ertragen müssen, seitdem die Lohnreduktion abgewehrt worden, muß das wohlhabende Publikum die Löhne im Durchschnitt 6 Schillinge theurer bezahlen als sonst, der Konsumant aus den ärmeren Klassen um mindestens 10 Schillinge. Eine herrliche Wirtschaftsordnung, die solche Ausschachtung der Nothlage gestattet. Aber was will man? Das Publikum räsonnirt, und rührt doch keine Hand, es anders zu machen, und selbst Tausende und Abertausende von Arbeitern lassen sich noch einreden, die hohen Löhne der Kohlenarbeiter seien an der Preissteigerung Schuld. Thatsächlich kostet die Tonne Kohlen auf der Grube alles in allem etwas über 3 Schillinge Arbeitslohn — den Konsumenten in London dagegen über 30 Schillinge.

Zunehmen, das Publikum ist eine schwer bewegende Masse, und man muß schon zufrieden sein, daß mindestens ein Theil des selben zur Erkenntnis gelangt ist, daß diese ökonomische Welt nicht die beste aller möglichen und deshalb werth ist, einer besseren zu weichen, und daß diese Erkenntnis immer weiter um sich greift. Auch fehlt es sonst nicht an Lichtblicken in all der Misere. Die Schröpfung desjenigen Theils des Publikums, das die Kohle bloß im Haushalt konsumirt, bietet an sich noch keine Gewähr, daß den Kohlenarbeitern ihr „living wage“ auf absehbare Zeit gesichert bleibt, für diese Frage kam es darauf an, ob die großen Eisenbahn-, Gas- u. Kompagnien zc., die den Gruben gegenüber eine ganz andere Position einnehmen als die vereinzelt dastehenden Hauskonsumenten, zur Zahlung von Preisen sich bequemen würden, bei denen nach Behauptung der Grubenbesitzer die Fortzahlung des von den Arbeitern statuirten Minimallohnes allein möglich ist. Und das scheint in der That erreicht zu sein. Verschiedene große Gesellschaften, darunter die North-Eastern Eisenbahn, haben sich herbeilassen müssen, Lieferungsverträge zu 1 1/2 Schilling die Tonne mehr als vorher einzugehen. Der glänzenden Einmüthigkeit der Bergarbeiter-Federation gegenüber hatten die Grubenbesitzer nicht den Muth, auf niedrigere Kontrakte einzugehen. Andererseits ist der Preisausschlag ein solcher, den die Industrie wohl vertragen kann, wie auch die Hauskonsumenten ihn wenig empfinden würden. Insofern herrschen im Handel mit diesen solche Ungeheuerlichkeiten, zahlen diese auch in besten Zeiten so viel Zwischenprofite, daß es lächerlich wäre, hier überhaupt von berechtigten Preissteigerungen zu reden. —

Die gegenwärtige Lage Italiens erinnert lebhaft an die in den Jahren 1847 und 1848. Ueberall regte es sich damals. Hier eine Demonstration, dort eine kleiner Putsch. Dann wieder Ruhe, und plötzlich eine größere Demonstration, ein größerer Putsch, bis schließlich, nach vielfachen Pausen und Unterbrechungen die Putsche und Demonstrationen sich zu einer Revolution zusammenhatten, die zwar nur vorübergehenden Erfolg hatte, aber doch den Sturz der damaligen Ordnung der Dinge vorbereitete. Das heutige Königreich Italien ist das Produkt, das praktische Ergebnis jener revolutionären Demonstrationen und Putsche der Jahre 1847 und 1848. Und es ist nicht bloß ein Bibelspruch, sondern auch ein geschichtliches Entwicklungs-Gesetz: daß die Mittel, durch welche ein Mensch oder ein System sich auf Kosten anderer in die Höhe gebracht hat, ihm auch zum Verderben gereichen, oder wie die Bibel sich ausdrückt: Womit Du gesündigt hast, damit wirst Du bestraft werden, wer das Schwert zieht, wird durch das Schwert untergehen. Und — wer die Revolution benutzt und fälscht, um sich zu erhöhen, der geht durch die Revolution unter. Louis Philipp, der Bürgerkönig, hat das erfahren. Und das Königshaus der Piemontesen, das eine ähnliche Rolle gespielt, ist jetzt daran es zu erfahren. Es ist möglich, daß die gegenwärtigen Putsche und Aufstandsversuche noch einmal gewaltsam zurückgedrängt werden und daß ihnen eine Pause vergleichsweise Ruhe folgt; gewiß aber ist in jedem Falle, daß der Boden, auf dem die Monarchie steht, ganz unterhöhlt ist und daß unter ihm der Vulkan der Revolution brodelnd und gährt.

Kein Zweifel, der Anfang vom Ende ist gekommen — im glänzlichsten Fall erkämpft Crispi mit blutiger Hand — und er hat den Muth des Verbrechens — noch eine kurze Galgenfrist für die Monarchie, deren Todtengräber er sein wird, wenn ihn selbst nicht sehr bald das Schicksal ereilt. —

Es liegen ferner folgende Depeschen vor:

Rom, 10. Januar. Bei den gestrigen Unruhen in Corato riefen die Tumultuanten: „Es lebe Sizilien! Hoch Frankreich!“ In Neapel werden die Hausdurchsuchungen bei den Anführern der Arbeiterbünde und die Verhaftungen der Anführer mit der Begründung fortgesetzt, daß diese Verbindungen verbrecherische seien. Die Behörden von Neapel haben strenge Maßregeln getroffen, um jeden Versuch von Ruhestörung zu unterdrücken. Heute Nachmittag sind 5 Transportdampfer mit Truppen von dort nach Palermo abgegangen; eine große Menschenmenge wohnte der Abfahrt bei. In Bologna ordnete die Präfektur die Auflösung des dortigen Arbeiterbundes an. In Turin, wo einige Verhaftungen von Anarchisten vorgenommen wurden, richtet die Polizei ihr besonderes Augenmerk auf die Zugänge von der französischen und schweizerischen Grenze. — In Mantua, Brescia, Macerata und Ancona kamen einige unbedeutende Kundgebungen seitens der Anarchisten vor.

Rom, 10. Januar. Wie der „Agenzia Stefani“ aus Modena gemeldet wird, veranstalteten 1000 zur Fortschaffung des Schnees verwendete Arbeiter in Finale dell' Emilia eine Demonstration, indem sie die zur Dienstleistung einberufenen Militärpflichtigen zum Bahnhofe begleiteten, Arbeiterlieder anstimmten und Hochrufe auf den Deputirten Agnini ausbrachten. Nach Finale dell' Emilia wurden Truppenverstärkungen entsandt.

Mantua, 10. Januar. Eine Anzahl beschäftigungsloser Arbeiter begab sich vor das Stadthaus und verlangte unter aufrührerischen Rufen Arbeit. Die Demonstranten wurden ohne Anwendung von Gewalt zerstreut. —

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

London, 11. Januar. Unterhause. Der Premierminister Gladstone erklärte: Kurz vor seinem Tode hatte Lord Clarendon bei den Mächten die gegenseitige Abrüstung angeregt und von der Regierung eines großen europäischen Landes eine sehr ermutigende Antwort erhalten. Lord Clarendon konnte aber die Sache nicht weiter verfolgen. Was mich anbetrifft, so halte ich zwar an den von mir über die Frage im Allgemeinen ausgesprochenen Ansichten fest, zweifle aber sehr, ob der gegenwärtige Augenblick für solche Vorstellungen bei den Mächten vorthellhaft wäre. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte der Parlamentssekretär des Auswärtigen, Grey, die Regierung beabsichtige, durch die Konsuln im Auslande eine Warnung gegen die Einwanderung nach England zu erlassen und in derselben hervorzuheben, daß der englische Arbeitsmarkt überfüllt sei und die Erwartungen armer Einwanderer auf Besserung ihrer Lage wahrscheinlich getäuscht werden würden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 12. Januar.
Spernhaus. Carmen.
Schauspielhaus. Rabale und Liebe.
Deutsches Theater. Das Käthchen von Heilbronn.
Berliner Theater. Maria Stuart.
Festung-Theater. Der ungläubige Thomas. Ein Millionär a. D.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Lieutenant zur See.
Residenz-Theater. Der Mustergatte.
Neues Theater. Jugend.
Central-Theater. Ein toller Einfall. Berlin 1893.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant.
Alexanderplatz - Theater. Die lustigen Weiber von Berlin. Nachher: Bajazzi.
National-Theater. Der Teufel in Berlin. Nachher: Charley's Tante.
Theater Unter den Linden. Die Gondoliere. Hierauf: Brahma.
American-Theater. Die Gründung Roms in der Mödlerstraße, oder: Die Rache des Gänserichs.
Wintergarten. Spezialitäten - Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten - Vorstellung.
Apollo - Theater. Spezialitäten - Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten - Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182.
 Doppelpoststellung zu einfachen Preisen.
 Novitäten! Novitäten!

Charley's Tante.

Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz von Hugo Buisse.
 Regie: Max Samst.
 Vorher:

Der Teufel in Berlin.

Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Eugen Bründens. Musik von H. Wiedede. Regie: Max Samst.
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
 Zum 7. Male:
Ein toller Einfall.
 Schwan in 4 Akten von Carl Laufs.
 Hierauf zum **Berlin 1893.**
 Revue in 2 Akten von S. Leipziger.
 Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr, der Revue 9 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Schwan in 3 Akten v. Brandon Thomas.
 Vorher:
Die Bajazzi.
 Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
 Musik von Franz Roth.
 In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).
Freitag:
 Eveline. | Tailory.
 Bellini. | Lotte.
 Gottlieb's. | Siger.
 Dio. | Stempel.
 3 Backfische. | Washinsky.
 Entree 15 Pf.
 R. Winkler.

Victoria-Brauerei.

Lüchowstraße 111-112.
 Jeden Freitag und Montag:
Stettiner Säger
 Anfang 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.
 Im Vorverkauf 40 Pf.
 (siehe Plakate).
 Neu!
Berlin's Lieblinge.
 Große Instrumentalszene.
 Sonntag: Sanssouci.

American-Theater.

Täglich:
 Große Vorstellung.
 Neu! **Wieder-Auftreten** Neu!
des urkomischen Bendix.
 Neu!! Auftreten des Dr.!!
 besten Bauchredners d. Jetztzeit
H. Blank.

Ferner:
Die Gründung Roms
 oder: Die Rache des Gänserichs.
Aufr. sämtl. Spezialitäten.
 In Vorbereitung: Die Obdachlosen, oder: Lumpen-Susanne. Parod. real. Traumbild von Oscar Wagner.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz.
 Täglich: Gr. Instrumental-Konzert.
 Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
 Spezial-Ausbeute von Pakenhofer Lagerbier, hell und dunkel.
 In den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerje, Fehlichkeiten etc.

Passage-Panopticum.

Der Deutsche Mann mit dem Steintopf.
 Ohne Extra-Entree.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
 Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung und Konzert.
 Neu! Neu! Neu!
Ein Stiergeficht in Cadix.
 Große Ausstattungs-Parodie.
 Pantomime mit Ballet, ausgef. von den spanischen Clowns Hermandos Beiso und sämtlichem Theater-Perfonal.
 Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochentags 8 Uhr.
 Entree Wochentags 50 Pf.

W. Noack's

Concert- und Gesellschafts-Säle, Brunnenstrasse No. 16.
 Täglich:
Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
 Jeden Sonntag und Donnerstag Nach der Tanz-Kränzchen.
 Vorstellung: **Tanz-Kränzchen.**
 Avis! Empfehle meine hocheleganten Säle mit elektr. Beleucht. f. Vereine und Privatfestlichkeiten zu den toulant. Bed.

Zentral-Verband der Brauer

(Zweigverein der Provinz Brandenburg).
 Sonntag, den 14. Januar, Nachm. präz. 2 1/2 Uhr, bei Feuerstein (oberer Saal), Alte Jakobstr. 75):
Monats-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Die Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbe und der bestehende Arbeitsnachweis. Referent Kollege Lang. 2. Diskussion. 3. Innere Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Um recht zahlreichen Besuch bittet.
 11896
 Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Freie Vereinigung der Getreideträger und Speicher-Arbeiter.
 Sonntag, den 14. Januar, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Köllig, Neue Friedrichstraße 44:
General-Versammlung
 Tagesordnung:
 1. Kassenbericht. 2. Vereinsangelegenheiten. — Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 197/19
 Der Vorstand.

Achtung Bauanschläger!
Große öffentliche General-Versammlung
 sämtlicher Bauanschläger
 am Sonntag, den 14. Januar 1894, Vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Jöhl, Andreas-Strasse Nr. 21.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag über: „Zweck und Ziel der Gewerkschafts-Organisation“. Referent Herr P. Jahn. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt.
 Der Einberufer.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
 Kelt. u. größt. Etablissement. Verl.
Neues Programm.
 Täglich von 6 Uhr ab bei freiem Entree.

National-Konzert D. Obenlander

in National-Tracht und Auftreten von Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges.
Mr. Kauning, Concertmaler.
 Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Delgemälde malen, welches nach Schluß der Vorstellung verlost wird.
 Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Circus Renz.

(Karlstraße).
 Freitag, den 12. Januar 1894, Abends 7 1/2 Uhr:
Große Komiker-Vorstellung.
 U. A.: Prinz Carnaval und sein Gefolge, vorgef. von Herrn R. Renz. Die hohe Schule ger. von Fr. Oceana Renz. Die gr. Tromplinsprünge über 10 Pferde. Der urkom. Imitations-Klown Mr. Ybbs. Die musikal. Klowns Gebr. Krasucki. Der Klown Merkel mit dem Esel Pipifax. Mr. Lavater Leo etc. Zum Schluß:
Ein Künstlerfest.
 Vollständig neue und glänzende Ausstattung und Einlagen. Ueberraschende Wasser- und Lichteffekte.
 Preise wie gewöhnlich.
 Sonnabend: Ein Künstlerfest.
 Sonntag 2 Vorstellungen, Nachm. 4 Uhr (1 Kind frei) und Abend 7 1/2 Uhr.
 Der Circus ist gut geheizt.
 Fr. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse.
 Freitag, den 12. Januar cr., Abends 7 1/2 Uhr:
Große brillante Vorstellung.
 Hervorzuheben: 13 Hengste in Freiheit dreifert und vorgeführt von Herrn Max Schumann. Luft-Potpourry der Geschw. Lecusson. Mr. Agumoff, Jongleur zu Pferd. Jeu de bas, ger. von 3 Herren. Entrée-Comique des beliebten Klowns Little Fred. Mr. Eugen Lecusson als engl. Jockey. Faust und Gretchen, zus. in Freiheit dreifert und vorgeführt von Herrn Ad. Schumann. Romisches Entree des Original-Klowns William Olschansky. Promenade des fleurs, ger. v. Fr. Mathilde u. Jeannette Lecusson. Das Schulpferd „Albert“, ger. v. Fr. Adele Schumann.
 Zum Schluß der Vorstellung:
Cancen vor Gericht.
 Ballet-Parade in 2 Tableaux.
 1. Tabl.: Ein Maskenball im Bal mabillo.
 2. Tabl.: Vor Gericht.
 Serpentinanz von 4 Damen.
 Morgen: Große Vorstellung mit neuem Programm.
 Hochachtungsvoll und ergebenst
 G. Schumann, Direktor.

Arbeiter-Bildungsschule

Sonnabend, den 13. Januar 1894, Abends 8 1/2 Uhr,
 in der Brauerei Friedrichshain am Königsthör
III. Stiftungs-Fest

unter gütiger Mitwirkung der
 Typographia, Gesangverein Berliner Buchdrucker u. Schriftgiesser (Mitglied des A.-S.-V.) 454/6
 und der Herren P. Ruy (Orgel) und G. Winkler.
 Auszug aus dem Programm:
 Prolog, mit Orgelbegleitung und Gesangseinlagen.
 Ouverture zum Trauerspiel „Robespierre“ von Lisoff.
 Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten W. Liebknecht.
 7. Violin-Konzert. Violin. Beriot. (Soloist: Violin-Virtuose Herr Tompcha.)
 Grande Phantasie pour l'Orgel, von Laboin.
 a. Herbstnacht Weingierl.
 b. Der Soldat Sicker.
 c. Minnelied W. Bunte.
 (Vorgetragen vom Gesangverein.)
 Ein Jahrmart in Krähwinkel.
 Tongemälde in 12 Bildern v. Schreiner.
 Orchester: 42 Musiker der Freien Vereinigung der Zivil-Gesamtmusiker unter Leitung des Herrn Schonert.
Nachher: Großer Ball (Doppeltes Orchester).
 Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
 Billets à 30 Pf. sind in den Schulen: Müllerstr. 179a, Markusstraße 31, Reichenbergerstr. 183, Grünstr. 10, und in den Zahlstellen, sowie in den mit Plakaten belegten Lokalen und Handlungen zu haben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Berlin).
Bezirks-Versammlungen.
 Westen Sonntag, den 14. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Königshof, Säulowstraße.
 Norden Montag, den 15. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Bergstraße 68.
 Tagesordnung in beiden Versammlungen:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vorschläge zu Werkstatt-Kontrollen. 4. Verschiedenes.
Vertrauensmänner-Versammlungen:
 Süd-West Donnerstag, den 18. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Kühr, Fossendstraße 10.
 Moabit Sonntag, den 14. Januar, Vormittags 10 Uhr, in Ahren's Brauerei, Schurmstraße 26.
 Tages-Ordnung:
 Besprechung über Werkstattverhältnisse und Abgabe der ausgefüllten Fragebogen seitens der Vertrauensmänner.
 Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, auch der des Westens, in diesen Versammlungen zu erscheinen.
 Die Ortsverwaltung.
 431/17

Achtung! Zimmerer! Achtung!

Öffentl. Bezirksversammlung für Nord-Ost
 Sonntag, d. 14. Januar, im Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 35.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Naether über: Die Nothwendigkeit der Gewerkschafts-Organisation. 2. Wie stellen sich die Kameraden zu dem Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend. 3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.
 Um recht zahlreichen Besuch bittet
 Der Einberufer.
 429.9
 Paul Dummer, Duffenstr. 15.

Gr. öffentliche Versammlung

sämtlicher
Droschkenkutscher u. Arbeiter Berlins u. Umg.
 am Freitag, den 12. d. M., Abends 9 Uhr,
 in den „Concordia-Sälen“, Andreasstraße Nr. 64.
 Tages-Ordnung:
 1. Beschlussfassung über den Antrag des Kollegen Schütte in der Versammlung vom 10. d. M. betreffend die Verhängung der Sperre über die in Betracht kommenden Taximeter-Fuhrerren. 2. Diskussion.
 Da der Beschluss dieser Versammlung von weittragender Bedeutung für unseren Streik ist, so ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen und Arbeiter in dieser Versammlung nothwendig.
 Das Agitations-Komitee
 der Droschkenkutscher Berlins und Umgegend.
 J. A.: A. Stiller.
 143/6

Achtung! Maurer Achtung!

Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 14. Januar 1894, Vorm. 10 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
 in der „Concordia“ (oberer Saal), C. Saeger, Andreasstr. No. 64.
 Tages-Ordnung:
 1. Rückblick auf die Bewegung des vergangenen Jahres und Ergreifung von Maßregeln behufs Verbesserung der Organisation in diesem Jahre.
 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
 Sämtliche Maurer werden hiermit eingeladen.
 Der Vertrauensmann.
 A. Matull, Räderstr. 50.
 445/6

Fr. Vereinigung der Bauarbeiter Berlins.

Sonntag, den 14. Januar, Vorm. 11 Uhr,
 im Saale des Genossen Wille, Andreasstraße 26:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Pastrol über Jesuiten. 2. Diskussion. 3. Wahl eines 2. Schriftführers und eines Zahlstelleninhabers für Ost und Süd-Ost. 4. Abrechnung vom 3. und 4. Quartal 1893 und vom Stiftungsfeste. 5. Vereinsangelegenheiten.
 Gäste haben Zutritt. Um regen Besuch bittet.
 129/13
 Der Vorstand.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 11. Januar 1894, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, Miquel, v. Nibel, v. Marschall, Graf von Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung der Erklärung betreffend den Abschluß eines Handelsprovisoriums zwischen dem Reich und Spanien für die Zeit vom 1. bis 31. Januar d. J.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Nicker wird die Erklärung sofort in zweiter Berathung genehmigt.

Es folgt die erste Berathung des Entwurfs einer Tabaksteuer-Gesetzes.

Schafstetler Graf v. Posadowsky: Bei der Etatberathung ist der Regierung von der linken Seite gesagt worden, wir sollten erst die Zuckersteuer, die Getreidezölle und die Petroleumsteuer abschaffen, dann sollten wir mit einem solchen Gesetze wie das vorliegende widerkommen. Darin liegt die Anerkennung, daß der Tabak ein Genussmittel ist, welches gegenüber den übrigen wohl entbehrlich werden kann. Die Regierung hat geprüft, wie sich der ertheilte Rathschlag rechnungsmäßig gestalten würde. Er würde einen Ausfall von 265 Millionen Mark ergeben, um eine Mehreinnahme von 45 Millionen Mark aus dem Tabak zu ziehen. Preußen müßte, um seinen Antheil im Betrage von 163 1/2 Millionen an dem Ausfall zu decken, seine Einkommensteuer um 132 pCt. erhöhen. Einen solchen Weg kann also die Reichsregierung nicht gehen. Wenn man einem solchen Rathschlag folgte, würde die Tabakindustrie nicht um einen Deut besser gestellt sein; die Tabakfabrikanten würden neben der Tabakfabriksteuer auch noch die hohen Zuschläge zur Einkommensteuer zu zahlen haben. Man sagt, die andern Staaten mit hohen Tabaksteuern oder sogar Monopolen hätten viel mehr Schulden als wir. Der Vergleich wäre richtig, wenn Deutschland ein Einheitsstaat wäre. Wenn wir die Schuldenlast feststellen wollten, müßten wir die Schulden der Einzelstaaten zählen; dann erhalten wir für Deutschland 11 1/2 Milliarden Schulden, also beinahe so viel wie England, mehr wie Italien und Oesterreich, wo die Belastung des Tabaks sehr viel höher ist, als sie nach der Vorlage werden soll. In Deutschland fällt auf den Kopf der Bevölkerung 14,64 M. an indirekten und Verbrauchssteuern, und damit sieht Deutschland auf der untersten Stufe der indirekten Belastung. In der Presse ist darauf hingewiesen worden, daß die indirekten Steuern sich seit 1879 um 400 Millionen Mark erhöht haben, daß man deshalb der weiteren Vermehrung Einhalt thun müsse. Es sind nur 967 Millionen Mark Steuererträge eingetreten, aber diese indirekten Steuern werden nicht von den ärmeren Klassen allein getragen; es werden davon nicht betroffen diejenigen, welche in Lohn und Brot stehen und diejenigen ländlichen Arbeiter, welche Deputat erhalten. Es sind aber seit 1879 für die arbeitenden Klassen auch Erleichterungen und Zuwendungen eingeführt worden, namentlich durch die sozialpolitische Gesetzgebung, für welche das Reich erhebliche Opfer bringt, die den arbeitenden Klassen allein zu gute kommen. Die Lebenshaltung unserer Arbeiter hat sich bedeutend gehoben; die Löhne sind gestiegen, wie man aus der ganzen Lohnstatistik der Eisenbahnverwaltungen ersehen kann. Die Löhne der Bahnarbeiter sind seit 1881 um 17 pCt. gestiegen. Daß die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter gestiegen sind, ist eine notorische Thatfache; hierin liegt ja die Ursache des Rückgangs des Reinertrags der Landwirtschaft. Ein Steigen der Löhne ergeben auch die Lohnnachweisungen der gewerblichen Berufsvereinigungen. Was will gegenüber der Steigerung der Einnahmeverhältnisse eine indirekte Belastung von 7 1/2 M. pro Kopf bezagen. Die ganzen Ausgaben, welche aus dieser Steuerbelastung bestritten werden, dienen meist nur für die Verteidigung des Vaterlandes und daran haben auch die Arbeiter ein Interesse. Früher sagte man nur, die unteren Klassen sollen nicht belastet werden; jetzt will man auch den Mittelstand schon nicht mehr belasten. Wenn aber nur die wohlhabendsten Klassen belastet werden sollen, zu welchen Steuerprozenten würden wir dann kommen? Dann kommen wir zu dem, was uns bei der Wörtensteuer immer angebroht wird. Man sagt, wenn wir den Umschlagstempel verdoppeln, werden die Bankiers alle auswandern. Wenn wir durch die direkten Steuern allein die Ausgaben decken wollten, so würden uns alle wohlhabenden Leute auswandern. Durch den geschäftsordnungsmäßigen Beschluß des Reichstages ist es uns verjagt worden, über die Frage der Reichsfinanzreform vorab zu verhandeln. Die Frage wird gleichsam von hinten aufgerollt. Wie sollte eine direkte Reichssteuer eingeführt werden? Wir müßten eine Reichs-Zentralbehörde zur Einschätzung der Steuer haben, welche vielleicht andere Entscheidungen treffen würde als die Landes-Steuerbehörden. Die Einzelstaaten würden dadurch gezwungen werden, ihre eigene Steuererhebung aufzugeben und die Landessteuern in Form von Zuschlägen zur Reichssteuer zu erheben. Dadurch würden die Einzelstaaten zu Provinzen des Reiches degradirt. (Sehr richtig! recht!) Zuruf links: Das geschieht schon jetzt! Dadurch würde dem Einzelstaaten das Hoheitsrecht der Steuererhebung genommen und der Charakter des Bundesstaates für das Reich beseitigt. (Sehr richtig! recht!)

Die Tabakindustrie ist eine sehr weit verbreitete, einflussreiche Industrie. Es giebt unter den Tabakfabrikanten Männer, welche sagen: Der Tabak kann mehr tragen. Aber die Zügel nicht so, daß auch nur einmal Einer aus der Reihe springt, und die Tabakindustrie hat eine wohlgefüllte Kriegskasse. Aber davor fürchten wir uns nicht am Tische des Bundesrathes. Gewisse Dinge der Agitation müssen aber niedriger gehängt werden. Eine Broschüre meint, die schweren Kontrollmaßregeln würden zur Vermehrung der Destillation dienen; Gelegenheit macht Diebe! (Sehr richtig! auf allen Seiten.) Es kommt noch besser. Die „Deutsche Tabak-Zeitung“ schreibt: Da Eigenthum Diebstahl ist, so nehmen wir Euer Eigenthum. Es ist beschämend, daß niemand den Wuth gehabt, diese unangemessene Agitation öffentlich zu brandmarken. Es entspricht dem Gerechtigkeitsgefühl des deutschen Volkes, daß ein solches Genussmittel höher bekennt wird. Der Tabak ist ein Genussmittel, entbehrlicher als andere Genussmittel, die viel höher belastet sind, zum Beispiel Salz mit 300 und Zucker mit 60 pCt. des Wertes. Die jetzt bestehende Gewichtsteuer drückt auch den billigen Tabak, den inländischen Tabak am allermeisten; die Kontrolle lastet hauptsächlich auf der Inlandsproduktion, so daß es unmöglich sein würde, bei dem jetzigen Steuersystem eine erhöhte Einnahme zu erzielen, weil der Tabakbrenner die erhöhte Steuer gar nicht auslegen könnte. Die Materialsteuer kann nur in der Höhe erhoben werden, daß das minderwertigste Material sie tragen kann. Will man mehr Einnahmen erzielen, dann muß man den Schritt von der Material- zur Verbrauchssteuer thun, wie man das gethan hat bei der Zuckersteuer und bei der Branntweinsteuer. Hedner giebt eine Uebersicht über die Schwankungen des inländischen Tabakbaues und der Preise des inländischen Tabaks und weist darauf hin, daß die Tabakinteressenten den Tabakbauern einreden wollen, daß sie in Zukunft den dreifachen Steuerfuß zahlen müßten, trotzdem doch die Inlandssteuer vollständig beseitigt wird. Man wollte dadurch

die Tabakpflanzler gegen die Steuervorlage aufbringen. Man behauptete, daß ein ungeheurer Konsumrückgang entstehen würde; dadurch würden Arbeiterentlassungen nothwendig werden und damit hatte man die soziale Frage konstruirt. Ich bestreite, daß ein Konsumrückgang eintreten wird. Eine Vertheuerung der Fünftennig-Zigarre um 1 Pfennig würde aber durch Verwendung anderer Qualitäten und durch Verringerung der Quantität vermieden werden können. Man sagt, daß die verbündeten Regierungen selbst einen Konsumrückgang von 12 pCt. angenommen haben. Das hat uns fern gelegen. Wir müßten möglichst genau schätzen, und das müßten wir, weil wir voraussehen, daß jetzt große Vorräthe angesammelt werden würden. Wir müßten sogar dazu übergehen, die Gewährung von Ueberstunden abzuschlagen, um die weiblichen Arbeiter nicht zu sehr anzustrengen. Wir müßten auch darauf rechnen, daß die meisten Raucher sich mit 5 Kilogramm Vorrath, der steuerfrei bleibt, versehen. Ein Konsumrückgang ist nicht zu befürchten, denn sonst hätte ja in jedem Jahre eine starke Schwankung des Konsums stattfinden müssen angesichts der stark schwankenden Preise des ausländischen Tabaks. Ich resümirte: Der Konsumrückgang wird nicht eintreten, ja ist nicht einmal wahrscheinlich. Wären die verbündeten Regierungen davon überzeugt, daß die Entlassung einer größeren Zahl von Arbeitern die Folge der Vorlage sein würde, so hätten sie dieselbe nicht eingebracht. Mit der Steigerung der Agitation ist auch die Zahl der Arbeiter, die entlassen werden würden, immer größer geworden; mit 15 000 fing man an, dann nahm man mit der Zunahme der Erziehung den Mund etwas voller, man kam zu 30 000, dann zu 50 000, endlich hat man sich sogar zu 100 000 aufgeschwungen. Ich habe zuerst diese Angaben mit einer gewissen Harmlosigkeit aufgenommen. Deutschland hat 160 000, Frankreich 18 000, Oesterreich 86 000 Tabakarbeiter. Die letzteren Ziffern machten mich stutzig. Bei uns werden 1 480 000 Zentner, in Frankreich 721 000, in Oesterreich 620 000 Zentner Rohtabak verarbeitet. Danach würde ein Arbeiter bei uns 9,25 Zentner, in Frankreich 40, in Oesterreich 16 Zentner Tabak verarbeiten. Muß diese Verschiedenartigkeit der Zahlen nicht Verdacht erregen? Nach der Angabe der Tabak-Berufsvereinigungen sind 107 000 Arbeiter vorhanden. (Zuruf: Hausindustrie!) Darauf komme ich. Die Zahl der Arbeitstage bei der Tabakindustrie wird auf 225 berechnet; dadurch ist man auf die Zahl von 140 000 Arbeitern gekommen und da noch 20 000 Hausarbeiter hinzugezählt, kommt man auf die Zahl von 160 000. In Frankreich und Oesterreich sind die Tabakarbeiter nur bei der Tabakindustrie beschäftigt, bei uns aber sind die Tabakarbeiter nur nebenbei mit der Tabakfabrikation beschäftigt; sie sind zum Theil auch Landarbeiter und würden, wenn sie beim Tabak nicht mehr beschäftigt werden können, andere Beschäftigung finden, zumal die Tabakindustrie hauptsächlich in solchen Gegenden vorherrscht, wo es an Arbeitern mangelt, wohin die Sachverständigen aus den östlichen Provinzen sich wenden. Wenn diese Arbeiter bei der Landwirtschaft Beschäftigung finden, so wird die Zahl der Sachverständigen vermindert werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Hat der Mann eine Ahnung!) denn ich nehme an, daß die Fabrikanten nicht die alten abhängigen Arbeiter, sondern zuerst die jüngeren entlassen werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Hat der Mann eine Ahnung!) Ich komme nun zu den Kontrollbestimmungen. Die Branntwein- und Zuckerindustrie haben sich diese Kontrollmaßregeln gefallen lassen müssen, warum soll der Tabak ausgenommen sein? Die Tabakbauern werden von der lästigen Feldkontrolle befreit und von manchen Beschränkungen, denen sie in Bezug auf den Anbau unterlagen. Wenn man zum Konsum billigerer Zigarren übergeht, dann wird das hauptsächlich der Hausindustrie zu gute kommen, welche hauptsächlich die billigeren Zigarren herstellt. Für die Hausindustrie sind die Kontrollbestimmungen besonders leicht festgestellt. Von anderer Seite aber sprach man von den Tabakslaven, ja man sagte, die unter Polizeiaufsicht stehenden Personen würden besser da als die Tabakfabrikanten. Die Annahme der Militärvorlage zwang uns mehr Geld zu beschaffen und da die Biersteuer nicht beliebt wurde, so mußten wir, da direkte Steuern im Reich nicht durchführbar sind, zu indirekten Steuern greifen und um die schwächeren Schultern zu schonen, mußten wir zur Fabriksteuer übergehen. Denn die jetzige Steuer liegt viel zu nahe beim Produzenten. Der Weinsteuer macht man denselben Vorwurf, daß sie dem Winger zufallen muß.

Abg. Friese (3.): Ich hoffe, daß die Vorlage, wie sie hier liegt, nicht Gesetz werden wird. Der Schafstetler hat viele Dinge angeführt, auch Schuldenlasten der auswärtigen Staaten und des Reichs. Er hat dabei die Schulden der Einzelstaaten den Schulden des Reichs zugehört, aber dabei vergessen, daß die Einzelstaaten, wie Preußen, Baden, Sachsen u. s. w. Staats-eisenbahnen haben, die in Frankreich und England nicht vorhanden sind. Man muß in den Kern der Agitation eindringen, und da ergibt es sich, daß gegen die Tabaksteuer eine solche Erbitterung herrscht, daß der Reichstag sich hüten sollte, darauf einzugehen. Der Reichsschafstetler hat bestritten, daß die Angaben der Interessenten über den Konsumrückgang von 1879 richtig sind; dann hätte er uns in den Motiven doch die richtigen Zahlen geben sollen. Der Tabak ist ein ganz unentbehrliches Genussmittel, ebenso wie der Kaffee (lebhafter Zustimmung), man kann ihn nicht mehr entbehren. Die Fünftennig-Zigarre wird in Zukunft mit 5 Pf. bezahlt werden müssen und das ist für den kleinen Mann ein ganz gehöriger Preisanschlag. Die Zigarren bis zu 6 Pf. machen 89 1/2 pCt. des ganzen Konsums aus; die Tabaksteuer muß also wesentlich auf die mittleren und unteren Klassen zurückfallen. Die Angabe der Interessenten, daß in der Tabakbranche 150 000 Arbeiter beschäftigt sind, dürfte nicht zu niedrig gegriffen sein, wenn in den Fabriken, d. h. in den Tabakbetrieben mit mehr als 10 Arbeitern, schon 107 000 Personen beschäftigt sind. Wenn der Staatssekretär den industriellen Ueberreibungen vorgeworfen hat, so scheint er selbst bezüglich der Zahl der Arbeiter in den entgegengesetzten Fehler verfallen zu sein. Daß 1879 ein Rückgang des Konsums festgefunden hat, ist durch die Statistik festgestellt und ergibt sich namentlich, wenn man nicht einzelne Jahre, sondern größere Zeitabschnitte mit einander vergleicht, wobei die Mehreinnahme des einen oder anderen Jahres ausgeglichen wird. Wenn nach der Vorlage der Zigarrenkonsum um 1/3, der Rauchtaktabakverbrauch um 1/2 zurückgeht, so muß daraus die Entlassung einer größeren Anzahl von Arbeitern folgen und zwar mindestens um 20 000 Köpfe. Es wird aber auch eine Verschiebung in den Arbeitsverhältnissen eintreten. Die großen Betriebe können die Kontrollen ausfallen; die kleinen Betriebe nicht, sie werden eingehen. Ferner wird der Fabrikant, um den Werth der Faktura herabzubringen, manche Arbeit dem Händler überlassen, z. B. das Sortiren und Verpacken der Zigarren. Man wird auch von schönen kostspieligen Aufmachungen der Zigarren absehen und die Hilfsindustrie der Tabakindustrie: die Etikettendrucker, die Zigarrenlisten-Fabrikation u. werden erheblich benachteiligt werden. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse haben schon dahin geführt, daß z. B. die Handwerker kaum genügende Beschäftigung haben. Durch Fürsorge von Vereinen u. s. w. ist es möglich geworden, diesen Leuten die Zigarrenfabrikation zugängig zu machen. Diese Leute waren zuerst

brothlos und daher rührt gerade die Erbitterung in der Bevölkerung gegen diese Vorlage. Man sagt, daß die anderen Staaten viel mehr aus dem Tabak einnehmen. Man darf aber die Einnahmen nicht so ohne weiteres vergleichen. Man müßte bei uns der Einnahme aus der Tabaksteuer zurechnen, was die Tabakfabrikanten und Händler an Einkommen und Gewerbesteuer dem Staate außer der Tabaksteuer zahlen. Aus der Tabaksteuer sollen 45 Millionen Mark mehr erzielt werden; sie werden erlauft mit der Vernichtung der Existenz einer großen Anzahl von Unternehmern, mit der Brothlosigkeit vieler Tausend Arbeiter und mit der Unzufriedenheit der gesamten Bevölkerung. Diejenigen, welche die Sozialpolitik auf Grundlage der kaiserlichen Hofschaff von 1881 in die Hand genommen haben, werden doch sehr Bedenken tragen, einer solchen Vorlage zuzustimmen. Ich kann namens meiner politischen Freunde erklären, daß wir dieser Vorlage, so wie sie liegt, nicht zustimmen können. (Bewegung.) Die Durchführung des Steuerreformplanes wird darunter leiden, aber ich glaube, dieser Steuerreformplan ist überhaupt undurchführbar. Die Weinsteuer hat mit Ausnahme der Steuer auf Kunst- und Schaumwein keine Spur von Aussicht; dadurch fällt von den geplanten Mehreinnahmen so viel weg, daß von einer Ueberweisung von 40 Millionen an die Einzelstaaten gar nicht mehr die Rede sein kann. Nach der Stimmung und nach der Lage, in der wir uns befinden, müssen wir uns beschränken, die Millionen flüssig zu machen, welche die Militärvorlage erfordert, und zwar in einer Weise, welche die größte Schonung der Volksmassen verbürgt. Außer der Steuer auf Kunst- und Schaumwein wäre vielleicht noch eine energische Zollerhöhung für Tabakfabrikate herbeizuführen. Mit der Ueberweisung zusammen ergibt das 36 Millionen Mark, und da für die Militärvorlage jetzt nur 43 Millionen nothwendig sind, so würden die fehlenden 7 Millionen auf die Militärbeiträge gelegt werden, was durchaus angemessen ist (Zustimmung im Centrum), namentlich wenn man in Betracht zieht, daß die eigenen Einnahmen des Reichs in den nächsten Jahren sich so steigern werden, daß sie genügen, um die wachsenden Kosten der Militärvorlage zu decken. Also, meine Herren, lassen Sie sich nicht bange machen, es wird viel schwarzer gemalt und im Landtage wird noch viel schwarzer gemalt werden, aber lassen Sie sich nicht bange machen. In Preußen liegen die Finanzen sogar verhältnismäßig günstig.

Abg. v. Stamm (Rp.): Jeder vernünftige Mensch müßte sich sagen, daß die Regierung die Tabaksteuer bringen würde ja bringen müßte. Als die Regierung Bier und Branntwein besteuert wissen wollte, wollte der Reichstag davon nichts wissen. Natürlich blieb der Tabak übrig. Die Preise des armen Mannes scheiden hierbei vollkommen aus; denn da die Inlandssteuer aufgehoben wird, wird der Preisentabak billiger werden als bisher; darüber klagen ja auch die Zigarrenfabrikanten, daß man keine Zigarren mehr rauchen wird. Das Ergebnis der Vorlage ist, daß die ärmsten Leute nicht mehr, sondern weniger Lasten zu tragen haben, daß der Mittelstand etwas mehr und die Reichen am meisten von der Tabaksteuer bezahlen müssen. (Sehr richtig! recht!) Der Tabakbau ist durch die Gewichtsteuer verdrängt worden; deshalb ist diese Vorlage, welche diese Steuer beseitigt, in Esch-Lothringen mit Jubel begrüßt worden. In Baden allerdings waren die Pflanzler zuerst gegen die Vorlage eingekommen; ich hoffe, daß sich inzwischen schon ein Umschwung vollzogen haben wird. Ein sehrlicher Wunsch der sächsischen Tabakbauer, daß das Entrippen des Tabaks und das Auslaugen der Rippen steuerfrei gegeben darf, wird durch die Vorlage erfüllt. Wenn wir nur wieder dahin kommen, wo wir vor der Gewichtsteuer waren, so würden wir 73 000 Pflanzler mit ihren Familien mehr haben als jetzt; was bejagt dem gegenüber die Zahl der Arbeiter, von deren Entlassung man hier gesprochen hat. Die Zahl wird jedenfalls nicht 50 000 betragen. Dagegen kann ich dem Schafstetler nicht zustimmen, daß gar keine Entlassung stattfinden werde. 1879 handelte es sich um eine Vertheuerung sämtlicher Tabaksorten, während nach der heutigen Vorlage zum Theil gar keine Vertheuerung einzutreten braucht; deshalb ist ein so starker Konsumrückgang wie damals nicht zu befürchten. Die Kontrollen könnten sich die Tabakfabrikanten wohl ebenso gut gefallen lassen, wie die Branntweinbrenner und die Zuckerfabrikanten. In Amerika sind die Kontrollmaßregeln sehr viel schwerer. Den Tabakfabrikanten muß daran liegen, daß sie endlich Ruhe bekommen und die können sie nur bekommen, wenn endlich einmal eine reelle Tabaksteuer eingeführt wird. Man sagt, daß man zum Preisentabak übergehen wird. Wäre das ein nationales Unglück? Preise rauchen ist gesünder als Zigarren rauchen. Diejenigen, die Preise rauchen, haben meist ein gemüthlicheres Temperament, als die Zigarrenraucher (Heiterkeit). Aus der großen Vorliebe der sozialdemokratischen Führer für das Zigarren-geschäft schließe ich, daß dasselbe ein sehr unbringendes sein muß. Wenn die Sozialdemokraten den Arbeitern die Steuerlast erleichtern wollen, so könnten sie den Arbeitern gestatten, sich der Kontrollmarke zu entziehen; denn die Einnahme aus der Kontrollmarke ist jedenfalls viel größer, als die Einnahme aus der Steuer sein wird. Wenn ein Konsumrückgang eintritt, so würde ich das, abgesehen von der Entlassung der Arbeiter, als ein nationales Glück ansehen. Ein Vergnügen ist selbst diese Steuer nicht, aber wenn eine Steuer nothwendig ist, und eine Nothwendigkeit liegt so dringend vor wie niemals, weil wir die Militärkosten nicht auf die Militärbeiträge nehmen können, so ist die Tabak-Fabriksteuer die richtige Form für dieselbe. Die Sozialdemokraten wollen allerdings eine Reichs-Einkommen- oder Reichs-Erbchaftsteuer einführen. Aber dadurch würden wir alles mobile Kapital aus dem Lande hinaustrreiben. Herr Richter will die Liebesgabe aufheben. Wie können Sie von der Regierung, welche zugesichert, daß die Landwirtschaft nicht belastet werden soll, einen solchen Wortbruch erwarten, daß sie die Landwirtschaft durch die Aufhebung der Liebesgabe ruiniert. (Zustimmung recht!) Unsere direkten Steuern sind ziemlich hoch; es ist nachgewiesen, daß wir bei den großen Einkommen die höchsten Steuern unter allen Staaten Europas haben. Ich glaube, daß die Vorlage alles das erfüllt, was der Reichstanzler versprochen hat.

Abg. Waffermann (nat.): Ein Theil meiner Freunde ist für die Vorlage, ein anderer Theil aber ist anderer Meinung. Sie sehen in derselben kein Steuerideal, sondern eine Schädigung der Industrie. Wir kommen zur Ablehnung aus allgemeinen politischen Gründen und auch sehr sachlichen Gründen, welche auf dem Gebiet der Tabakindustrie selbst liegen. Ich bin überzeugt, wenn wir uns über die Deutungsfrage so ausgesprochen hätten, wie es geschehen ist, so würde die Zusammenfassung des Reichstages vielleicht eine andere geworden sein (Sehr richtig!), welche die Annahme der Militärvorlage nicht geführt hätte. Mein Fraktionsgenosse Osann hat schon früher den Standpunkt dargelegt, welchen ich auch einnehme. Wir hätten gern die Einführung von Luxussteuern gesehen (Sehr richtig! bei den Antifemiten), und wenn diese auch nur 10-15 Millionen ergeben hätten, so wäre doch der moralische Effekt nicht zu unterschätzen gewesen. Auch eine Wehrsteuer halten wir für möglich, nicht nur als Kopfsteuer, sondern auch als Zuschlag zur Einkommensteuer unter Schonung der schwächeren Existenzen. Die Reichs-Einkommensteuer und Reichs-Erbchaftsteuer kann ich ebenfalls nur empfehlen; sie

wird kommen und muß kommen, denn die Frage der Vermehrung der Konsumsteuer wird immer schwieriger werden. (Sehr richtig! links.) Wir haben die Verquickung der Deckungsfrage mit der Finanzreform bedauert; ich spreche natürlich nur für einen Teil meiner Freunde. Der Staatssekretär hat sich gegen die Agitation der Tabakinteressenten gewendet. Ich kann diese Agitation begreifen, wenn sie auch in vielen Punkten das Maß des Erlaubten überschritten hat. Allein wenn man sieht, wieviel Hunderttausende in der Tabakindustrie ihren Unterhalt finden, dann wird man bei der fortwährenden Beunruhigung gerade dieser Industrie es begreifen, daß sie sich ihrer Haut wehrt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß in der indirekten Besteuerung eine Belastung der großen Massen liegt; der Raucher muß seine Ausgaben erhöhen oder seinen Konsum einschränken. Der Tabak kann mehr blühen, ist ein richtiger Sah, der aber bedenklich wird, wenn die Industrie und die Arbeiter darunter zu leiden anfangen infolge des Konsumrückganges. Daß ein solcher eintreten würde, beirrit der Schatzsekretär, trotzdem die Regierung selbst in der Vorlage darauf rechnet. Eine bestimmte Schätzung des Konsums wird sich schwer aufstellen lassen, weil dabei die wirtschaftlichen Verhältnisse mitspielen. Ständen die Löhne hoch, so würde der Konsumrückgang nicht so bemerklich sein, wie jetzt bei niedrigen Löhnen. 1879 ist ein Konsumrückgang eingetreten; er wird diesmal sehr viel stärker sein, weil die Steuererhöhung eine stärkere ist als damals. Besonders bedauerlich wird es sein, daß die kleineren Betriebe geschädigt werden, die sich gerade in der Tabakindustrie erhalten haben, weil dieselbe keine kostspieligen Maschinen etc. erfordert. Dazu kommt, daß die Tabakindustrie nicht so sehr wie andere Industrien nach den großen Städten sich gezogen hat und daß in diesem Erwerbszweig man leichter zur Selbstständigkeit kommt als in anderen. Welcher Prozentsatz von Arbeitern entlassen werden wird, kann man schwer ermitteln; aber auch schon die Entlassung von 1000 Arbeitern würde bedenklich genug sein. Daß das alles jugendliche Arbeiter sind, davon kann gar keine Rede sein. Im Gegenteil, die Fabrikanten werden gemißigt sein, sich die teuersten Arbeitskräfte abzuwählen. Der Schatzsekretär meint, davon werde sie ihre Humanität abhalten (Lachen links), aber die Humanität hat da ihre Grenzen, wo das Geschäft anfängt. In vielen Gegenden meiner Heimat, wo der landwirtschaftliche Betrieb noch mit dem Fabrikbetriebe verbunden ist, gab es bisher keine Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten haben sich dieser Frage der Tabaksteuer bemächtigt, und wir haben das Ergebnis, daß sich jetzt in solchen Gegenden schon sozialdemokratische Stimmen bemerkbar machen. Auf die Tabakpflanzler müssen wir alle mögliche Rücksicht nehmen. Auch die Kontrollmaßregeln werden nicht geeignet sein, die Zufriedenheit der Tabakbauer zu erhöhen. Heute werden einige Erleichterungen gestattet, aber bei unserem bürokratischen Wesen wird es bald dahin kommen, daß nach den ersten Defraudationen die Kontrollmaßregeln verschärft werden. (Sehr richtig! links.) Ich sehe also voraus, daß die Unzufriedenheit, welche im Erwerbsleben seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck eingetreten ist, wachsen wird, auch in den Kreisen der Arbeiter. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß jede Mehrbelastung des Tabaks abzulehnen ist, aber dieses unerhörte Eindringen in tausende von Betrieben kann ich nicht billigen; ich muß die Vorlage, so wie sie vorliegt, ablehnen. Wir sind bereit, Mehrnahmen zu beschaffen durch Erhöhung des Zolls auf den ausländischen Tabak, was keine Schädigung der Industrie herbeiführen wird. Der Staatssekretär des Reichsschatzamt deutete bei der Beratung an, daß man bei Durchführung der Reichssteuerreform beim Mehrbedarf des Reiches sich werde umsehen müssen, welcher Erwerbszweig herangezogen werden soll. Das wird in erster Linie wahrscheinlich immer die Tabakindustrie sein. (Zuruf: Monopol!) Wir sind aber nicht der Meinung, daß das Monopol ein Segen für das Deutsche Reich ist. (Weißall links.)

Am 6 Uhr wird die weitere Beratung bis Freitag 1 Uhr vertagt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 11. Januar, Nachmittags 6 Uhr.

Zu Beginn der Sitzung werden der zum besoldeten Stadtrat gewählte und als solcher beschäftigte bisherige Stadtv. **Manßlau**, sowie die wiedergewählten Stadtv. **Dr. Herms**, **Voghterr** und **Wallach** (von denen Stadtv. **Voghterr** wegen Erkrankung an der Einführung in der vorigen Sitzung am 4. Januar nicht teilnehmen konnte) durch den Oberbürgermeister **Jelle** eingeführt und verpflichtet.

Die Abteilungen haben sich konstituiert und die Wahl des Ausschusses zur Vorbereitung der Neuwahl der ständigen Ausschüsse und zur Abordnung der Mitglieder in die Kuratorien und die gemischten Deputationen, sowie die Wahl des Pfisterausschusses vorgenommen. In letzteren ist auch der Stadtv. **Borgmann** gewählt; dem ersteren gehören Stadtv. **Singer** und **Voghterr** an.

Vor der Tagesordnung erklärt Stadtv. **Hentig**, daß er seine Behauptung in voriger Sitzung, der 31. Stadtbezirk sei 1893 bei der Wahl anders als 1883 zusammengefaßt gewesen, nach genauestem Studium des amtlichen Materials und der Befandnisse des Bezirkes selbst nicht aufrecht erhalten könne. Er bedauert, geküßt worden zu sein und bittet die Versammlung und die beteiligten Beamten um Entschuldigung. (Bravo!)

Die vom Magistrat bekanntlich zum zweiten Male eingebrachte Vorlage der Verbreiterung der Königstraße auf der Südseite und die Befestigung der Häuser am Schloßplatz 7-16 ist von dem niedergesetzten Ausschusse diesmal mit 11 gegen 4 Stimmen zur Annahme empfohlen worden. Die Magistratsvertreter haben dem Ausschusse detaillierte Berechnungen vorgelegt, wonach die Enteignung der Häuser am Schloßplatz eine Kostensumme von nicht über 1 800 000 M., die Verbreiterung der Königstraße auf dem Grundstück der „Alten Post“ höchstens 1 Million Mark, die Verbreiterung zwischen Post- und Spandauerstraße in maximo 470 000 Mark erfordert wird. Die Gesamtkosten würden sich hiernach auf 3 bis allerhöchstens 3 1/2 Millionen belaufen. Dieser Maximalbetrag ist von der Mehrheit des Ausschusses diesmal als kein so hoher erachtet worden, daß die Stadt sich seiner wegen von der Durchführung des geplanten Unternehmens abschrecken lassen dürfe, zumal derselbe, da der Umbau der Kurfürstenbrücke wenigstens 2 Jahre in Anspruch nehme, sich auf mehrere Jahre vertheile. Nach der Aufschauung der Mehrheit besteht über die Nothwendigkeit der Verbreiterung der Königstraße allseitiges Einverständnis; mit der Verbreiterung auf der Nordseite, der die Versammlung bisher den Vorzug gegeben, würden aber diejenigen Vortheile für den Verkehr und für eine den städtischen Anforderungen entsprechende Ausgestaltung des Straßenzuges nicht erreicht, welche der Mehrheit erstrebenswerth erscheinen; vor allem aber erlange man die unerlässliche Pferdebahn-Verbindung Rathaus-Schloßplatz-Verderfer Markt nur durch die Verbreiterung auf der Südseite. Nach einer Berechnung des Magistrats würde auch für die Verbreiterung auf der Nordseite ein Betrag von 1 800 000 M. Kosten erwachsen, während die Südanlage nur 1 340 000 M. erfordert.

Die Minorität beharrte auf ihrem ablehnenden Standpunkt; sie beklagt, daß sich in der Sachlage seit dem letzten Beschlusse der Versammlung irgend etwas geändert habe, bemängelte die Kostenberechnung des Magistrats, der sie eine anderweite entgegenstellte, wonach mindestens 6 Millionen an Kosten erwachsen würden, und hielt nach wie vor an der Meinung fest, daß bei der Verbreiterung auf der Nordseite (Projekt A) die städtischen

Interessen besser gewahrt würden als es beim Eingehen auf das Projekt B der Fall sein würde.

Die schließlich auffallende Erklärung der Magistratsvertreter, daß der von der Berliner Pferdebahn-Gesellschaft für die Ueberführung der Pferdebahn über die Linden in Aussicht gestellte Beitrag von 1 Million Mark auf die Kosten in Anrechnung gebracht werden müsse, ist im Ausschusse einfach zur Kenntnis genommen worden, und es wird folgende Beschlußfassung vorgeschlagen:

Die Versammlung erklärt sich grundsätzlich mit der Durchführung des Projektes B einverstanden, ermächtigt den Magistrat zu den erforderlichen weiteren Verhandlungen dieserhalb und sieht einer Vorlage über den Erwerb der dabei in Frage kommenden Grundstücke und Rechte, sowie über die Dedung der Kosten entgegen.

Referent des Ausschusses ist der Stadtv. **Jacobi**. Vom Stadtv. **Schwalbe** wird beantragt, die Vorlage an den Ausschuss zurückzuweisen. Ein Antrag Wohlgenuth will die Genehmigung aussprechen unter der Bedingung, daß auf dem Schloßplatz eine Baufluchtlinie in der Verlängerung des Brückengeländers hergestellt und der Vorpung bei der Breitenstraße beseitigt wird; es würden dadurch nur 5 Meter von den Häusern am Schloßplatz abgeschnitten werden.

Stadtv. **Singer** beantragt, für den Fall der Annahme des Ausschussesantrages zwischen die Worte „einverstanden — ermächtigt“ folgenden Satz einzuschalten: „unter der Bedingung, daß der derzeitige Besitzer des Marstallgebäudes in der Breitenstraße, für den Fall einer Veräußerung oder anderweitigen Verwendung desselben diejenige Summe, welche zur Freilegung des Marstallgebäudes, für den Erwerb der am Schloßplatz gelegenen Häuser gezahlt wird, der Stadtgemeinde Berlin zurückzuerstatten und daß der Häuservorpung auf der Nordseite der Königstraße von Burgstraße bis Heilige Geiststraße beseitigt wird.“

Stadtv. **Singer** (zur Geschäftsordnung): Es ist die Zurückweisung an den Ausschuss beantragt. Ich möchte anheimstellen, nach der Begründung dieses Antrages und seiner Diskussion die Entscheidung darüber herbeizuführen, ob die Versammlung die Zurückweisung will oder nicht. Es könnte dadurch viel Zeit erspart werden.

Vorsteher **Langenhans** hält sich nicht für berechtigt, vor dem Schluß der Debatte über diesen Antrag die Abtinnung herbeizuführen. Derselben Ansicht ist Stadtv. **Mejer II**. Stadtv. **Singer** fügt sich auf § 14 der Geschäftsordnung, welcher besagt, daß die Versammlung eine Vorlage in jedem Stadium der zweiten Beratung an einen Ausschuss zu verweisen berechtigt ist.

Vorsteher **Langenhans** meint, der Antrag auf Zurückweisung könne zwar in jedem Stadium der Beratung gestellt werden, aber die Abtinnung habe erst nach Schluß der Beratung stattzufinden; er werde infolge dieser seiner Auffassung auch über den Antrag **Singer** nicht abtinnem lassen.

Stadtv. **Selle**: Wegen den von der Mehrheit der Versammlung am 5. Oktober festgelegten Standpunkt ist in der neuen Vorlage Stichhaltiges nicht angeführt worden. Man befürchtet jetzt, die Verbreiterung auf der Nordseite sei kostspieliger und verhindere die Durchführung der Pferdebahn. Durch Verbreiterung auf der Nordseite, wie ich sie im Ausschuss näher detaillirt habe, wird aber ebenfalls ein Fahrdamm von 10 Metern gegeben, der die Anlage einer Pferdebahn ermöglicht und in der Nähe der Burgstraße breiter sein würde als die Straße nach der Verbreiterung auf der Südseite, nämlich 18 statt 17 Meter, dagegen freilich vor dem Gebäude der Ober-Postdirektion nur 16 Meter. Aber der Bürgersteig in Breite von 3 Metern an dieser Stelle würde völlig dem Verkehr genügen. Eine Kurve der Pferdebahn ist ja nicht schön; aber an dieser allein braucht man sich doch gewiß nicht zu stoßen, wenn man dadurch 1 800 000 M. für die Häuser am Schloßplatz ersparen kann. Auch braucht die Pferdebahn ja durchaus nicht zweigleisig durch die ganze Strecke gelegt zu werden. Eventuell würde ferner der Schloßbrunnen ein wenig weiter nach Norden verschoben werden müssen. Die Verbreiterung auf der Nordseite erfordert nach meinen Vorschlägen nur 450 Quadratmeter. Die Südseite erfordert 678 Quadratmeter oder 228 Quadratmeter mehr. Darüber hinaus bliebe doch aber auch die vorspringende Ecke an der König- und Heilige-Geiststraße bestehen. Der Magistrat hat bekanntlich nicht die Absicht, an dieser Stelle etwas zu ändern, wenn sein Projekt B angenommen wird. Aber unzweifelhaft wird, wenn erst die Südseite verbreitert ist, die Bürgerstraße die Befestigung dieser ungeschönen vorspringenden Ecke ungestüm fordern. Dann wäre aber die neue Kurfürstenbrücke plötzlich um rund 2 Meter zu schmal. Die Berechnung der wahrscheinlichen Kosten der Enteignung, wie sie der Ausschuss beliebt hat, kann auf Zuverlässigkeit keinen Anspruch machen. Die zutreffende Bewertung der baulich ausgezeichnet zu verwendenden Grundstücke am Schloßplatz wird hinter 2 400 000 M. nicht zurückbleiben. Die „alte Post“ kostet ebenfalls einige Hunderttausende mehr, am meisten aber wird der Kostenpunkt für die Häuser von der „Alten Post“ bis zur Königstraße den Anschlag überschreiten. Nehmen Sie deshalb, wenn Sie durchaus die Südseite verbreitern wollen, wenigstens den Antrag Wohlgenuth an, lehnen Sie aber in erster Linie die Magistratsvorlage ab.

Baurath Hobrecht bestreitet, daß der **Selle'sche** Vorschlag weniger Terrain erfordere, und behauptet wiederum, daß für die Verbreiterung auf der Nordseite eine Pferdebahn-Konzeption weder für eine zwei-, noch für eine einseitige Linie gewährt werden würde. Die Versammlung müsse das Südpjekt annehmen, damit endlich im Interesse des Verkehrs die Brücke und die Pferdebahn zu Stande kämen.

Stadtv. **Schwalbe** tritt kurz für seinen Antrag auf Zurückweisung an den Ausschuss ein. Man müsse die neuen Vorschläge auf ihre finanzielle Tragweite prüfen und es könne auf einen Ausschuss von acht Tagen nicht ankommen.

Stadtv. **Wohlgenuth** beharrt gegenüber dem Stadt-Baurath dabei, daß der **Selle'sche** Vorschlag weniger Terrain erfordere als das Magistratsprojekt B. Ueber den Kostenpunkt der Enteignung der Häuser am Schloßplatz, sowie über die Erwerbung der erforderlichen Fläche in der Königstraße hat **Hobner** als Sachverständiger Taxen aufgestellt. Sie gehen bezüglich des Schloßplatzes über diejenige des Magistrats ganz beträchtlich hinaus. Auffallend sei ferner, daß über den Umbau der „Alten Post“ ein Gutachten des Stadtbauraths für Hochbau fehlt, daß man dem Ausschuss nur den Anschlag einer privaten Kaufman für diesen Umbau vorgelegt hat. Es ist für die Stadtverordneten-Versammlung überhaupt untraglich, ein Bauprojekt zu genehmigen, das sie nicht überhaut hat. Die Berechnung der Kosten für die Verbreiterung zwischen Post- und Spandauerstraße unter Abzug der vom Kommerzienrath **Jorast** angebotenen Schenkung von 100 000 M. ist doch rein mechanisch und ganz unzulässig. Diese Straßenstrecke zu verbreitern wird nicht unter einer halben Million, sondern über eine Million kosten. Im ganzen kommen wir auf mindestens 5 Millionen. Wenn man die Sache jetzt wieder mit der Pferdebahn über die Linden vergleicht, so sei man doch offen und sage: Wir bekommen die Pferdebahn über die Linden nicht, wenn wir nicht die Häuser am Schloßplatz abreißen! (Sehr gut! und vielfache Zustimmung.) Mit anderen Worten: wir haben 2 Millionen dafür zu zahlen, daß wir die Pferdebahn über die Linden bekommen! (Sehr wahr!) Wenn man bloß 5 Meter abschneide, werde die Stadt allerdings die Grundstücke kaufen müssen, aber sie habe dann sehr werthvolle Grundstücke von 10 Meter Tiefe zur Verwerthung. Alle Interessen, die außerhalb der Kreise der Bürgerschaft mit dieser Frage verknüpft seien, gingen die Versammlung nichts an und diese sollte sich in so schlechten Zeiten wie die jetzigen besonders hüten, so große Summen für angebliche Verschönerung der Stadt auszugeben.

Stadtv. **Friedemann** beantragt die Vertagung der Beratung, weil der Stadtbaurath für Hochbau der Sitzung nicht

anwohne und diese Thatsache doch auffällig sei; derselbe müsse Gelegenheit haben, sich über die aufgeworfene technische Frage zu äußern.

Oberbürgermeister **Jelle**: In der Presse wie in der Versammlung ist schon mehrfach der Versuch gemacht worden, den Magistratskörper auseinander zu reißen, indem man ein Glied desselben gegen das andere ausspielt. Das ist ein unerträgliches Zustand und ich bitte Sie, diese eigenthümliche Art der Zerstückelung des von Ihnen gewählten Magistrats nicht mehr fortzusetzen. Fragen des Hochbaus, wenn sie plötzlich aufgeworfen werden, kann Herr **Hobrecht** ebenso gut beantworten, wie Herr **Wohlgenuth**.

Stadtv. **Mejer II** ist gegen die Vertagung. Technische Fragen können in jedem künftigen Stadium aufgeworfen werden und der Vertagungen wäre dann kein Ende. Nachdem die Sache ein Jahr lang schwebt, sei man wohl vor dem Verdacht sicher, heute in der Beschlußfassung vorzueilen zu sein.

Die Vertagung wird abgelehnt.

Stadtv. **Mejer II** hält die vom Magistrat aufgestellten Taxen für die Enteignung für zutreffend und speziell sich selbst zur Aufstellung einer richtigen Taxe für befähigt. Nach den Offerten der Eigenthümer sei außerdem an einen freihändigen Erwerb der Häuser am Schloßplatz nicht zu denken. Enteignung werde also eintreten müssen. Die Enteignung würde aber garnicht zugestanden werden, wenn die Stadt die enteigneten Gebäude nur theilweise zur Pflasterverbreiterung benutzen wollte; enteignen Sie aber nur die 5 Meter, so könne niemand die Eigenthümer zwingen, die Restflächen der Stadt zu verkaufen.

Stadtv. **Spinola** erklärt sich gegen alle drei Anträge. Die Zurückweisung an den Ausschuss sei zwecklos, der Antrag **Singer** unannehmbar, da man hier doch keinen Vertrag mit der Krone schliesse, sondern die Häuser am Schloßplatz im öffentlichen Interesse beseitigen wolle. Dasselbe gelte vom Antrag Wohlgenuth und von dem neuen Projekt des Herrn **Selle**. Bei dieser großen Sache komme es ihm auf eine Million mehr oder weniger nicht an. (Unruhe und Widerspruch.)

Es geht ein Schlusssatz ein. Stadtv. **Singer** beantragt über diesen Schlusssatz namentliche Abstimmung. Der Antrag **Singer** findet die geschäftsordnungsmäßige Unterstüßung. Der Schlusssatz wird mit 87 gegen 82 Stimmen abgelehnt.

Stadtv. **Voghterr**: Es kommt bei unserer heutigen Abstimmung nicht bloß auf eine prinzipielle Entscheidung an. Theilt die Versammlung diesen Standpunkt, dann hätten wir die Vorlage schon vor Monaten annehmen können, dann brauchten wir keinen Ausschuss einzusetzen und gewisse Ausschüsse zu verlangen, welche wir jetzt, wenn auch nicht ganz hinlänglich, erhalten haben. Der unbefangene Leser des Ausschussberichts muß auf den Gedanken kommen, daß die Ausführung des Projektes B für die Stadt in der That das Billigere und Vortheilhaftere wäre. Die Kosten des Projektes auf der Nordseite werden einfach auf 1 800 000, die auf der Südseite auf 1 340 000 M. beziffert, diese Zahlen mögen zutreffen, wenn man sie für sich betrachtet, aber die Südseite zu verbreitern ist ja doch ohne die Niederreißung der Häuser am Schloßplatz unthunbar, und außerdem muß der Zwangsankauf der sogenannten „alten Post“ erfolgen. Wir wissen bei dem letzten Gebäude überhaupt nicht, was wir damit anfangen wollen, und vor allem nicht, ob wir gut oder schlecht kaufen werden. Es steht nur fest, daß wir ein Grundstück für 3/2 Millionen kaufen sollen, aber weiter nichts. Sonst fragen wir auch bei den kleinsten Anläufen sehr genau nach dem Verwendungszweck; hier soll das auffallendeste nicht geschehen. Zu dem Preise von 1300 M. pro Quadratmeter der Häuser von Königstraße 5 bis zur Spandauerstraße kommt der Magistrat dadurch, daß er die gültig angebotene Spende von 100 000 M. einfach von dem von Herrn **Jorast** normirten Preise von 2000 M. abzieht; mit dem Preise von 1300 M. werden wir aber bei Herrn **Jorast** sehr schlecht ankommen, weil er doch nur für den Fall die 100 000 M. spendiren will, daß der Quadratmeter mit 2000 M. bezahlt wird. Wie kann die Stadt aber überhaupt ein solches Geschenk annehmen wollen? Ein reicher Adjutant giebt einen Beitrag zur Ausführung irgend eines Projektes; wird das zur Praxis, dann werden bald nur dort Straßenverbreiterungen vorgenommen werden, wo reiche Adjutanten vorhanden sind und die Berücksichtigung der ärmeren Gegenden wird in demselben Maße rückwärts gehen. Das Pferdebahn-Projekt anlangend, ist uns wiederum offen gesagt worden in dem Ausschussbericht, daß die Polizei die Genehmigung zur Durchlegung nur giebt für den Fall der Verbreiterung auf der Südseite. Die Polizei macht also die Konzeption nicht von einer bestimmten Straßbreite abhängig, sondern sie stellt sich auf den eigenartigen Standpunkt der Staatsbehörden: So will ich's, so befehl ich's! Auf diesen Standpunkt hat sich eine Stadtverordneten-Versammlung nicht zu stellen; wenn wir besser halten, in Erwägung der städtischen Interessen, diesem Willen ein Nein! entgegenzusetzen, dann ist unser Wille der maßgebende (Lebhafte Zustimmung). Die Pferdebahn-Gesellschaft läßt uns jetzt mittheilen, daß sie für die Durchlegung der Pferdebahn durch die Königstraße allein keinen Zuschuss geben wird. Daran kennen wir die Pferdebahn-Gesellschaft wieder, wie wir sie schon lange kennen: sie fragt den Kulak nach den Staatsbehörden, sie fragt nur nach ihrem Geldbeutel! Der Hinweis auf die Willen zeigt aber, daß die beiden Vorlagen, betreffend die Pferdebahn über die Linden und die Niederreißung der Häuser am Schloßplatz in noch viel engerem Zusammenhange stehen, als man zuerst zugeben wollte. In dem ganzen großen Projekt kommt es nicht auf die Pferdebahn, nicht auf die Verbreiterung der Königstraße, sondern lediglich auf die Befestigung der Häuser am Schloßplatz an. Es handelt sich für die Krone lediglich darum, den Schloßplatz zu vergrößern, die Marstallfacade anzubringen und so einen Lieblingswunsch erfüllen zu lassen, für den wir der Krone gerade gut genug sind. (Vorsteher **Langenhans** hält diese Redeweise nicht für ganz angebracht.) Ich will mir Mühe geben, soweit mir das möglich ist, dem Vorsteher zu folgen. (Weiterkeit.) Das Brückenbauprojekt hat mit der Sache ebenfalls nichts zu thun, es war längst für uns eine abgethane Sache, gerade wie die Verbreiterung der Königstraße auf der Nordseite nach dem seinerzeit festgelegten Auspruch des Herrn **Hobrecht**. Zur Begründung des Amendements **Singer** erinnere ich daran, daß gewisse Hausbesitzer sich ja gern Verbesserungen ihrer Grundstücke durch Verbesserung von deren Umgebung gefallen lassen, aber niemals mit dabei sind, wenn es darauf ankommt, die Kosten tragen zu helfen. Ein solcher Hausbesitzer ist die Krone auch. Es wird zwar gerührt, die Kosten für die Facade aus höchstem Säckel zu bezahlen, aber weiter soll nichts geschehen. Die Befestigung der Häuser am Schloßplatz ist nicht geboten durch Verkehrs-, Gesundheits- oder Schönheitsinteressen, auch nicht durch die Rücksicht auf die Pferdebahn. Den Antrag **Singer** empfehle ich also dringend zur Annahme. Es ist das einzige Aequivalent, was Sie für den unglückseligen Fall der Annahme der Vorlage den Bürgern Berlins bieten können. Die Stadt Berlin hat sich immer und Alles vom Fiskus gefallen lassen, hat selten Gelegenheit und noch seltener den Rath, dem Fiskus, den Behörden die Stirne zu zeigen. Hier ist eine Gelegenheit dazu, weil wir in unserem guten Rechte sind. Der große schöne Schloßplatz soll auf unsere Kosten mit aller Gewalt verschönert werden, hier werden die Verkehrsinteressen ausgespielt. Wenn aber einmal unsere Plätze erst frei gelegt sind, dann sind sie sehr gut dazu zu gebrauchen, Kirchen darauf zu erbauen. (Weißall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. **Hobrecht**: Herr **Voghterr** ist im Irrthum, wenn er meint, die ganze Sache habe ihren Schwerpunkt im Schloßplatz. Ein kurzes Nein! den Behörden gegenüber zu sagen, das muß sehr überlegt werden. Es ist nicht richtig, aus Mutwillen oder Opposition dieses Nein

zu sagen, sondern nur dann, wenn glaubt, zu etwas Nachtheiligem, Schädlichem gezwungen werden zu sollen. Wir halten aber dafür, daß das Projekt der Stadt Vortheile bringt. Ein ganz gewöhnliches Bauprojekt durchzuführen, dazu bin ich thätig auch im Stande; ich kann versichern, daß ein sehr bedeutender Theil des Gebäudes der „Alten Post“ erhalten werden kann. Was darüber in einem Artikel des „Tageblatts“ gesagt ist, trifft nicht zu. Eine Waale vor den Markthallen, die Krone zu den Kosten des Unternehmens heranzuziehen, solche Forderungen haben keine Aussicht auf Erfüllung, wenn wir gleichzeitig von der Ausführung der Projekte den höchsten Nutzen für die Stadt erwarten. (Zuruf: Aber wir nicht!) Niemand glaubt ernstlich, daß der Markthallen zu mehrstöckigen Gebäuden parzelliert werden wird. (Zuruf: Doch!) Lehnen Sie die Zurückverweisung ab: Haben Sie Gnade mit sich und mit uns! (Große Heiterkeit.)

Stadt. Sachs II erklärt, für die Vorlage zu stimmen und dabei nur von Motiven, die in der Sache selbst liegen, geleitet zu werden. Er sei ebenso unabhängig, wie Herr Vogtherr, aber er besitze außerdem noch den Bürgerinn, der jenem abgehe. Alle Redner mit Ausnahme des Stadt. Vogtherr hätten die Angelegenheit sachlich erörtert. Die frühere Voraussetzung, daß die Kosten zu hoch seien, daß man auch für die Nordseite vielleicht die Pferdebahnen erhalten würde, seien ins Wanken gekommen, deshalb müsse man jetzt das Projekt B annehmen. Dientigen, die so viel über Arbeitslosigkeit jammern, sollten doch hier zugreifen, wo eine so schöne Arbeitsgelegenheit sich darbietet. (Beifall und Widerspruch.)

Stadt. Singer: Wenn der Stadtbaurath meint, wir möchten Gnade haben mit uns und dem Magistrat, so hat der letztere diese Gnade mit der Versammlung nicht gehabt, als er die abgelehnte Vorlage wieder einbrachte. Herr Hübner, der Magistrat und die Freunde der Vorlage unter uns dürfen alle für sich beanspruchen, daß sie noch fester Ueberzeugung votiren, aber dasselbe nehmen wir für uns in Anspruch. Das Urtheil über unsere Entscheidung liegt in der Bürgerchaft, und diese ist der Meinung, daß wir in jetziger Zeit die Wünsche und Ansichten der Behörden und der Staatsregierung nicht so in den Vordergrund stellen sollen, wie es hier geschieht. Ich habe meinen Unterantrag eingebracht für den Fall, daß der Enthusiasmus des Magistrats die Versammlung derartig hypnotisirt (Rufe: Oh! oh!), daß sie sich aus diesem Banne nicht mehr los machen kann. Für diesen Fall muß Vorkehrung getroffen werden, daß die materiellen Anwendungen, welche die Stadt gemacht hat, ihr ersetzt werden, wenn die Voraussetzungen, unter denen diese Anwendungen gemacht sind, fortfallen. Man macht dagegen geltend, daß gegen andere Adjazenten eine solche Forderung niemals bisher erhoben worden ist, aber die Krone ist ein ganz anderer Adjazent als die andern. Ist es so außergewöhnlich, daß der Kronenfiskus sich bestimmter Gebäude entäußert? Haben Sie Brief und Siegel darauf, daß dieses Gebäude im Besitz der Krone bleiben wird? Noch vor kurzem haben offizielle Zeitungen von der Verlegung der Residenz gesprochen. Und können nicht Verhältnisse kommen, wo es der Krone nahe gelegt wird, dieses Gebäude zu veräußern? Soll dann die Werthverhöhung, welche das Gebäude durch die auf städtische Kosten erfolgte Ausführung des Projekts erhält, von der Krone eingestrichelt werden? Ist die Annahme des Projekts B nicht mehr abwendbar, tritt ein Unfall ein, dann soll man wenigstens meinen Unterantrag annehmen. Herr Hübner habe ich noch zu bemerken, daß für die Wahrung der Interessen der Bürgerchaft das Gefühl in der Stadtverordneten-Versammlung mindestens ebenso lebhaft vorhanden sein muß, als beim Magistrat, weil der letztere ja erst ein Produkt der Versammlung, aus dieser hinaus hervorgeht.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Persönlich bemerkt Stadt. Sachs II: Herr Singer sprach vom Umfallen. Ich bitte ihn, sich darüber, wie man das macht, von dem Kollegen Vogtherr eine hübsche Episode erzählen zu lassen, welche bei Gelegenheit der Vorlage des neuen Rathhauses sich ereignete.

Stadt. Vogtherr: Ich bin damals nicht ungeschlagen, unsere Abstimmung war die Konsequenz unserer Ausführungen. Herr Sachs II hat erklärt, ich allein hätte die Vorlage nicht sachlich behandelt. Er ist zu dieser Behauptung nicht legitimirt, auch scheint mir seine Befähigung dazu zweifelhaft.

Der Antrag Schwabe auf Zurückverweisung an den Ausschuss wird in namentlicher Abstimmung mit 108 gegen 13 Stimmen abgelehnt; desgleichen der Antrag Singer mit 89 gegen 29 Stimmen. Der Antrag Wohlgenuth wird gegen 45 Stimmen ebenfalls abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wird schließlich die Magistratsvorlage mit 66 gegen 32 Stimmen angenommen.

Ueber den Antrag Singer betr. die Inangriffnahme von Maßregeln zur Bekämpfung des Nothstandes und der Arbeitslosigkeit unter der Berliner Arbeiterbevölkerung hat der unter dem Vorsitz des Stadt. Alexander Meyer beratende Sonderausschuss einen Theilbericht erstattet, der den letzten Passus des Antrags betrifft. Dieser Passus lautet:

Die Versammlung ersucht den Magistrat schleunigst in verschiedenen Gegenden, namentlich in den östlichen und nördlichen Stadttheilen, heizbare Räume zu beschaffen, in denen Arbeitslose auch am Tage Aufenthalt nehmen können.

Nach dem Bericht des Vorsitzenden haben die Antragsteller ausgeführt, daß die vorhandenen Wärmehallen weder bezüglich ihrer Dimensionen nach dem Bedürfnisse genügen, daß bei den gegenwärtigen Temperatur-Verhältnissen schnell gehandelt werden müsse, daß man einzelne Stadtbahnhöfe oder Turnhallen für den Zweck einzurichten solle, die augenblicklich Arbeitslosen wenigstens in arbeitsfähigem Zustande zu erhalten. Auf diese Darlegungen sei von seiner Seite etwas entgegnet und jedann der Antrag angenommen worden.

Dieser Gegenstand wird, obwohl es bereits 10 Uhr geworden ist, wegen seiner Wichtigkeit noch verhandelt.

Oberbürgermeister Zelle: Der Magistrat hat beschlossen, Räumlichkeiten in dem städtischen Obdach, die gegenwärtig nur der nächsten Bedarfs dienen, auch bei Tage als Wärmehallen den Zwecken des Antrags dienlich zu machen. Er hat diesen Beschluß schon vorigen Dienstag ins Leben treten lassen. Er hat außerdem beschlossen, mit dem privaten Verein für die Wärmehalle am Alexanderplatz in Verbindung zu treten, um ihm Hilfe zu bieten, seine Anlagen anzunehmen. Der Verein theilt mir mit, er habe sich gegenwärtig an dieser Stelle schon so vergrößert, daß er regelmäßig 1600-1800 Personen täglich aufnehmen könne. Ueberfüllung sei noch nicht beobachtet worden. Durch einen gewissen Tausch der Entlassung, der sich in den Räumen aufhaltenden könnten an Wochentagen bis zu 7000, an Sonntagen bis zu 9000 Personen untergebracht werden. Für diese Winterkampagne scheint ihm ein dringendes Bedürfnis für die Erweiterung der Wärmehallen nicht vorzuliegen; es wird also augenblicklich weiter kaum etwas zu thun sein.

Stadt. Kallisch beantragt, den Magistrat zu ersuchen, Vorkehrungen zu treffen, daß im nächsten Winter für den Fall des Eintritts freier Räfte entsprechende Räumlichkeiten vorhanden sind.

Stadt. Singer erkennt dankbar an, daß der Magistratsbeschluss seinem Antrage entgegenkommt, einem Theile der herrschenden Noth werde dadurch abgeholfen. Daß aber mit der Verbindung mit der Wärmehalle am Alexanderplatz dem Bedürfnisse genügt sei, müsse er bezweifeln. Der sonst sehr verdiente Vorstand dieser Anstalt habe keine Autorität für das von ihm abgegebene Gutachten, auch wäre es nicht angezogen, bloß an dieser Stelle eine Anlaufstelle einzurichten; es seien städtische Räume genug vorhanden, die sich für den Zweck eigneten, und man brähte damit diese Angelegenheit aus der privaten Wohltätigkeits-

behandlung in die der städtischen Behörden. Antrag Kallisch kann Redner nur dankbar unterstützen.

Stadt. Kallisch begründet kurz seinen Antrag. Die Ver- suchte, welche der Vorstand der Wärmehalle gemacht habe, Wärmehallen auch außerhalb des Zentrums einzurichten, seien fruchtlos ausgefallen. Das Obdach sei jetzt auch am Tage geöffnet, es nächtigen dort 2500 Menschen vorgehen, am Tage aber blieben nur 10, heute ist gar kein einziger draußen im Obdach gewesen. Die Leute kommen eben nach dem Alexanderplatz, weil die dortige Einrichtung eine private ist, und sie meiden das Obdach, weil es eine städtische Anstalt ist. Höchstens könnte der Magistrat versuchen, weitere Lokalitäten inmitten der Stadt zu beschaffen; auf Stadtbahnhöfen wird aber schwerlich zu rechnen sein, denn der Fiskus ist in seiner Fürsorge für die Armen so weit gegangen, daß er uns unsere Stadtbahnhöfe um 250 M. von 750 auf 1000 M. gesteigert hat (hört, hört!) Anlagen in der Peripherie haben wirklich keinen Zweck.

Stadt. Singer: Eine seit wenigen Tagen eingeführte Einrichtung kann doch unmöglich schon allgemein bekannt sein. Anschläge an den Bahnhöfen, an den Säulen und so weiter sind dazu nöthig. Der Magistrat sollte doch den Versuch machen, Wärmehallen in den verschiedenen Stadttheilen zu errichten. Desentralisation könne nur nützlich wirken. Wenn aus ganz Berlin Alles erst zur Wärmehalle am Alexanderplatz laufen soll, dann bleibt den Leuten Zeit, Beschäftigung zu suchen, kaum noch übrig.

Der Antrag Kallisch wird dem Ausschuss für die Singer'schen Anträge überwiesen, der Ausschussantrag angenommen.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung werden für heute abgelehnt.

(Schluß 1/21 Uhr.)

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission beriet heute die Denkschrift der Regierung bezüglich der Einführung des Systems der Dienst-Alterszulagen für die mittleren Reichsbeamten. Für die Unterbeamten ist die Angelegenheit bereits durch den vorjährigen Etat erledigt.

Ausgenommen von der Einführung der Alterszulagen sind die Post- und Telegraphen-Unterbeamten und auch die mittleren Beamten dieser Verwaltung sollen nach Ansicht der Regierung nicht von der Veränderung betroffen werden.

Der Referent Abgeordneter Graf Limburg-Silrum erläuterte an der Hand der Denkschrift die Vorzüge des Systems der Dienst-Alterszulagen, erklärte sich mit der Ausführung desselben einverstanden und wünschte, daß für die Beamten der Postverwaltung ebenfalls Alterszulagen eingeführt werden.

Der Korreferent Abg. Singer legte die Gründe dar, aus welchen die sozialdemokratische Partei die Einführung der Alterszulagen befürwortet. Es handle sich darum, die Beamten von der Willkür der vorgesetzten Behörden frei zu machen. Die Zulage soll als ein Recht des Beamten angesehen werden, welche ihm in bestimmten Zwischenräumen zu Theil werden müsse und nicht der Willkür des Wohlwollens oder einer Belohnung für gutes Verhalten sein. Der Redner bekämpfte deshalb energisch den in der Denkschrift enthaltenen Satz, daß die Zulage bei befriedigendem dienstlichen und außerdienstlichen Verhalten des Beamten erfolgen soll, daß jedoch dem Beamten ein Rechtsanspruch auf die Zulage nicht zusteht.

Nach Ansicht des Korreferenten hat der Beamte bei pflichtgemäßer Erfüllung seiner Obliegenheiten — andernfalls besitzt die Behörde ja in dem Disziplinarverfahren genügende Mittel — einen vollen Rechtsanspruch auf die Zulage. Um das außerdienstliche Verhalten habe sich die Behörde, soweit die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte in Frage komme, überhaupt nicht zu kümmern.

In der Postverwaltung namentlich werde die Ueberwachung des außerdienstlichen Verhaltens der Beamten mit einer Virtuosität betrieben, die einer besseren Sache würdig sei. Redner behält sich vor, bei Beratung des Postetats diese Angelegenheit eingehend zu behandeln und hält die Gründe, welche die Denkschrift für die Nichterhebung der Zulage der Postbeamten in das Alterszulagensystem nicht für beweiskräftig. Der Nachtheil, der für die unteren und mittleren Postbeamten etwa bei der Einführung entsteht, soll ausgeglichen werden durch Erhöhung der Anfangsgehälter, Zusammenlegung mehrerer Etatsstellen, Verkürzung der Wartezeit. Es gäbe Mittel und Wege, den Postbeamten die Vortheile der Dienst-Alterszulagen zugänglich zu machen, ohne dieselben durch verlangsamtes Aufsteigen in eine höhere Gehaltsstufe zu schädigen. Der Redner stellte für die Spezialberatung des Postetats einen Antrag in Aussicht, der den Reichsausschuss anfordert, dafür zu sorgen, daß das System der Dienst-Alterszulagen auch für die Post- und Telegraphenverwaltung eingeführt wird.

Der Vertreter des Reichschatzamts äußerte sich über die finanzielle Wirkung des Regierungsvorschlags, den er mit etwa 280 000 M. pro Jahr befristete.

Die Reichs-Postverwaltung ließ durch ihren Vertreter erklären, daß sie einzig im Interesse ihrer Beamten sich der Einführung der Dienst-Alterszulagen für die Post- und Telegraphenverwaltung widersetze. Die Beamten stehen sich jetzt besser, da sie in kürzerer Zeit als wie später im Gehalt aufsteigen. Durch Einführung des neuen Systems würden die Unterbeamten allein um 2 500 000 M. geschädigt, was im einzelnen Falle 80 bis 135 M. Jahresverlust für die Unterbeamten ausmache. Die Verpflichtung, für ihre Beamten einzutreten, hätte der Post ihren Widerspruch diktiert, den das Reichschatzamt schließlich insofern anerkannt habe, daß die Post für den vorliegenden Etat außer Anlauf geblieben sei.

Die Verhandlungen über die Frage schweben noch, wenn sich ein Weg finden ließe, ohne Schädigung der Beamten die Dienst-Alterszulagen auch bei der Post einzuführen, so werde die Postverwaltung gern die Hand dazu bieten.

In der Diskussion trat der Abg. Gröber im Wesentlichen den Ausführungen des Abg. Singer bei. Auch das Zentrum wolle den Beamten einen Rechtsanspruch auf die Zulage gewähren und ebenso das außerdienstliche Verhalten des Beamten, namentlich in politischer Beziehung bei Wahlen u. s. w. nicht der Disziplin der vorgesetzten Behörde unterworfen wissen. Die nationalliberalen Redner wünschten auch die Einbeziehung der Postbeamten in die Alterszulagen; ebenso die Vertreter der konservativen Partei.

Alle Parteien sind der Meinung, daß eine Schädigung der Beamten in Bezug auf Einkommen durch die Veränderung des Zulagegesetzes nicht erfolgen solle, daß jedoch dafür gesorgt werden müsse, die Ausnahmestellung der Postbeamten, über welche aus den Kreisen der Beamten selbst vielfach Klage geführt wird, zu beseitigen.

Die weitere Verfolgung dieses Gegenstandes wird bis zur Beratung des Postetats ausgesetzt und die Vertreter der Postverwaltung werden um Verbringung von Material zur Beurtheilung der thatsächlichen und event. zukünftigen Verhältnisse auf diesem Gebiet ersucht.

In der Morgen Vormittag stattfindenden Sitzung wird die Eingeladene der für die mittleren Reichsbeamten — mit Ausnahme der Postbeamten — vorliegenden Denkschrift wegen Einführung der Dienst-Alterszulagen fortgesetzt und außerdem der Etat des Reichsamts des Innern weiter beraten werden.

Parteinachrichten.

Eine Delegirten-Konferenz der sozialdemokratischen Partei des 11. badischen Wahlkreises, welche am Sonntag in Mannheim tagte, war von 28 Delegirten besetzt. Es handelte sich hauptsächlich um Neuorganisation. Die Debatte nahm einen glatten Verlauf und endete mit der Annahme des von dem Agitationskomitee vorgelegten Statuts, das nächster Woche den einzelnen Orten eingehängt werden wird. Die nächste Konferenz findet in zwei Monaten in Hemsbach statt.

Zur Aufklärung der Parteigenossen über das Gerücht, der Genosse Lehmann (Dortmund) halte die s. Z. von den Parteigenossen für die inhaftirten Bergleute gesammelten Gelder widerrechtlich zurück, veröffentlicht der Vertrauensmann Wilh. Böcker folgendes: Das Gerücht beruht auf einem großen Irrthum, da von der Summe von 1400 M. fortlaufend die Hälfte der inhaftirten Bergleute, theilweise noch bis Mitte dieses Jahres, unterstützt und die Prozesskosten gedeckt werden müssen. Der Unterzeichnete wurde in Bochum gewählt, um mit Lehmann die Angelegenheit zu ordnen und erklärt der Wahrheit gemäß, daß diese Summe in durchaus korrekter Weise von Lehmann verwaltet und dem Zweck entsprechend verwendet wird. Die gegnerischen Blätter aber, welche diese irrtümliche Meinung in der gehässigen Weise ausbreiteten, erlaube ich, auch diese Erklärung ihren Lesern nicht vorzuenthalten. Mit dem Appell an die gegnerischen Blätter dürfte der Genosse wohl wenig Glück haben, denn was blieben den Blättern, die sich mit einem wahren Heißhunger auf derartige Gerüchte stürzen, um die Sozialdemokratie zu schädigen, sonst noch für Mittel übrig, um zu bekämpfen.

Todtenliste der Partei. In Färth ist Genosse Bollmann (Buchdrucker) gestorben und gestern unter der Theilnahme von wohl tausend Personen beerdigt worden. Zahlreiche Kranzspenden und Deputationen von den umliegenden Orten waren Beweise der Achtung, die Bollmann als Genosse in weitesten Kreisen genossen hatte. Mit dem durch einen Arbeiter-Gesangverein vorgetragenen Lied: „Ein Sohn des Volkes will ich sein,“ verabschiedeten sich die Freunde Bollmann's von dessen Grab.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Grober Unfug. Zwei Genossen aus Limbach bei Chemnitz hatten an einem Sonntag während der Wahlzeit in denachbarten Dörfern Flugblätter vertheilt und waren wegen dieses Verbrechens von dem Gemeindevorstand eines Ortes mit 5 M. Strafe belegt worden. Das Schöffengericht sowohl als auch das Landgericht entschied die von den Beklagten eingelegte Berufung zu Ungunsten der Letzteren. Die Revision beim Ober-Landesgericht hatte den gleichen Erfolg. Die Revision wurde kostenpflichtig abgewiesen. Aus dem Erkenntnis des Ober-Landesgerichts, das wir des großen Umfangs wegen nicht dem Wortlaut nach wiedergeben können, geht mit zwingender Deutlichkeit hervor, daß in Zukunft in Sachen die Vertheilung von Wahlflugblättern nicht nur während des sonntäglichen Gottesdienstes oder überhaupt am Sonntag, sondern daß die Vertheilung von Wahlflugblättern überhaupt als grober Unfug bestraft werden kann, wenn schon durch die Art und Weise der Vertheilung der Flugblätter nach Ansicht der Polizei und der Gerichte „der äußere Bestand der Ordnung verletzt“ wird.

Die Flugblattvertheiler dürfen z. B. nicht „eine größere Anzahl von Flugblättern frei und sichtbar auf dem Arme tragen, so daß die Thätigkeit des Verbreitens auch auf öffentlicher Straße wahrnehmbar“ wird, die sozialdemokratischen Flugblätter dürfen nur Solchen gegeben werden, die danach verlangen tragen etc. — Wir glauben nicht zu viel zu sagen, wenn wir behaupten, daß bei Durchführung der Anschauungen des sächsischen Ober-Landesgerichts das Vertheilen von sozialdemokratischen Flugblättern in Sachen überhaupt unmöglich gemacht würde.

— Genosse Hülle, Redakteur der „Thüringer Tribune“ zu Erfurt wurde wegen Beleidigung des Landraths zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt.

— Aus Anhalt werden eine Reihe Fälle gemeldet, welche deutlich erkennen lassen, wie auch dort die Behörden keine Gelegenheit vorbegehen lassen, den Sozialdemokraten ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen, wobei es einzelnen Organen recht oft passiert, ihre Gesetzeskenntnis in hellem Lichte erscheinen zu lassen. In Coswig waren zwei Genossen angeklagt, ohne polizeiliche Genehmigung Eintrittsgeld in einer öffentlichen Versammlung erhoben zu haben. In erster wie in zweiter Instanz erfolgte Freisprechung, da ein Verbot der Polizei, Eintrittsgeld zu erheben, unzulässig sei. — In demselben Orte hatten bei Abhaltung des Vergnügens eines Rauchklubs sich zwei Polizisten erlaubt, in die betreffenden Lokalitäten einzudringen. Sie wurden natürlich zurückgewiesen, wobei sie von Seiten einiger Genossen eine Geseßesbelehrung mit auf den Weg bekamen. Die dabei gesammelten Bemerkungen sollten Beamtenbeleidigungen enthalten haben. Die kürzlich statigefundene Verhandlung endete mit Freisprechung.

In Leipzig wurde am 9. d. Mts. der Parteigenosse Heinrich Runge, begleitet von einigen hundert Parteigenossen, zur letzten Ruhe gebracht.

Tokales.

Zum Berliner Schuhmacherstreik, besser zu dem aus Anlaß desselben ausgebrochenen Streit zwischen den Streikenden und dem Abgeordneten Woll-Gotha hatten wir bisher aus nachliegenden Gründen eine abwartende Stellung eingenommen. Aus dieser Reserve wären wir, um die im Lohnstreik sich befindlichen Arbeiter nicht zu schädigen, auch vor Beendigung des Streiks nicht heraustraten, wenn uns nicht Berichte, die bürgerliche Blätter über die am Mittwoch Abend stattgehabte Versammlung der Streikenden veröffentlichten, dazu zwingen würden. In jener Versammlung soll nach dem Bericht des „Intelligenz-Blattes“ von dem Referenten Menzel behauptet worden sein, Woll-Gotha habe in „Schuhmacherfachblatt“ in einem Artikel gesagt: „Der anarchisirende Schuhmacher König habe den Streik verschuldet, der Staatsanwalt möge doch denselben fassen.“ Wir zitiren wörtlich nach dem „Intelligenz-Blatt.“ Einschalten wollen wir hier, daß weder unser Bericht-erstatte noch eine Anzahl zuverlässiger Parteigenossen, welche der Versammlung beigewohnt haben, die besagte Wendung des Referenten in dem Sinne ausgefaßt haben, den das „Intell. Blatt“ ihr gegeben hat.

Wir haben nun gar nicht die Absicht, die Vertheidigung des Genossen Woll zu übernehmen, überlassen dies vielmehr ihm selber; es soll auch vorläufig nicht unsere Aufgabe sein, unsern Standpunkt zum Streit selbst klar zu legen, so wenig, wie wir auf die Polemiken Woll's eingehen wollen. Unsere Aufgabe soll lediglich die sein, aus dem Artikel des Genossen Woll selbst das Unhaltbare der (nach Angabe des „Intelligenz-Blattes“) in der Versammlung ausgestellten Anschuldigung nachzuweisen. Zu dieser Maßnahme sind wir umsomehr verpflichtet, als wir aus Erfahrung wissen, daß die gesammte bürgerliche Presse mit einem wahren Heißhunger sich auf den fetten Wisten werfen und ihn gegen uns ausschlagen wird. Um unseren Lesern den Nachweis zu liefern, daß sich in dem besagten Artikel nicht das Mindeste befindet, was zu einer solchen maßlosen Anschuldigung benutzt werden könnte, geben wir den Herrn König betreffenden Passus wörtlich wieder. Genosse Woll schreibt, nachdem er gegen die Anklage des Streiks polemisiert, über König selbst: „Nun ein Wort mit Herrn König, bei welchem sich ein ehrlicher Charakter aller-

dinge erst Handschuhe anziehen muß, um sich in seine Nähe zu begeben. Dieser saubere Mensch hat, die Notlage unserer Kollegen benützend und seiner anarchischen Natur entsprechend, eine ganze Anzahl Streiks angezettelt, bei denen er gewöhnlich als Gemahregelter übrig blieb und unterstützt wurde. In Fürth i. B. war in der Fabrik Gebrüder Verneis ein Streik ausgebrochen. Der Unterzeichnete verhandelte persönlich mit den Fabrikanten um Beilegung des Streiks. Nach längerem Verhandeln kamen wir überein, daß am andern Tage früh 6 1/2 Uhr alle Arbeiter ohne Ausnahme die Arbeit unter den festgesetzten Bedingungen aufnehmen sollten. Die Bedingungen zu halten gaben wir uns das Ehrenwort. Ich reiste nach Nürnberg. Am andern Tage theilte Herr König mit, daß er gemahregelt sei. Auf unsern Vorschlag bei Herrn Verneis, daß er sein Ehrenwort nicht gehalten, erklärte derselbe im Beisein Königs, daß er ein Wort gehalten; es sei ausgemacht, daß alle Arbeiter früh 6 1/2 Uhr anfangen sollten, König sei aber nicht früh sondern Mittag 11 Uhr gekommen, inzwischen habe er, glaubend, daß König nicht anfangen wolle, einen anderen Mann an dessen Statt genommen. Der Fabrikant war sicher in seinem Recht. „Bruder“ König aber spielte wie immer den Gemahregelten. In Weisensfeld war König einige Wochen, als ein Streik ausbrach. König reiste nach Groitzsch und andere Orte, ließ sich in Groitzsch das Reisegeld geben und verlangte dasselbe auch in Weisensfeld. Auf die Frage, ob er in Groitzsch nichts erhalten, antwortete er mit nein. Ein Briefwechsel stellte die Sache fest. König wurde wegen verschiedener solcher Delikte aus dem Verein deutscher Schuhmacher ausgeschlossen. Und dieser reinliche saubere König spielt jetzt eine Hauptrolle bei den Anarchisten und bei dem Berliner Schuhmacherstreik. Dieser Mensch war es, der mich einen politischen Hochstapler nannte. Freut mich, daß solches Gefindel auf mich ränzt und schimpft, jedes belobende Wort aus seinem Munde würde ich als Beleidigung auffassen. So, Herr Redakteur Voshart vom freisinnigen „Gothaischen Tageblatt“, sammt der verschwägerten Bourgeoispresse, sieht mein Verleumdung, Euer Schilling aus. Ich erkläre, daß ich diesem König, seinen Trabanten und bourgeoisen Gönnern das Recht einräume, nach Herzenslust auf mich zu schimpfen. Von solchen Leuten thut es mir nämlich nicht weh.“

Aus dem Obigen wird niemand eine Denunziation, wie sie das „Intelligenzblatt“ und auch der „Reichsbote“ dem Genossen B o c k unterzuschreiben versuchen, herauslesen können. Da uns nun das Zeugnis von Parteigenossen zu Gebote steht, welche, wie oben angebeutelt, den Referenten in ganz anderem Sinne als der Reporter der betreffenden Blätter verstanden haben, so müssen wir zu der Anschauung gelangen, daß die angezogenen Blätter den harmlosen Anspruch des referirenden Arbeiters zweckdienlich redigierten. Als Entschuldigung möge vielleicht dienen, daß die Berichterstatter der bürgerlichen Blätter mit einem etwas zu

höflichen Eifer bestrebt sind, die Herzenssehnsucht ihrer Brodgeber nach möglichst „pikanten“ Versammlungsberichten zu erfüllen — sei es auch ein wenig auf Kosten der Wahrheit.

Gerichts-Beifung:

An den „ollen ehrlichen Seemann“ erinnerte eine Persönlichkeit, welche gestern unter der Anklage des gewerbmäßigen Glückspiels sowie wegen Betrugs in einem Falle vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I stand. Der Schlichter Otto Wille, den ein Bruchleiden an der Ausübung des von ihm erlernten Berufs hindert, sollte sich seit Jahren vom Hazardspiel ernährt haben, wobei er seine Opfer unter den Lohnschlichtern suchte, welche er auf dem Viehhofe kennen gelernt hatte. Die spielglustigen Personen versammelten sich am häufigsten in Lokale des Schankwirths Dieh in der Thierstraße, wo ihnen ein Hinterzimmer eingeräumt wurde. Dieh besand sich deshalb wegen Duldens von Glückspiel auf der Anklagebank. Es wurde „Meine Tante, Deine Tante“ gespielt, Wille war zumeist der Bankhalter. Auffallend war, daß er stets ein Spiel Karten bei sich führte, das er beim Spiel benutzte und dann wieder mit nach Hause nahm. Diese Thatsache gab Wille zu. Der Vorsitzende fragte ihn, ob er nicht auch jetzt ein Spiel Karten bei sich führe, um dem Gerichtshof das Wesen und die Handhabung des genannten Spiels vor Augen führen zu können. Wille verneinte, worauf es einige Heiterkeit erregte, als ein Mann im Zuhörerraum — augenscheinlich ein Schlichter — aufsprang, ein Spiel Karten aus der Tasche zog und es dem Gerichtshof zur Verfügung stellte. Das Anerbieten wurde angenommen, worauf Wille sich an den Zeugensitz setzen und eine Erklärung des Spiels geben mußte. Die Zeugen bezeugten sodann, daß der Angeklagte Wille in auffällender Weise vom Glück begünstigt worden sei. Einmal hat Wille in kurzer Zeit dem Schlichter Schulze gegen 90 M. abgenommen, und zwar, während der Letztere auf Wille's Jureden die Bank hielt. In diesem Falle soll der Angeklagte sich eines Betruges schuldig gemacht haben, den der Gerichtshof auch durch die Beweisaufnahme für erwiesen hielt. Wille hatte sich dicht hinter den Stuhl des Bankhalters gestellt. Er machte seinen Einsatz erst dann, wenn der Bankhalter eine Karte für den Spieler verdeckt hingelegt hatte und die für ihn bestimmte Karte abziehen wollte. Immer hatte Wille das Glück, eine hohe Karte zu ziehen und dadurch zu gewinnen; war die Karte der Sechenden eine niedrige gewesen, so hatte Wille sich daran nicht betheiliget. Später wurde das Räthsel gelöst. Von den Karten, die Wille mitgebracht hatte, waren die Könige und Damen an den Ecken mit einem Zeichen versehen, welches nur dem scharfen Auge des Angeklagten erkennbar war. Er konnte danach seinen Einsatz richten und mußte gewinnen.

Der Angeklagte Dieh wollte „Meine Tante, Deine Tante“ gar nicht kennen und anfangs nicht gewußt haben, daß seine Gäste im Hinterzimmer ein verbotenes Spiel trieben. Als er es erfahren habe, sowie auch, daß Wille falsch spielen sollte, habe er dem letzteren die Thür gezeigt. Der Staatsanwalt hielt beide Angeklagten im Sinne der Anklage für überführt, er beantragte gegen Wille sechs Monate Gefängniß und 600 M. Geldstrafe, gegen Dieh 300 M. Geldstrafe. Der Vorsitzende des letzteren, Rechtsanwält Platan, plädirte für Freisprechung, erreichte aber nur, daß der Gerichtshof der Strafe gegen Dieh auf 150 M. ermäßigte. Gegen Wille wurde nach dem Austrage des Staatsanwalts erkannt.

Wächter der öffentlichen Ordnung wegen Meineids vor Gericht. Im Oktober v. J. stand der Felschmeister Grischkat vor der Strafkammer zu Liegnitz, um sich wegen einer Anklage, lautend auf Hausfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt, zu verantworten. Dieser Vergehen sollte er sich dadurch schuldig gemacht haben, daß er in einem Schanklokale, aus welchem er wiederholt hinausgewiesen worden war, starken Lärm gemacht und den ihn verhaftenden Nachtwächlern Höflichkeit und Sojanski auf dem Wege zur Polizeiwache starken Widerstand geleistet habe. In dem Termine behauptete nun Grischkat, von den Wächtern arg gemishandelt worden zu sein. Dies stellten die beiden Wächter unter ihrem Zeugnise in Abrede. Durch die Beweisaufnahme wurde jedoch bewiesen, daß der Wächter Grischkat bereits bei der Verhaftung mit einem Ochsenziemer geschlagen hat; auch befandete ein Zeuge, daß er kurz nach der Entlassung Grischkat's in das Polizeigefängniß lautes Jammergeschrei desselben vernommen habe. Da nun Grischkat bei seiner Verhaftung unverletzt gewesen ist, am anderen Morgen jedoch, wie ein ärztliches Attest bewies, starke Verletzungen am Kopfe, welche von rohen Mishandlungen herrührten, gehabt hat, entstand der Verdacht des Meineids gegen die beiden Nachtwächter. Dieselben wurden im Termine alsbald verhaftet. Gestern standen diese Wächter der öffentlichen Ordnung nun unter der Anklage des wissentlichen Meineids und der vorsätzlichen Körperverletzung vor dem hiesigen Schwurgericht. Der Angeklagte Höflichkeit, welcher sich durch heftige Erregung und Bergechtheit auszuweisen versuchte, wurde durch die Beweisaufnahme seiner Schuld in vollem Umfange überführt, dagegen konnte dem Angeklagten Sojanski nicht nachgewiesen werden, daß er an der Mishandlung des Grischkat betheiliget gewesen sei und blieb gegen ihn nur die Anklage wegen wissentlichen Meineids bestehen. Die Geschworenen billigten beiden Angeklagten mildernde Umstände zu. Das Urtheil gegen Höflichkeit lautete auf 2 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 3 Jahr Ehrverlust, gegen Sojanski auf 9 Monate Gefängniß.

Zur Beachtung!

Bezugnehmend auf die Annonce im „Vorwärts“ vom Sonntag, den 7. cr. von der Genossenschafts-Bäckerei für Berlin und Umgegend (Ein Appell an den Magen) haben wir Folgendes zu erwidern:

Wir haben seit Bestehen der Kontrollmarke dieselbe sofort eingeführt, während obige Genossenschaft erst 1/4 Jahr später durch vieles Drängen sich dazu bequemt hat.

Auf Absatz 2, das Zuführen von frischem Brot am Sonntag bemerken wir: Sonntags und Feiertags wird bei uns nicht gebacken; das unseren Kunden Sonntag früh zugeführte Brot wird in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gebacken. Ferner wird behauptet, daß die Genossenschafts-Bäckerei „Vorwärts“ von 4-5 Personen gegründet sei und sich schlichterweise Genossenschafts-Bäckerei Vorwärts, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht nennt. Dieses erklären wir für unwahr. Wir bedauern, daß der Geschäftsführer Herr Freitag nicht mehr Kenntnisse vom Genossenschaftsgesetz besitzt, daß er weiß, daß 4-5 Personen keine Genossenschaft gründen können. Weiter bemerken wir, daß wir vom Tage der Gründung unserer Bäckerei an unsere Eintragung beim Handelsgericht beantragt haben, jedoch den Antrag mehrere Male infolge einiger Formfehler zurück erhielten und jetzt endgiltig der Eintragung entgegenstehen, so daß die Schuld hieran nicht auf unserer Seite liegt.

Nun wird zum Schluß noch gesagt, daß gewisse Konkurrenz und Händler Brot mit Kontrollmarke als Genossenschaftsbrot verkaufen. Dies hat keine Richtigkeit, da das von uns gebackene Brot mit Stempel „G. B. Vorwärts“ in Wirklichkeit Genossenschaftsbrot ist und unsere Abnehmer (u. A. die erwähnten Th. Dohow und P. Schertel) mit Recht unser Brot als Genossenschaftsbrot verkaufen können.

Wir bedauern noch, daß die Genossenschafts-Bäckerei für Berlin und Umgegend denartige Wege einschlägt, um für sich gewissermaßen Bekanntheit zu machen, und deuten wir darauf hin, daß, falls dieselbe in dieser Weise fortfahren sollte, wir uns genöthigt sehen, die Gründe zu veröffentlichen, weshalb wir seiner Zeit veranlaßt wurden, eine Genossenschafts-Bäckerei unter dem Namen „Vorwärts“ zu gründen.

Der Vorstand
der Genossenschafts-Bäckerei „Vorwärts“.

Mitglieder-Versammlung der Holz- und Bretterträger Berlins und Umgegend

am Sonntag, den 14. Januar, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Möhring (Märkischer Hof), Admiralstraße 18c.
Tagesordnung: Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 4. Quartal 1893. 4. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht 179/20
Der Vorstand: P. Karnal.

Achtung! Maurer und Putzer. Große öffentliche Versammlung

am Freitag, den 12. Januar, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Joël, Andreasstr. 21.

Tagesordnung:
1. Erste Lehren der gegenwärtigen wirthschaftlichen Lage. Referent Reichstags-Abgeordneter C. Frohme. 2. Die haltlosen Zustände im Gewerbe. Kollegen, da uns die Natur ein Halt in Kampfe um unser täglich Brot geboten, erwarten wir, daß Ihr recht zahlreich erscheinen werdet, um endlich Stellung zu nehmen gegen die miserablen Zustände im Gewerbe. Alle Bauhandwerker sind zu dieser Versammlung eingeladen. 445/5
Die Vertrauensmänner:
H. Schiögolski, Schwedterstr. 27. F. Gräsche, Etalierstr. 54.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
Kinderwagen,
größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlt ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

Kranken- und Sterbefälle des Vereins der Former.

Am Sonntag, den 14. Januar, Vormittags 11 Uhr, findet Gipsstr. 3 die ordentl. Generalversammlung statt. Da die Tagesordnung für die Mitglieder eine sehr wichtige ist, bittet um regen Besuch 1185b
Der Vorstand.
J. A.: Albert Mewes.

Arbeiter-Verein für Rummelsburg u. Umgegend.

Sonntag, den 14. Januar 1894, Mittags 12 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Müller, Neue Pflanz Albertstr. 70:
Defftl. Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag der Genossen Buck, Ritter und Pramschüler über unsere Landagitation. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 111/5
Der Vorstand.

Verein Berl. Bau-Anzähler „Nord“.

Sonntag, den 14. Januar, Vormittags 9 1/2 Uhr, im Restaurant Dase, Brunnenstr. 154:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung der Revisoren. 2. Neuwahl des Vorstandes nach § 3 unserer Statuten. 3. Besprechung der geschäftlichen Lage. Referent: G. Jacob. 4. Ausgabe der Karten pro 1894. 5. Verschiedenes. 1188b
Der Vorstand.

Friedrichshagen. Sonnabend, 13. Januar, Ab. 8 1/2 Uhr, bei Max Lerche (Kundtheil): Defftl. Volks-Versammlung.

Tagesordnung: [1188b
Vortrag des Reichstagsabg. Auer.
Homöopath. Institut, Schönholzer-
straße 17. 8-9, 4-5.
Sonntags 9-10. 1137b

Verband der Bauarbeiter u. Berufsgenossen Deutschlands. Zahlstelle Berlin.

Sonntag, den 14. Januar 1894, Vorm. 11 Uhr, bei Farger, Grüner Weg Nr. 29:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl des gesammten Vorstandes. 3. Abrechnung vom 4. Quartal 1893. 4. Verschiedenes. 404/16
Der Vorstand.

Präuscher's Museum.

Tausende von anatomischen Präparaten. Schaukanal durch fünf Körper. Gladiatoren-Kampf. Wunder d. Ceroplastik u. Mechanik. Täglich von 9 früh bis 10 Abends für erwachsene Herren. Dienstag und Freitag: Damentag.

!! Roh-Tabak !!

Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Rohtabak-
Handlung,
Brunnenstr. 185.
5 Formen (Bodfoorn) wieder vorrätbig.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für

**Gold-, Silber-,
Alfenidewaaren** (Eig. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfehlen sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

Butter & Käse

in bester Qualität und billigsten Preisen empfiehlt den Genossinnen u. Genossen
1173b Paul Günther,
Markthalle Ackerstrasse, Stand 105

Roh-Tabak A. Goldschmidt, 4495L

am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantiert für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung. Billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.

A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Ein möbl. Zimmer zu verm., Steins-
mehstraße 29, 4 Tr., Et. I. 1191b

Schlittschuhe, gebr., von 20 Pf. au
1147b Rothbuserstr. 13.

Rechtsbureau des königlichen Amts-
richters, D. Altes-Jacob-
straße 130. Gewissenhafter Rath in allen
Angelegenheiten. Unbemittelten unent-
geltlich. Auch Sonntags. 1088b

**„Zum Prophet“
Welthaus**
für
Herren- u. Knaben-Garderoben
I. Etage. Am Dönhoffplatz. I. Etage.
Ecke Leipziger- und Kommandantenstr.

Inventur-Ausverkauf
ohne Rücksicht auf die bisherigen Preise:

Winter-Paletots von 8 M. an	Dosen in Burkiner. von 4 M. an
Bauch-Paletots 12	Neuveauté-Dosen 6
Pelerinen-Mäntel 10	Haus- u. Jagdjoppen 6
Hohenzoll-Mäntel 21	Interims-Joppen, elegant 8
Hochseine Paletots in frischer Montag-nac, Duffel 15	Schlafrocke in Doublet 7
Kaiser-Mäntel 10	Schlafrocke in Velour 10
Cheviot-Anzüge 10	Westen, hochfein 1 1/2
Compl. feinere Anzüge 15	Knaben-Anzüge 2 1/2
Gehrock-Anzüge, hf. 26	Jünglings-Anzüge 5
	Jünglings-Anzüge 7

Knaben-Paletots mit und ohne Pelerine, sowie Knaben-Hohenzollern-Mäntel zu äußerst billigen Preisen.
Frack-Verleih-Institut.
Versand nur gegen Nachnahme.
Sonntags geöffnet bis 2 Uhr.

Crispi's Gottesfriede auf Sizilien.

Wie ich es in meinem letzten Berichte Ihnen vorausgesagt, so ist es gekommen. Alle telegraphisch in die Welt geflochtenen Nachrichten von dem warmen Herzen Crispi's für die Verhungerten und zur Verweissung getriebenen Bauern und Arbeiter Siziliens, von angeländigten Reformen in der kommunalen Besteuerung, haben sich als erbärmliche Lügen erwiesen. Diese Nachrichten sind, wie sich jetzt herausgestellt hat, in dem offiziellen Depeschensbureau von der Regierung selbst, die mit Lügendepeschen und falschen Nachrichten geradezu Organe treibt, fabriziert worden. Die Wahrheit ist: Crispi's Brutalität offenbart sich in ihrem vollen Glanz. Sizilien ist in Verlagerungszustand erklärt worden. Hinte und Sabel wüthet auf der unglücklichen Insel. Das Vetterli-Gewehr muß seine Wunder zeigen an den Schlachtopfern Crispi's, an Männern, Frauen und Kindern des Volkes. Schon werden die Todten und Verwundeten zu vielen Hunderten erzählt, alle natürlich auf Seiten des Volkes. Wurden doch erst kürzlich in Masino, einem Orte von 10 000 Einwohnern in der Provinz Palermo, 80 Personen niedergeschossen, 80 auf der Stelle getödtet und 60 schwer und leicht Verwundete, darunter eine große Anzahl Frauen, in die Spitäler getragen. Ein sozialistisches Blatt Subitaliens ruft aus: Crispi bereitet sich vor, sich den Namen des Blutbades von Sizilien zu erwerben, wie einst Marschall Haynau den Namen Ogäne von Brescia sich verdiente. Alle bürgerlichen Rechte auf Sizilien sind aufgehoben; man denke: Sämmtliche Organisationen der Fasci, die mit den Verzweiflungsausbrüchen der Verhungerten gar nichts zu thun hatten, sind von Crispi's Werkzeuge, dem zum Oberbefehlshaber von Sizilien ernannten General Morra di Lavriano, einem Blutmenschen, der durch Grausamkeit im Heere berühmt ist, für revolutionär erklärt und aufgelöst worden. Die Organisation von 400 000 Menschen, die zum ersten Mal aus thierischem Zustande sich zu erheben begann, ist zerstört, ihre geistigen Führer, die Präsidenten der Fasci, darunter Parlaments-Abgeordnete und bei Freund und Feind angesehene Männer sind ins Gefängniß geworfen. Letzten Freitag wurden verhaftet die Präsidenten der Fasci Gabriele Bosco und De Felice Giuffrida in Palermo, ferner Petrina, Präsident des Fasci's von Messina, ferner der in früheren Berichten mehrfach genannte hochverehrte Arzt De Luca, Präsident des Fasci's von Sirgenti, der Organisator der Schwefelarbeiter Siziliens, ferner der Advokat Montalto, Präsident des Fasci's von Trapani und der Redakteur des tiefsten, vorzüglich geleiteten sozialistischen Blattes „Il Moro“ („Das Meer“), ferner in Palermo der Professor und Provinzialrath Vincenzo Curatolo, der sich offen als überzeugten Sozialisten erklärt hatte, und endlich der Leiter des Blattes „Giustizia Sociale“ mit Namen Minicchio. Dieses Blatt selbst, die sozialistische Hauptwochenschrift Siziliens, wurde brutal unterdrückt, ihr ferneres Erscheinen verboten. Das ist der Gottesfriede Crispi's auf Sizilien. Die Post- und Telegraphenämter stehen unter militärischer Aufsicht, keine wahre Nachricht, die der Willkürherrschaft nicht gefällt, wird herübergelassen. Die Hauptvorstände der Fasci waren kurz vor ihrer Gefangennahme in Palermo zusammengetreten und hatten einen Aufruf beschlossen, den wir schon in Nr. 6 vom 9. Januar zur Kenntniß unserer Leser brachten.

Dieser Aufruf, in der brennenden Noth des Augenblicks unter Verzweiflungsausbrüchen der Volkswuth verfaßt, ist ein Ausruf von hoher politischer Bedeutung. Wie sehr man auch über einzelne Forderungen, die an Vassallo's Vorschläge erinnern, so insbesondere über den Schlusssatz aburtheilen mag, oder verschiedener Meinung sein kann; man darf die Ausnahmeverhältnisse, wie sie in Sizilien bestehen, nicht außer Acht lassen, und mit dieser Berücksichtigung ist der Aufruf ein Vorstoß in der sozialen Bewegung der Gegenwart, und die Verfasser und Unterzeichner haben sich für die Zukunftswelt ein Verdienst erworben. Die Forderung der unmittelbaren Enteignung (Expropriation) und Vergesellschaftung der großen Latifundien zu Ackerbau- und Industrie-Verbänden zeigt von Muth und Entschlossenheit und von klarer Erkenntniß dessen, was Noth thut. Die Regierung hat die Bedeutung des Aufrufes wohl erkannt, und im Schreck und Entsetzen über die sozialistischen Forderungen, die ja die heutige Ordnung, die Welt des Glends und die Hungernoth zerstören wollen, mit der Gefangennahme der Unterzeichner geantwortet.

Ueber die Erdrückung des Proletariats Siziliens durch die

kommunalen und Lebensmittel-Steuern hat der „Vorwärts“ schon eine Zahlenangabe gemacht. Die genaueren Vergleichszahlen sind folgende:

In Piemont bezahlten 1183 Kommunen die Jahressumme von 12 Millionen Lebensmittel-Steuern, in Venetien 771 Kommunen 7 1/4 Millionen, in Ligurien (Genua) 267 Kommunen 11 1/2 Millionen.

Im Vergleich zu diesen Provinzen wird Sizilien durch die Lebensmittel-Steuern geradezu ausgepreßt. Sizilien bezahlte nämlich bei einem Bestand von nur 340 Kommunen, an jährlichen Konsumsteuern die horrend Summe von 22 218 000 Franks. Es ist von sehr anziehendem und einschneidendem Werth, diesen Zahlen, die also das den Armen und Kernten abgepreßte Einkommen bedeutet, ein anderes Einkommen entgegenzusetzen, über das gegenwärtig von allen Blättern Italiens gesprochen wird, das ist die Zivilliste und das Vermögen des königlichen Hauses von Italien. Bekanntlich bezieht der König des allerärmsten Großstaates Europas die allerreichste Einnahme, die kolossale Zivilliste von 14 Millionen jährlich. Aber dies ist bei weitem nicht alles. Das Geldvermögen des königlichen Hauses von Italien — also ganz abgesehen von den Landgütern und zahlreichen Schlössern mit ihren Kunstschätzen — beläuft sich nach neuerer Feststellung auf rund 110 Millionen Franks. Diese Summe hat Seine Majestät erst kürzlich in weiser Voraussicht möglicher, nahender Ereignisse dem von den Königen so allgemein verehrten Schatzmeister Rothschild in sichere Verwahrung gegeben und bezieht daraus allein eine Rente, die den größten Theil alles Geldes in Sizilien zu heben vermöchte. Welche Betrachtungen diese Gegenüberstellung von Zahlen und Einnahmen hervorzurufen geeignet ist, kann sich der Leser leicht denken. — Die Ereignisse in Sizilien beginnen allmählich auch auf dem Festlande Italien ihre Wirkung zu äußern. In Mailand, Turin, Genua und Venedig haben kleinere, aber bezeichnende Ansammlungen, Aufmärsche mit Kundgebungen stattgefunden, an denen sich auch zum Theil Mitglieder der organisierten, sozialistischen Partei der Arbeiter beteiligten. Ueberall offenbarte sich die wärmste begeisterte Theilnahme mit dem Proletariat Italiens. Hoch Sizilien! Nieder mit den Konsumsteuern! Nieder mit der Schandwirtschaft Crispi's! war der immer wiederholte Schrei des Volkes. Crispi hat bisher diesen Ruf beantwortet, wie es von ihm zu erwarten war, durch Wiedereinberufung der Reserven, durch Verstärkung aller Garnisonen in den Hauptplätzen des Festlandes und durch Sendung immer neuer Truppen nach seinem geliebten Heimatlande Sizilien. 40 000 Mann Soldaten stehen gegenwärtig bereits in Sizilien; Tag und Nacht ununterbrochen wird die Ueberfahrt von Militär, Artillerie und Kanonen fortgesetzt; er hat versprochen, die Ueberbesetzung Siziliens mit Militär auf 60 000 Mann zu bringen. Die bürgerlich-radikalen Blätter, deren Korrespondenzen auf Befehl Crispi's von der Post unterdrückt werden — ich wiederhole es, keine wahre Nachricht kommt offiziell mit Wissen der Regierung aus Sizilien — haben beschlossen, Geheimkorrespondenten hinzuschicken, die auf Umwegen wahrheitsgetreu berichten sollen. Im Angesicht dieser neu einsehenden Schandwirtschaft des Staatsmannes nach berühmten Mustern ringt sich in dem aufwachenden Bewußtsein von Millionen Menschen heute der Ausruf und die Frage los: Wie lange noch soll Kretinismus und der Wahnsinn auf Erden die Welt regieren!

Lokales.

Arbeiter-Bildungsschule. Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß Montag Abend in der Südost-Schule unentgeltlicher Unterricht in Stenographie erteilt wird. Theilnehmer mögen sich dort melden. Der Unterricht in Gesefehskunde findet Freitag Abend dafelbst statt. Zur Besprechung gelangt das Gesetz betreffend die Gewerbegerichte. Die Gewerbegerichts-Beisitzer, sowie Vereinsvorstände werden höflichst ersucht, sich diesem Kursus anzuschließen zu wollen.

Sonnabend, den 18. d. Mts., fällt der Unterricht in volkshilflicher Medizin, des Stiftungsfestes wegen, aus.

Ein Juhl aus der Ferienkolonie. Der im Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiment dienende Sekreite Hartmann ist wegen Soldatenmißhandlung dem Kriegsgericht unterstellt worden. Die Affäre hängt mit dem Vorfalle zusammen, daß ein Rekrut des genannten Regiments fahnenflüchtig geworden war, den man unter den Linden festnahm. Derselbe erklärte,

wegen schlechter Behandlung desertirt zu sein. Die eingeleitete Untersuchung hat nun herausgestellt, daß Hartmann den Rekruten befaßt, sich hinzulegen, worauf er dieselben mit einer Klopppeitsche behandelte.

Die „Musteranstalten“ als Gabenspenden. Eine sehr deprimirende Festüberfischung soll dem Beamtenspersonal der Stadt- und Ringbahn noch kurz vor Jahreschluss durch eine geheime Verfügung des vorgelegten Betriebsamtes zu Theil geworden sein. Die Stationsvorstände seien — heißt es — angewiesen worden, Unterstützungs-gesuche fernerhin nicht mehr anzunehmen und einzureichen, weil der Unterstützungs-fonds erschöpft sei und daher Unterstützungen nicht mehr bewilligt werden könnten. Nur in den „allerdringenden Fällen“ soll es zulässig sein, solche Gesuche dem Betriebsamt vorzulegen. Die Verfügung sei den Beamten zur Kenntniß und Unterschrift vorgelegt worden. Es sollen seitdem selbst Nothkände, welche durch Krankheiten oder Todesfälle in den Familien von Beamten, auch gering besoldeter, eingetreten sind, von den Stationsvorständen nicht als stichhaltig genug für die Annahme von Unterstützungs-gesuchen anerkannt worden sein. Ganz recht so. Desto klarer die Beamten darüber belehrt werden, was sie an Hilfe im furchtbaren Elend vom Staat zu erwarten haben, desto besser für — die Sozialdemokratie.

In den hiesigen Klein-Geschäften haben in den letzten Tagen Umfragen durch Polizeibeamte stattgefunden, um festzustellen, ob und in welchem Umfange der Verkauf von Flaschenbier stattfindet. Bei den Geschäftsinhabern hat diese Umfrage die wohl auch begründete Vermuthung erweckt, daß es sich um eine Vorermittlung für eine neue Biersteuer handeln könne.

Ein Beitrag zum wirklichen Elend der landwirthschaftlichen Arbeiter. Ende Oktober vergangenen Jahres fand ein 68jähriger Mann auf den Straßen Berlins zusammen. Von mitleidigen Samaritern wurde er nach dem Krankenhaus Friedrichshain geschafft. Dort stellte sich heraus, daß der Zusammengebrochene der Hofarbeiter Daniel Augustin aus Pöplitz, Kreis Gumbinnen, war. Infolge Entkräftung und infolge todsamer Schmerzen, die ihm ein Beinbruch verursacht, war er zusammengebrochen. Nach wochenlangem Aufenthalt wurde ihm dann in Friedrichshain ein Bein amputirt. Der Arme soll sich noch dort in Behandlung befinden. Wie kam er nach Berlin? Er wollte sich an „seinen Kaiser“ wenden, wurde nicht vorgelassen und warf die Bittschrift in einen Briefkasten. Und was steht in der Bittschrift? Deshalb wendete Augustin sich an „seinen Kaiser“? Augustin stand nebst seiner Ehefrau seit 23 Jahren bei dem Rittergutsbesitzer v. Wolzin zu Pareden (Kreis Gumbinnen) als Hofarbeiter im Dienste. Vor etwa 12 Jahren verunglückte er im Dienst: er zog sich beim Steinabladen einen Bruch und eine Beschädigung der Hüfte zu. Seine Erwerbsfähigkeit nahm ab. Seit etwa 5 Jahren wurde er nur noch zum Holzhacken und zur nächtlichen Bewachung des Gutes verwendet. Er erhielt hierfür (abgesehen von Essen) die horrend Belohnung von 2,50 bis 4,50 M. monatlich — je nach Sunst seines Herrern. Vor 3 Jahren machte eine längere Krankheit dem Augustin die Ausübung seines Wächterpostens unmöglich. Nach überstandener Krankheit war er noch weniger erwerbsfähig wie vordem. Durch die Arbeit seiner Frau, die als Hofarbeiterin seit 23 Jahren gegen einen jährlichen Lohn von 24 Thalern und wöchentlich ein Brot angestellt war, wurde der Hauptdienst der Familie beschafft. Da beging die Frau im Juni 1893 ein furchtbares Verbrechen: sie warf das Futter, das ein Schwein des gnädigen Herrn nicht fressen wollte, einem Schwein eines anderen Hofarbeiters vor. Diese Sünde erfuhr der „gnädige Herr“, prägelte die alte Frau durch, entließ sie und verbot, bei 10 M. Strafe, ihr Essen zu geben. Augustin sollte fortan Essen nur in der Küche verabreicht erhalten, um nicht etwa seiner Frau etwas abzugeben. Verstoßen lebte der im Dienst des Gnädigen erwerbsunfähig Gewordene ein paar Kartoffeln für seine Frau ein. Diese erhielt übrigens bald darauf eine andere — bessere — Stellung. Das Fuhlen des Augustin verschlimmerte sich, da ihm keine ärztliche Behandlung zu theil wurde. Da befaß denn der „gnädige Herr“, dem „faulen Hund“ fortan nur noch täglich einen Topf Suppe zu geben. Die einzige Kuh, die Augustin besaß, verkaufte der gnädige Herr für 10 M. Das sei, meinte er auf Vorstellungen dagegen, sein Recht, denn er erhalte ja den Augustin. Augustin erschien seine Lage selbst für einen ostenbischen Landarbeiter zu trostlos. In seinem wohl wenig gerechtfertigten, aber durch nichts erschütterten Vertrauen zur Allmacht der Polizei wendete er sich an den Amtsvorsteher, dann an die Polizei — vergeblich. Nunmehr wendete

Nachbarschaftsgilden.

Stanton Coit macht nun dunkle Andeutungen, daß nach der Neuorganisation der gesamten Bevölkerung in Nachbarschaftsgilden man in ihnen die brauchbarsten Werkzeuge zu einer völligen Neugestaltung der Gesellschaft besitze. Zu dem Zweck plant er die Hineinziehung aller möglichen Aufgaben in ihren Thätigkeitsbereich. Gegenwärtig liefert die eine Muster-Gilde in Leighton Hall den Mitgliedern Fortbildungskurse und Unterhaltungsabende. Coit denkt aber auch an einen ausgedehnten Handfertigkeitsunterricht, sowie an Näh- und Kochschulen für die Mädchen; ferner soll die Gilde direkt ins wirtschaftliche Leben eingreifen, indem sie eine Kohlenniederlage für die Mitglieder errichtet und ihnen auch sonst als Ersatz für Konsumvereine dient. Letzteres wäre ganz zweckmäßig, vorausgesetzt, daß der Mitgliederbestand ein steter ist, und daß die Mitglieder genug Gemeingeist besitzen, um die Entnahme der Waaren aus der Gildeunterlage unter allen Umständen dem Ankauf in Privatgeschäften vorzuziehen.

Ueberflüssig sind Handfertigkeitskurse, die den Fachschulen überlassen bleiben müssen. Geradezu bedenklich würde aber die Errichtung eines Arbeitsnachweis-Bureaus durch die Gilde sein, denn Arbeitsnachweise nützen nur, wenn sie in großem Maßstabe wirken können.

Obendrein sollen für diese und ähnliche Aufgaben besondere besoldete Gildebeamte angestellt werden. Für die Leighton-Hall-Gilde sind deren zwei in Aussicht genommen. Werden diese Gildebeamten nun auch nur, wie Coit vorschlägt, mit dem ortsüblichen Tageslohn entlohnt, so ist für ihren Unterhalt doch eine ganz erhebliche Summe Geldes erforderlich, und es fragt sich sehr, ob die Gilde außer ihren sonstigen beträchtlichen Ausgaben auch noch diese Summe aufbringen kann. Außer zu den direkten Gildegeschäften sollen diese Beamten nun auch noch zu statistischen Erhebungen aller Art verwendet werden. Coit meint, daß sich besonders auf gesundheitsüberliche hygienische Reformen auf diese Weise hinwirken lasse und erwähnt mit Stolz, daß von Seiten der Gilde die Errichtung eines öffentlichen Waschauses für Kentish Town angeregt worden sei. Da müssen wir Herrn Coit darauf aufmerksam machen, daß eine solche Thätigkeit in Berlin in viel höherer Maße, als es durch die Gilde und ihre besoldeten Beamten geschehen kann, bereits durch die Arbeiter-Sanitätskommission ausgeübt wird. Um irgend etwas Erfriehliches zu leisten, müßten auch in London derartige Unternehmungen von einer Centralstelle aus organisiert werden.

Die Gilde und ihre besoldeten Beamten dürften nur ausführende Organe sein.

Nun trägt sich Coit auch noch mit dem ehrgeizigen Plan, durch die Gilde direkt auf die Gesehgebung zur Durchführung sozialer Reformen einzuwirken, verwickelt sich aber dabei in die erstaunlichsten Widersprüche. Im Anfang seiner Darlegungen betont er, alle Leute, ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses oder der politischen Ueberzeugung, sollten den Gilden angehören. Er schweigt in dem Gedanken, wie nützlich es für Liberale und Konervative sein würde, wenn sie innerhalb der Gilde ihre Ansichten gegenseitig austauschen könnten. Daß es auch Sozialdemokraten in England gibt und daß also auch diese in den Gilden Aufnahme finden müßten, übersieht er entweder aus Unwissenheit oder aus Berechnung. Nun ist es zweifellos möglich, Leute der verschiedensten religiösen und politischen Anschauungen zu irgend welchen gemeinsamen unwesentlichen wirtschaftlichen Unternehmungen, wie Kohlenniederlagen, es sind, zu vereinen. Auch zum gemeinsamen Meinungsaustausch lassen sie sich mit Erfolg anhalten. Die Gemeinschaft solcher verschiedenartiger Elemente müßte aber sofort in die Brüche gehen, wenn es sich um die gemeinsame Fortbildung in der Ethik, im Rechts-wesen, in der Geschichte, in der Nationalökonomie handelt, wie Coit das plant. Der Lehrer, der solche Stoffe behandelt, und vorträgt, muß doch selbst von einer ganz bestimmten Anschauungsweise ausgehen; er muß, wenn er Freidenker oder Rechtsgläubiger, wenn er Konfessioneller oder Liberaler oder Sozialdemokrat ist, bei Leuten gegnerischer Anschauung Anstoß erregen. Die Hörer werden, falls sie überhaupt eine eigene Anschauung haben, es sich nicht gefallen lassen, im gegnerischen Sinne „fortgebildet“ zu werden. Wenn Coit und seine Freunde in Kentish Town auf keinen derartigen Widerstand gestoßen sind, so läßt sich das nur daraus erklären, daß sie mit politisch rückständigen Leuten zu thun hatten, die zwar in unklarer Weise mit allgemeinen Fortschrittsbewegungen sympathisiren, sich aber doch noch keine eigene Meinung auf irgend einem Geistesgebiete gebildet hatten. Dafür, daß die Leighton-Hall-Gilde nicht aus Klassenbewußten Arbeitern gebildet wird, haben wir ein schlagendes Beispiel angeführt. Wären die Gildegenossen ausgesprochene Anhänger der Sozialdemokratie gewesen, so würden sie es sehr übel vermerkt haben, daß der Lehrer und Berater um den Kern der sozialen Frage wie die Raze um den heißen Brei herumgeht.

Trotz dieser Jaghaftigkeit, oder vielleicht gerade wegen der Unklarheit, die ihn beherrscht, glaubt Herr Coit nun doch in den Nachbarschaftsgilden das richtige Mittel zur Lösung der sozialen Frage an der Hand zu haben. Er meint, eine umfassende Or-

ganisation des geistigen und sittlichen Lebens des Volkes wäre die notwendige Voraussetzung zur Besserung seines irdischen Loses. Sehen wir einmal ab von der konventionellen theologischen Ausdrucksweise des Verfassers, der neben der Sorge für das irdische Loos des Volkes auch noch ein überirdisches Loos im Auge hat, so steht seine Grundanschauung doch auch sonst in unmittelbarem Gegensatz zu derjenigen, auf der die gesammte zielbewusste, moderne Arbeiterbewegung fußt. Sie hat es klar erkannt, daß die geistige und sittliche Hebung der Menschheit erst nach der Umgestaltung unserer gesammten Wirtschaftsverfassung in voller Freiheit vor sich gehen kann und daß Alles, was wir jetzt zur Ausbildung der Einzelnen thun können, nur den nächsten Zweck hat, sie für den wirtschaftspolitischen Emanzipationskampf des Proletariats befähigen zu machen.

Coit will nun aber gerade den umgekehrten Weg einschlagen. Er meint, die Gilden sollten nach erfolgter geistiger und sittlicher Organisation des Volkes „ihre ganze Kraft an eine Aenderung der Gesehgebung setzen.“ Diese Idee ist von so kindlicher Naivität, daß es sich nicht lohnt, darüber zu reden. Herr Coit könnte füglich wissen, daß in Deutschland und England jetzt bereits große Parteien sich mit der Reorganisation von Staat und Gesellschaft durch das Mittel der Gesehgebung recht ernstlich befassen und sicher nicht ihre Thätigkeit einstellen werden, weil in Zukunft möglicherweise einmal eine Coit'sche Gildenpartei mit einem noch vorläufig ganz unbestimmten sozialen Programm in Wirksamkeit treten könnte.

Die Nachbarschaftsgilden haben einen weit beschränkteren Werth und Wirkungsbereich, als Herr Coit ihnen beimißt, dennoch haben sie einen gewissen Werth auch für uns, da sie in Einzelheiten mit manchen Bestrebungen innerhalb unserer eigenen Bewegung zusammenklängen, und deshalb haben wir uns so ausführlich mit ihnen beschäftigt. Wir dürfen nichts unbeachtet lassen, was wir zur Förderung der proletarischen Bewegung nutzbar machen können.

Indem wir den berechtigten Kern der Nachbarschaftsgilden herauszuschälen, müssen wir zu unserem Bedauern noch den letzten Anstich von Originalität zusetzen, der ihnen anhaftet. Coit selbst erwähnt, daß er die Anregung zu seinen Bestrebungen von der Heilsarmee und der Lounbee-Hall-Bewegung, einem durch junge Gelehrte gebildeten Volks-Bildungsverein, empfangen hat. Aber auch für die Form der Organisation und ihre wesentlichen Eigenheiten, sogar für deren Namen giebt es Vorbilder, und zwar bei einem deutschen Volksstamme, den Siebenbürger Sachsen. Seit Jahrhunderten bestehen in Siebenbürgen Verbände, die mit

sich Augustin an den Kaiser. Wie er von da ins Krankenhaus kam, haben wir oben mitgeteilt. Dadurch seine Lebensgeschichte uns bekannt wurde? Das ist gleichgültig. Das Wesentliche ist, daß dies traurige Loos des Landarbeiters nicht veranlaßt dasteh, sondern typisch für die entsehrliche Lage unserer elendlichen Landarbeiter ist, die häufig trauriger als die Verbeugung einer ist. — Nun — auch die ostelbischen geschichteten, ausgehungerten Leidenbrüder beginnen die gemeinsamen Ursachen des gemeinsamen Elends der Arbeitenden aller Orten zu erkennen und sich im Kampf gegen die Ausbeuter jeder Art der zielbewußten sozialdemokratischen Bewegung anzuschließen.

Als Vorsitzender des Gewerbegerichts - Ausschusses fungiert der Assessor v. Schulz, seitdem Assessor Dr. Freund als leibhaftiger Beamter der Stadt im Vorstande der Alters- und Invaliditätsversicherung-Anstalt Berlin angestellt ist. — Wenig bekannt dürfte sein, daß die Vorsitzenden der einzelnen Kammern des Gerichts, bekanntlich Magistratsassessoren, nur im Nebenamt Richter sind. Ihre richterliche Tätigkeit ist nur Nebenbeschäftigung, als Magistratsbeamte haben sie sonst noch zu thun, je nach dem Ressort, welchem sie angehören. Allein dem Gewerbegericht seine Kraft zu widmen, hat nur einer der jüngst neu eingetretenen Assessoren. — Die Frequenz des Gewerbegerichts ist stetig gewachsen. Am besten spiegelt sich das ab an den während der dreiviertel Jahr seines Bestehens notwendig gewordenen Umwälzungen. Im Mai 1899 hatten je zwei Kammern (I und II, III und IV, V und VI, VII und VIII) einen Vorsitzenden und hielten ihre Sitzungen an einem Tage in denselben Zimmer hintereinander ab. Die Folge war bei den am meisten „belegten“ Kammern, daß ihre Sitzungen nicht selten bis Abends um sechs, in einzelnen Fällen gar bis sieben Uhr dauerten. Nach einigen Monaten schon konnte an einem Tage in jedem Verhandlungszimmer nur eine Kammer Sitzung stattfinden, so sehr hatten sich die zu erledigenden Klagen vermehrt. Die Vorsitzenden haben jetzt statt einmal zweimal in der Woche mit Beisitzern zu „sitten“. Dann wurden die Räumlichkeiten des Gerichts erweitert und die Zahl der Vorsitzenden vermehrt, schließlich hatte jeder derselben nur noch eine Kammer. Statt einer hielten die zumeist belasteten Kammern bald mehrere Sitzungen (mit Beisitzern) in der Woche ab, so die Kammern I und III. Zu den Monaten Oktober und November 1899 fanden fast jede Woche vier Sitzungen der letztgenannten Kammer (für Baugewerbe) statt. Jetzt hat dieselbe wegen Ueberlastung sogar geteilt werden müssen. Neben ihrem alten Vorsitzenden Cuno hat nun Assessor Härtel in derselben noch den Vorsitz zu führen. Mindestens sechs Sitzungen hat diese Kammer jetzt jede Woche, außerdem haben die Vorsitzenden noch Bergschichttermine abzuhalten.

Ein Vortrag zum Recht der Landarbeiter, gemüthlich zu werden. Aus den Akten des zu Berlin, Forsterstraße wohnhaften, jetzt erwerbsunfähigen, früheren Schäfers Schulz, ist seit seiner ihm im Juni 1899 durch seinen Dienstherrn auf dem Gute Ghozjowen (Kreis Tsch) zugesagten Mißhandlung arbeitsunfähig. Alle seine Bemühungen, Verstrafung des Gutsbesizers (Mauerhoff) und Entschädigung zu erlangen, sind von den Gerichten abgewiesen. Wir lassen Auszüge aus den Urtheilen, die für sich selbst sprechen, folgen. Das Schöffengericht zu Senzburg weist unter dem 10. Juli 1899 die Privatklage wegen Mißhandlung unter folgender Begründung ab. „Am 6. Juni 1899 wurden die Schafe auf dem Gute Ghozjowen gehalten und demerke der besagte Gutsbesizer (Mauerhoff), daß einige Schafe schmutzig waren. Er fragte deshalb den Privatkläger (Schäfer Schulz), wie viel denn eigentlich schmutzig seien, worauf der Privatkläger in trohigem Tone (hört, hört!) erwiderte, das könne er nicht wissen, und noch unverständlich „manke“ (!). Der Besagte begab sich darauf ins Fach und versetzte, wie die Zeugen Schepfer und Worbolz eidlich bekundet haben, dem Privatkläger einen Stoß vor die Brust mit den Worten: Du taugst nichts und der Hund auch nicht. Hierauf antwortete Privatkläger: Dann schiesse ich in die Schanze und mache Miene, die Schanze zu verlassen, erhielt aber vom Besagten noch einen Stoß vor die Brust, so daß er zur Erde taumelte.“ (Der Privatkläger war damals 58 Jahre alt.) „Hiernach“, sagt das Urtheil, „ist zwar für thätlich festgestellt erachtet, daß der Besagte den Privatkläger vorfährlich körperlich mißhandelt hat. Das Schöffengericht hat indessen für erwiesen erachtet, daß der Angeklagte durch das Benehmen des Privatklägers derartig gereizt war, daß er sich nicht beherrschen konnte, und ihn deshalb von der Klage freigesprochen“!! Von einer Verurteilung war kein Erfolg zu erwarten. Uebrigens schritt die Staatsanwaltschaft ein, wiewohl der Schäfer ärztliche Atteste überreichte, in denen seine Erwerbsunfähigkeit bescheinigt wurde. Der Staatsanwalt ging von der Ansicht aus, Mauerhoff habe seinen 58jährigen Schäfer „wegen ungebührlichen Betragens gezechtigt“. Falls der Schäfer „insolge der Mißhandlungen erwerbsunfähig geworden“ möge er

seine Ansprüche im Wege des Zivilprozesses geltend machen. Schäfer Schulz klagte nun auf Schadenersatz beim Landgericht zu Tsch (Aktenzeichen 0.555 do 91) im Armenrecht. Nach stattgehabter Beweisaufnahme wurde er abgewiesen, da das Gericht einen zwingenden Beweis dafür nicht geführt erachtete, daß der bis zu dem Tage der Mißhandlung völlig erwerbsfähige Kläger infolge der Mißhandlungen erwerbsunfähig geworden sei. Denn die Mißhandlungen hätten „nur in ein paar Ohrfeigen und ein paar Stößen“ bestanden, seien also „ganz geringfügige Mißhandlungen“ gewesen. Ob Staatsanwalt und Gericht auch dann angenommen hätten, es liege nur eine ganz geringfügige Mißhandlung vor, wenn ein 58jähriger Staatsanwalt oder Richter „nur“ mit ein paar Ohrfeigen und Stößen vor die Brust traktiert wäre? Oder hätten sie dann von der zunehmenden Zuchtlosigkeit und Rohheit der — arbeitenden Klassen ein Viehdien zu fangen gewußt? Schäfer Schulz versäumte infolge seiner erklärlichen Rechtsunkenntnis leider die Berufungsfrist, so daß das ihn abweisende Urtheil rechtskräftig geworden ist. — Das ist ein wahres Bild aus der wirklich „notleidenden“ Landwirtschaft.

Des Proletariats Leidensbahn. Aus dem Fenster gesprungen ist gestern (Mittwoch) Nachmittag um 1 Uhr der 38 Jahre alte Arbeiter Christian Meinung, der im dritten Stock des Hauses Linienstr. 14 in Schloßstraße wohnte. Er war schwindelhaftig und sah sein baldiges Ende voraus. Durch den Sprung auf den Hof zog er sich einen Genickbruch zu, der den sofortigen Tod zur Folge hatte.

Zu dem Dirschlaff-Kohn'schen Wucherprozeß wird berichtet, daß der Agent und Gutsbesitzer Simon Kohn am Mittwoch Abend in Dresden aus der Untersuchungshaft entlassen ist, ohne daß eine Bürgschaft geleistet wurde. Zu der Entlassung dürften günstige Zeugenaussagen geführt haben, so daß Kohn voraussichtlich in den Prozeß nicht weiter verwickelt werden wird.

Auscheidung ins Irrenhaus geschehrt wurde der Kaufmann A., der im Süden der Stadt ein gut gebendes Kolonialgeschäft betrieb. Am 15. Dezember wurde er plötzlich der Polizei von seinen eigenen Verwandten als geisteskrank denunziert und schließlich, nachdem die von zwei Ärzten angeblich angestellte Untersuchung ebenfalls auf Geisteskrankheit lautete, in die Irrenheilanstalt der Reuen Charite eingeliefert. Hier mußte sich A., der sich vollständig geistesgesund fühlte, sich allerdings nur wegen zweier Prozeßsachen und einer zurückgegangenen Verlobung, in einer momentanen Aufregung befand, gefallen lassen, zuerst gebadet, dann mit einer Anstaltskleidung bekleidet und in einem Zimmer mit 14 Geistes- und epileptischen Kranken zusammen internirt zu werden. Der Bericht wegen wurde A. noch mit der Zwangsjacke bekleidet, ihm dieselbe jedoch schon am nächsten Tage wieder abgenommen und er selbst nach neuntäglichem Aufenthalt, nachdem die dortigen Ärzte sich von seiner geistigen Gesundheit überzeugt hatten, sofort wieder entlassen. A., dessen Geschäft in der Zwischenzeit von unklugem Hand verwalet und dem selber als einem anscheinend Geisteskranken das größte Mißtrauen entgegengebracht wird, ist durch dieses Verkommen vollständig ruiniert. Sein einst blühendes Geschäft ist soweit heruntergekommen, daß heute bereits eine Gläubiger-Versammlung stattfindet.

Wegen fehlender Geldbeträge hat gestern (Mittwoch) Nachmittag der Agent Adolfs Krüger in seiner Wohnung in der Naumnstraße Hand an sich selbst gelegt. Er war für eine gewisse bekannte Lebensversicherung-Gesellschaft thätig und konnte bei der Abrechnung den auszahlbaren Betrag nicht voll abliefern. Aus Angst vor den Folgen hat er sich an der Stubenthür erhängt.

Wegen Mordes verhaftet ist der Arbeiter Karl Rahmow aus Weisenfer, der als ein gewaltthätiger und dem Trunke ergebener Mensch bezeichnet wird. Er soll am 20. v. M. in angetrunkenem Zustande Nachmittags beimgeleitet sein und hier ohne jede Veranlassung seine 6 Monate alte Tochter Emma in überaus roher Weise gemüthlich und dann im Bette erschlagen haben. So lautet die Beschildigung, die von den älteren Kindern, die im Zimmer anwesend waren und bisher aus Furcht geschwiegen haben, jetzt erhoben wird. Daß die That mit Ueberlegung ausgeführt ist, wird daraus geschlossen, daß A. vorher geäußert hatte, das Kind gehöre nicht ihm und werde daher nicht lange leben. Uebrigens ist im August 1891 ein 4 Monate altes Kind desselben Mannes unter Umständen gestorben, die die Annahme einer Gewaltthat begründet erscheinen lassen. Die Frau scheint den Mann gleichfalls zu beschuldigen.

Einem schrecklichen Tod hat die sechs Jahre alte Tochter Maria der Prinz Eugenstr. 2 wohnenden Schuhmacher Grothe'schen Eheleute gefunden. Vor einigen Tagen betrat das Kind in Abwesenheit seiner Mutter (war diese wohl „leichtsinigerweise“ zur Arbeit gegangen? D. Red.) die Küche und nahm von der Maschine einen mit kochendem Wasser gefüllten Theelöffel. Während es diesen in der Hand hielt, fiel es hintenüber, und das siedende Wasser ergoß sich über seinen Körper. Verzüglich Hilfe konnte nicht mehr nügen und die Kleins starb in der Nacht zum Mittwoch.

In schauervoller Weise getödtet hat sich Mittwoch Nachmittag der 27 Jahre alte Dr. med. Ferdinand Gutmann, der aus Nürnberg stammt und sich zwecks weiterer Ausbildung auf dem Gebiete der Heilkunde hier aufhielt. Er hatte sich im Erdgeschoß des Hauses Luisenstr. 9 ein möblirtes Zimmer gemiethet und lag seinen Studien sehr eifrig ob. Dabei scheint er sich überarbeitet zu haben und auf sonderliche Gedanken gekommen zu sein. Als am Mittwoch Nachmittag seine Wirthin, eine Frau L., sein Zimmer aufsuchte, fand sie ihn auf dem Sopha sitzend als Leiche vor. Auf einem Zettel, den er auf dem Tische niedergelegt hatte, theilte er mit, daß er sich mittels Morphium vergiftet habe, daß auch als Grund traurige Familienverhältnisse an, die in Wirklichkeit gar nicht bestanden. Der junge Arzt hatte aber nicht bloß Gift genommen, denn der Fuhsboden seines Zimmers war in eine Blutschlache umgewandelt worden. Mit Hilfe eines Seirnmessers hatte er sich die rechte Gesichtseite von der Stirn bis zum Kinn und dann den rechten Unterleib ausgeschnitten, so daß die Beckenknochen bloßgelegt waren. Daraus hatte er einen tiefen Schnitt in die rechte Seite seines Halses geführt und sich endlich die Pulsadern an beiden Handgelenken durch Kreuzschnitte geöffnet.

Polizeibericht. Am 10. d. Mts. Vormittags wurde ein Arzt in seiner Wohnung in der Luisenstraße todt aufgefunden. Er hat sich anscheinend mittels Morphium vergiftet. — Mittags stürzte sich ein Kutscher aus einem Fenster seiner im 8. Stock eines Hauses in der Luisenstraße belegenen Wohnung auf den Hof hinab und fand auf der Stelle den Tod. — Abends wurde ein Mann in seiner Wohnung, in der Naumnstraße, erhängt vorgefunden. — Im Laufe des Tages fanden drei kleine Stände statt.

Gerichts-Beitung.

Gewerbe-Gericht. Kammer VI. Vorsitzender: Assessor Leo. Sitzung vom 5. Januar. Der Koch D. war bis zum 1. Dezember vorigen Jahres beim Restaurateur W. Müller für 160 M. monatlich in Stellung. An diesem Tage wurde ihm von Müller eröffnet, daß er ihn nur behalten könne, wenn er fortan mit 120 M. zufrieden sei. Daß Arbeitsverhältnis war ein kündigungsloses. D. ging auf das Anerbieten Müller's ein. Später wurde er aber doch entlassen, Müller hatte einem Freunde die Stellung versprochen und löste dies Versprechen ein. In der Meinung, er sei durch die Vereinbarung betriebs des geringeren Gehalts ein neues Engagement bei Müller eingegangen und es gelte, weil diesmal nicht ausgeschlossen, die gesetzliche Kündigungsfrist, klagte D. nun beim Ge-

werbegericht auf Zahlung einer Lohnentschädigung (Entschädigung für Gehalt, Kost und Logis). Der Besagte wendet ein, daß er den Kläger nicht neu engagirt habe und daß dieser bei der Entlassung sein vorgelegtes Recht auf die Kündigung nicht geltend gemacht hätte. Wäre dies geschehen, so hätte er noch 14 Tage weiter arbeiten können. Der Kläger wurde kostenpflichtig abgewiesen. Gründe: Der Gerichtshof sei erstlich von der Erwägung ausgegangen, daß durch die Herabsetzung des Gehalts beziehungsweise durch die bezügliche Abmachung durchaus nicht das alte Vertragsverhältnis aufgehoben und ein völlig neues an seine Stelle getreten sei. Der alte Vertrag bestand fort, nur eine Bestimmung, die betriebs des Gehalts, wurde geändert. Dann aber wäre es unter allen Umständen Sache des Klägers gewesen, ein seiner Meinung nach ihm zustehendes Recht gleich bei der Entlassung geltend zu machen und zu sagen: Ich beanspruche die vierzehntägige Kündigung. Der Besagte selbst habe ja gesagt, daß er den Kläger auf sein Verlangen unbedenklich noch 14 Tage beschäftigt hätte.

Gewerbegericht. Kammer VII. Stellvertretender Vorsitzender: Assessor v. Schulz. Sitzung vom 6. Januar. Der Papierkleber B. beansprucht von dem Duntpapier-Fabrikanten Ehrlich (die frühere Firma seines Betriebes hieß Franl und Bohl) eine Lohnentschädigung von 40 M. und 5,84 und 3,49 M. als Akkordlohn. Sein Vertreter, Kartonnarbeiter Greifenberg, beantragt außerdem die Verurtheilung des Besagten zur Bezahlung des Entlassungstages. Die Entlassung des Klägers erfolgte an einem Montag Vormittag. Herr Ehrlich bestreitet, B. entlassen zu haben; er habe zu demselben, da er mit den Akkordfäden unzufrieden war, nur gesagt, wenn ihm der gezahlte Preis nicht genüge, könne er ja aufhören. Er habe nur nicht mehr zahlen wollen. Besagter bemängelt auch die Höhe des Entschädigungsanspruches. Der Kläger habe in den Wochen, wo er Akkord arbeitete, lange nicht den Lohn von 20 M. verdient, welcher ihm vorher zu theil geworden sei. Deshalb habe er ihm schon Extrabonifikationen gegeben; 1 M. und auch 2 M. die Woche, aus Humanität. (V) Am Tage seines Abganges habe Kläger statt 20 M. verdient 16,50 M. sogar 20 M. erhalten; er, Besagter habe sich dadurch in Güte mit ihm zu einigen gesucht. Der Vertreter des Klägers und ein Zeuge desselben, der Papierarbeiter W., behaupten übereinstimmend folgendes gegen die Darlegungen des Besagten. Die von diesem festgesetzte Akkordfäden seien bedeutend geringer als in den anderen Fabriken. Kläger sowohl wie Zeuge hätten wiederholt ihre Unzufriedenheit mit denselben Herrn Ehrlich zu erkennen gegeben. Als Ehrlich am besagten Montag in die Fabrik gekommen sei, habe B. ihn wegen des geringen Verdienstes angesprochen, nicht nur für sich, sondern auch im Namen des Zeugen. Beide seien sofort ins Komptoir beordert worden, wo auf die Bejahung seiner Frage, ob sie mit dem Akkord unzufrieden seien, Ehrlich gesagt habe: Ich bin schon lange mit Ihnen unzufrieden, Sie hören auf, aber sofort. Daß sie gehen könnten, wenn ihnen der Akkord nicht passe, habe der Besagte nicht gesagt. Dieser wendet nachträglich noch gegen die Akkordforderung ein, dieselbe sei um deswillen hinsichtlich, weil der Kläger eine Quittung unterschrieben hätte (über die 20 M. der letzten Woche), in der ausdrücklich steht: „Zum Ausgleich der Lohndifferenz erhalten und so weiter.“ Er weist die Quittung vor. Besagter stellt den Zeugen W. als befangen hin, weil dieser „wegen derselben Geschichte“ wie B. gegen ihn klagt; der Termin in dieser Sache sei allerdings an einem anderen Tage. B. bemerkt betriebs der vorgewiesenen Quittung, er habe die Zahlung von 20 M. nur als einen Ausgleich für den Verdienst der letzten Woche betrachtet und sich zu dem Besagten dahingehend geduldet. Dieser sieht sich auf den Wortlaut der Quittung. Der Gerichtshof verurtheilt nicht den Zeugen, wie der Kläger erwartet hatte, sondern stülte unter Ansehung eines neuen Termins folgendes Urtheil: Dem Kläger wird folgender Eid auferlegt: Es ist wahr, daß der Besagte am 20. November zu mir gesagt hat, ich solle sofort aufhören; es ist nicht wahr, daß der Besagte gesagt hat, wenn ich nicht mit den Akkordfäden zufrieden sei, solle ich sofort aufhören. Leistet der Kläger den Eid, so wird Besagter verurtheilt, 39 M. demselben zu zahlen. Leistet er ihn nicht, so ist er abgewiesen. Mit der Rechtsforderung wird Kläger mit Rücksicht auf seine Unterschrift, durch die er einen Ausgleich der Lohndifferenzen, nicht einer bestimmten Lohndifferenzentschädigung wurde als angemessen ein Wochenlohn von 18 M. erachtet. (Somit ist der Besagte zur eventuellen Bezahlung des Entlassungstages außer zur Zahlung der 14 tägigen Lohnentschädigung verurtheilt, oder doch so gut wie verurtheilt worden.) Der Kläger erklärte sich bereit, im neuen Termin den ihm ausgegebenen Eid zu leisten.

Mit dem Einverständnis beider Parteien wurde dann gleich die Sache W. wider Ehrlich verhandelt. Da die zu Grunde liegenden Umstände die gleichen sind, wie in der Sache B. wider Ehrlich, war auch das Resultat der Verhandlung das gleiche.

Vor dem Straffenat des Kammergerichts wurde am Donnerstag gegen den Genossen Lührmann in Braunschweig verhandelt, den die Polizei in eine Geldstrafe von 10 M. genommen hatte, weil er am 30. April 1898 eine Tanzlustbarkeit, die nach der Meinung der Polizei eine öffentliche war, veranstaltete, aber gleichwohl nicht die polizeiliche Genehmigung dazu nachgesucht hatte. Lührmann beantragte richterliche Entscheidung, und Schöffengericht wie Berufungskammer bestätigten den Straffenat, indem sie die Oeffentlichkeit der Tanzlustbarkeit darin fanden, daß die Gesellschaft, welche dieselbe veranstaltete, eigens und nur zu diesem Zwecke zusammengetreten sei. In der heute zur Verhandlung gekommenen Revision hiergegen beirrt der Angeklagte, daß diese Thatsache ein Merkmal der Oeffentlichkeit sei. Außerdem bemängelte er, daß ein Zeuge nicht vernommen, und schließlich, daß nur festgesetzt sei, er, der Angeklagte, habe die Tanzlustbarkeit veranstaltet helfen. Nun diese aber im vorliegenden Falle nach dem Gesetze nur der Thäter, nicht derjenige, welcher Beihilfe leistet, bestraft werden. Das Kammergericht hob das Urtheil der Vorinstanz auf und verurtheilt die Sache zur nochmaligen Entscheidung an die Berufungskammer des Landgerichts zu Osnabrück zurück, weil das Urtheil dieser Berufungsinstanz überaus kurz sei und daraus nicht hervorgehe, daß der Angeklagte wirklich der Veranstalter der Tanzlustbarkeit war. Es heiße darin vielmehr nur, Lührmann habe die Tanzlustbarkeit veranstaltet helfen.

Wann und wie hat der trotz Nichtauschlusses der gesetzlichen Kündigungsfrist plötzlich entlassene Arbeiter sein Recht auf dieselbe geltend zu machen, um sich einen eventuellen Entschädigungsanspruch zu sichern? Diese Frage hat eine Zeit lang infolge ihrer verschiedenen Verantwortung durch die einzelnen Kammern des Gewerbegerichts zu den widersprüchlichsten Entscheidungen bei ganz wesensgleichem Thatbestand geführt. Der Kläger hätte seinen Anspruch auf die Kündigungsfrist bei der Entlassung dem Arbeitgeber gegenüber gleich geltend machen müssen; da er es nicht gethan, erfolgte seine Abweisung, begründete der Vorsitzende der einen Kammer das abweisende Urtheil derselben, hinzusetzend, das widersprüchliche ruhige Gehen auf die Entlassung hin sei ein „stillschweigendes“ Einverständnis mit demselben und damit auch mit der Nichtanwendung der Kündigungsfrist. Der Vorsitzende einer anderen Kammer führte in der Begründung des entgegen gesetzten Urtheils, also der Verurtheilung des Besagten, beim Vorliegen desselben Thatbestandes aus, es sei gleichgültig, ob der Kläger Anspruch auf die Kündigungsfrist bei seiner Entlassung erhoben habe oder nicht. Den Entschädigungsanspruch könne er jederzeit innerhalb der gesetzlichen Verjährungsfrist erheben. Einmalen in Werthäten und

den Klubs der Coit'schen Nachbarschaftsgilde eine erscheinliche Wohlthätigkeit haben. In einer Schilderung des Siedenbürger Volkslebens heißt es darüber:

Die jungen Burken wie die jungen Mädchen gehören von der Konfirmation bis zur Ehe ihren Verbänden an: der Bruderschaft und der Schwesternschaft. Diese haben eine jede ihre Gesetze, ihre Strafen und ihre Beamteten, die alle ihre bestimmten Funktionen zur Förderung der Sittlichkeit und Geselligkeit zuertheilt erhalten. Mit der Vertheilung der Braut und Brautjungfer aus den Verbänden und treten in eine der vier Nachbarschaften ein, in welche ein jedes Dorf gewöhnlich getheilt ist. Von ihrem erwählten Nachbarvater geführt, ziehen diese Nachbarschaften aus zu gemeinsamen Dorfarbeiten, leisten bei Bauten einem der Jünger den nötigen Beistand, vor diesem Nachbarvater erscheinen sie einmal im Jahr zum „Sitttag“ oder „Nachttag“, vor der Abendmahlsfeier zum Verabschieden. Jede Nachbarschaft begräbt ihre Todten.

Da haben wir also das Coit'sche Ideal, die Organisation des geistigen und sittlichen Lebens in Nachbarschaften nach dem Alter abgestuft, verwirklicht, so weit es erreichbar ist unter drücklichen Verhältnissen. Nur in den Fortbildungseinrichtungen geben die Coit'schen Nachbarschaftsgilden über die Siedenbürger Nachbarschaften hinaus.

Wenn uns der Coit'sche Nachahmungsversuch einer deutschen Volkshilfe in den Großstädten Englands und Amerika's besonders interessiert, so liegt es daran, daß auch hier in Berlin ein gleiches Bedürfnis nach einem engeren Verkehr, nach regerem Gedankenaustausch, nach der ausgleichenden Mäßigung von Bildungsmitteln in Arbeitertreffeln empfunden wird und zu gleichartigen Unternehmungen geführt hat, die wiederum aus den Coit'schen Erfahrungen mancherlei Anregung entnehmen können. Ohne in die optimistischen Zukunftsvisionen des Herrn Coit zu verfallen, können auch wir das Prinzip der Nachbarschafts-Organisation zur Förderung der Geselligkeit, des Meinungsaustausches und des freundschaftlichen Zusammenwirkens unter den Berliner Genossenschaftsgenossen zur Anwendung bringen. Es kann das nur zur Stärkung der gesammten proletarischen Bewegung und zur geistigen Förderung der einzelnen Genossen dienen. Wir können darauf hinweisen, daß längst vor dem Erscheinen der Coit'schen Schrift der jüngst im „Vorwärts“ veröffentlichte Entwurf zur Reorganisation der Berliner Bahvereine ein solches nachbarschaftliches Zusammenwirken geplant hat, dem die Genossenschaften der einzelnen Stadtbezirke zur Grundlage gegeben werden sollten. Diese Bezirktgenossenschaften würden vor der Coit'schen Hilfe noch den Vortheil voraus haben, daß die Teilnehmer durchweg schon durch die gemeinsame Betheiligung am öffentlichen Leben mit einander eng verbunden sind.

beim Bierlich viel über die Praxis des Gewerbegerichts debattiert und „Kugelschnack“ wird und die, welche auf dem Gericht zu thun hatten, ihre Erfahrungen dort erzählen, entstanden, eine Folge der sich widersprechenden Urtheile, unter den Arbeitern gegenwärtige Anschauungen über die oben gestellte Frage. Man wußte nicht, sofern man sich überhaupt um „das Gesetz“ kümmerte, woran man war. Neuerdings ist nun mit Bezug auf das „still-schweigende Einverständnis“ mit der Entlassung an Stelle der widersprüchlichen eine widerspruchlose Praxis des Gerichts getreten. Und zwar zu Gunsten dieses still-schweigenden Einverständnisses. In allen Fällen, wobei Kündigung nicht ausgeschlossen war, aber die Kläger ihr Recht darauf nicht gleich, d. h. bei der Entlassung und dem Weggange vom Arbeitgeber, geltend machen, erfolgte in letzter Zeit stets ihre Abweisung. Diese übereinstimmenden Urtheile sind das Ergebnis einer Konferenz der Vorsitzenden, soviel Schreiber dieses gehört hat. — Es hat also jeder Arbeiter, der nicht gewillt ist, seinen — das ist hier selbstverständlich vorauszusetzen — durch keine Abmachung besetzten Räumlichkeiten und event. Entschädigungsanspruch zu verlieren, bei plötzlicher erfolgloser Entlassung sofort zum Arbeitgeber zu sagen: Höre mal, lieber Arbeitgeber, Du mußt mich noch 14 Tage beschäftigen, sonst frage ich, wenn auch Dir nicht auf den Kopf, so doch aufs Gewerbegericht. Und klar und deutlich, wie hier ausgedrückt, muß die „Anspruchserhebung“ sein.

Der Hundebrot vor dem Reichsgericht. Aus die erbärmliche soziale Lage der Bevölkerung im Osten des begnadeten preussischen Staates wirft eine Verhandlung ein großes Schlaglicht, die sich am 9. Januar in der Revisioninstanz vor dem Reichsgericht abspielte. Die Tochter des Gastwirths Dobroschelski in Bahna (O.-Pr.) verheiratete sich und als Haupt-schmank bei der im Hause des Vaters abgehaltenen Hochzeitsfeier wurde ein Hundebrot aufgetischt. Das Thier, an dem sich die Hochzeitsgesellschaft labte, war aber auf unredlichem Wege erworben worden.

Dem Förster Neumann war ein großer Hühnerhund abhanden gekommen, und dieser war das Opfer, welches sich die Familie anerkennen hatte. Vater, Mutter und Sohn hatten sich am 7. Juli v. J. vor der Strafkammer in Reidenburg wegen Diebstahls zu verantworten. Vater und Sohn wurden freigesprochen, dagegen wurde die Mutter wegen einfachen Diebstahls zu 8 Monaten Gefängnis verurtheilt. Gegen sie war festgestellt, daß sie das Fleisch zubereitet und das Fell vergarben habe. — In ihrer Revision bestritt die Angeklagte, sich eines Diebstahls schuldig gemacht zu haben und wolle höchstens zugeben, einen Unterschlagung schuldig zu sein, da der Hund selbst sich aus dem Gewahrsam des Eigenthümers fortbegeben habe. — In der Verhandlung vor dem Reichsgericht äußerte der Reichsanwalt verschiedene Bedenken gegen das Urtheil, namentlich erachtete er die Feststellung, daß die Angeklagte den Hund „besitzt“ habe, nicht für ausreichend. — Das Reichsgericht war aber der Meinung, daß die Strafkammer sich über den Begriff der Wegnahme nicht im Irrthum befunden habe und erklärte die Revision für unbegründet. Dasselbe wurde deshalb verworfen. Die „Diebin“ muß also den unrechtmäßigen Erwerb des Hundebrotens mit Gefängnis sühnen. Das ist ein Kulturbild aus dem Eldorado der noch lebenden Spiritusbarone!

„Der Butterkrieg“ fordert jetzt täglich Opfer in Form von Verurtheilungen durch die Schöffengerichte. Ein besonders bezeichnender Fall beschäftigte gestern die 141. Abtheilung des Schöffengerichts. Der Kaufmann Meinecke hatte ein Strafmandat in Höhe von 60 M. erhalten, weil in seinem in der Dieffenbachstraße gelegenen Geschäft an einem Septembertage zu drei verschiedenen Malen Butter verabsolgt worden war, die nach dem Gutachten des Gerichtschreibers Dr. Wischhoff mehr oder weniger mit Margarine verfehrt war. Der Prozeß sah nur in jedem Falle verschieden, die erste Butterprobe enthielt 33, die zweite 50 und die dritte gar 60 pCt. Margarine. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Gohmann, bestritt im Termine, daß eine Fahrlässigkeit seitens des Angeklagten vorliege. Derselbe besitze mehrere Geschäfte und könne umhüllend jedes Faß Butter durch Geschmack und Geruch oder durch die Wischhoff'sche Schmelzprobe prüfen. Der Gerichtshof hielt es für unerheblich, ob der Angeklagte selbst oder durch seine Leute verälschte Butter verkaufe, unter allen Umständen sei er verantwortlich zu machen. Der Einspruch wurde daher verworfen.

Reichsgerichtsentscheidung. Hinsichtlich des Verbot der Beschäftigung von Arbeitern an Festtagen und an den Vorabendenden von Festtagen hat der § 100a Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung in der Fassung vom 1. Juni 1891 bestimmt: Welche Tage als Festtage gelten, bestimmen unter Berücksichtigung der örtlichen und sonstigen Verhältnisse die Landesregierungen. Durch diese Bestimmung ist, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 1. Straßensatz, vom 2. Oktober 1893, den Landesregierungen nicht die Neuregelung der Festtage geboten, sondern es gelten danach in Ermangelung einer Neuregelung die bisherigen einschlägigen Landes-Verordnungen.

Soziale Ueberlicht.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenfabrikation! Seit ungefähr drei Jahren besteht hier ein von dem Verein Berliner Wäsche- und Kravattenfabrikanten eingerichteter Arbeitsnachweis für sämtliche in der Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Dieser wird vom Kassirer der Orts-Krankenkasse für die Wäsche- und Kravattenfabrikation verwaltet, und erhält dieser Herr neben seinem Gehalt als Kassirer eine Vergütung von jährlich 100 M. Daß dieser Arbeitsnachweis nur dazu dient, um mißliebigen Arbeitern das Arbeiten in der Branche unmöglich zu machen, ist bekannt. Aus diesen und verschiedenen anderen Gründen haben die vereinigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenfabrikation in ihren letzten Versammlungen beschlossen, den schon seit drei Jahren bestehenden Arbeitsnachweis der Wäscherinnen und verwandten Berufsgenossen, Holzmarktstraße 3, derartig zu erweitern, daß vom 1. Januar 1894 sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Branche, wie: Zuschneider, Näherinnen, Stempelerinnen, Knopfnäherinnen, Einlemerinnen, Wäscherinnen, Plätterinnen, Stickerinnen, Sortierinnen, Kartonnierinnen, Bolzenleute etc. unentgeltlich Arbeit nachgewiesen erhalten sollen. Kollegen und Kolleginnen! Eure Pflicht ist es nun, den von Arbeitern gegründeten unentgeltlichen Arbeitsnachweis bei etwaiger Arbeitslosigkeit zu benutzen. Thue ein jeder seine Schuldigkeit, dann werden die Erwartungen, die bei der Gründung geübt, in Erfüllung gehen.

Nochmal's Arbeiter und Arbeiterinnen, seid bei den in der Georgenkirchstraße befindlichen, unter Kontrolle der Fabrikanten stehenden Arbeitsnachweis.

Aber gleichzeitig rufen wir Euch zu: Organisiert Euch! Kommt in die Versammlungen! Denn nur in der Vereinigung findet ihr Schutz gegen Ueberwirthschaftung und Unterstützung im Kampfe um eure Existenz. Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, daß am Dienstag, den 16. d. M. in Paffers Salon, Neue Königsstraße 7, Abends 9 1/2 Uhr, eine öffentliche Versammlung für sämtliche in der Wäsche- und Kravattenbranche beschäftigten Personen stattfindet.

C. Hergt, Wilmstr. 41a.

Achtung, Schneider und Schneiderinnen Berlins. Bislang ist es, im Verhältnis zu der großen Zahl der in der Schneiderei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, nur eine geringe Anzahl Kollegen und Kolleginnen, die die Nacht der

Organisation erkannt hat. Die geringen Kosten für die Vereinigung werden gewahrt, aber ohne Murren läßt sich eine große Anzahl Berufsgenossen täglich und wöchentlich vom Lohn Abzüge gefallen. Aufgepaßt! Das ist wiederum die Parole im neuen Jahre. Schließt Euch der kleinen Schaar der kämpfenden Streiter an, tretet der Organisation, dem Deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verein als Mitglieder bei. Das Eintrittsgeld für Männer beträgt 50 Pf., der wöchentliche Beitrag mit Lokalzuschlag 20 Pf., für Frauen beträgt der wöchentliche Beitrag 5 Pf., das Eintrittsgeld 15 Pf. Die Freizügigkeit erhält jedes Mitglied wöchentlich ins Haus gefandt. Wir geben in Folgendem die Zahlstellen des Verbandes bekannt; auch werden daselbst neue Mitglieder aufgenommen:

1. Zentral-Arbeitsnachweis und Kunstst.-Bureau Schützenstraße 18/19 (Restaurant Freygang), wochentäglich von 8—1 Uhr, außerdem Sonnabends Abends von 8 1/2 bis 10 Uhr.
2. Grenadierstr. 33 bei Seefeldt, Montag Abends von 8 1/2—10 Uhr;
3. Perlebergerstr. 28 bei Hermerschmidt, Montag Abends von 8 1/2—10 Uhr;
4. Blumenthalstr. 5 bei Behrendt, Montag Abends von 8 1/2—10 Uhr;
5. Annenstraße 9 bei Proh, Mittwoch Abends 8 1/2 bis 10 Uhr.

Außerdem für Mantelnäherinnen:
bei Frau Schwarz, Wienerstr. 68, vorn 4 Tr.,
Reimann, Wrangeistr. 33, vorn 3 Tr.

Für die öffentlichen Angelegenheiten, die in unserem Gewerbe auftauchen, besteht eine aus Kollegen und Kolleginnen aller Branchen zusammengesetzte Kommission, die Agitations-Kommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins. Um die unter allen Umständen schädigende Zersplitterung der Kräfte zu verhindern, beruht diese Kommission von Zeit zu Zeit in allen Stadttheilen Berlins Versammlungen ein, in denen alle auftauchenden öffentlichen Fragen, an denen die ganze Kollegschaft interessiert ist, zur Erörterung gelangen. Ebenso werden agitatorische und belehrende Vorträge gehalten.

Achtet daher auf die von unterzeichneten Kommission einberufenen Versammlungen. Um wiederum mit den Kollegen aller Geschäfte in Fühlung zu bleiben und die vorkommenden Mißstände wahrheitsgetreu festzustellen, haben wir das Werkst.- und Geschäfts-Delegirten-System eingerichtet. Mindestens ein Kollege oder eine Kollegin aus jedem Geschäft, die uns gegenüber als Vertrauenspersonen gelten, haben an den Sitzungen theilzunehmen und ihre Adresse an den Kollegen Timm, Schützenstr. 18/19, zu senden. Ebenfalls haben diese Vertrauenspersonen die Pflicht, für die Organisation einzutreten.

In unserem Zentral-Arbeitsnachweis und Kunstst.-Bureau, Schützenstr. 18/19, liegen die Tarife der beim letzten Streik bewilligten Geschäfte zur Ansicht jedes Kollegen aus. Es ist eure Pflicht, wenn ihr eure Arbeitsplätze verandert, daß ihr Kenntniß davon nehmt, wie in den Geschäften bezahlt wird. Nur so werden die Tarife Galtigkeit behalten. In unserem Bureau werden Klagen über Gewerbestreitigkeiten angefertigt, sowie Kunstst. ertheilt über alle das Interesse unserer Kollegen und Kolleginnen berührenden Fragen.

Alle stattfindenden Versammlungen werden durch Inserate im „Vorwärts“ bekannt gegeben. Am Montag, den 15. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, findet bei Frau Brunnenstraße 185 (alte Nummer 140), eine öffentliche Versammlung der Militär- und Pflanzschneiderei statt, in der Kollege Witz aus Pantow über das Thema: „Die günstigen Verhältnisse der Militär- und Pflanzschneiderei und wie wahrden die Kollegen ihre Interessen?“ referiren wird. Am Dienstag, den 16. d. M., tagt in Moabit, Perlebergerstraße 13 im Viktorialalon, eine öffentliche Versammlung, in der Kollege Timm über das Thema referirt: „Wie der Löwe das Bild freisetzt in der Faide, so freisetzt die Reichen die Armen“.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

Die Vergütung für die Naturalverpflegung der bewaffneten Macht betreffend, veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ folgende Bekanntmachung: Auf Grund der Vorschriften im § 9 Ziffer 2 des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 18. Februar 1875 (Reichs-Gesetzblatt S. 52) ist der Betrag der für die Naturalverpflegung zu gewährenden Vergütung für das Jahr 1894 dahin festgestellt worden, daß an Vergütung für Mann und Tag zu gewährt ist:

	mit Brot	ohne Brot
a) für die volle Tageskost	80 Pf.	65 Pf.
b) für die Mittagkost	40 „	35 „
c) für die Abendkost	25 „	20 „
d) für die Morgenkost	15 „	10 „

Für die volle Tageskost eines Angehörigen des Wehrstandes setzt die Regierung als Vergütung 80 Pf. fest, womit sie sich sicher nur den notwendigsten Satz stipulirt hat. Nachet man nach denselben Sätzen das Budget einer Arbeiterfamilie von Vater, Mutter und drei Kindern, letztere für zwei erwachsene Personen gerechnet, so brauchte dieselbe 4 Mal 80 = 320 M. täglich oder 24 Mark 40 Pf. wöchentlich allein zum Leben. Eine Arbeiterfamilie kann eine solche Summe natürlich niemals für den nackten Lebensunterhalt aufgeben, dazu wäre ein Jahreseinkommen von mindestens 2000 M. nötig. Wie hoch steht demgegenüber das Durchschnittseinkommen der Arbeiter? 90 Prozent aller Arbeiter haben nicht mehr als 600 bis 900 M. Und über 1000 M. werden allein zum Leben gebraucht, wenn eine Familie sich nicht nur sättigen, sondern auch ernähren, d. h. die vorausgabten Kräfte wieder ersetzen soll.

Ueber den Rückgang der Sticker-Industrie in der Schweiz, einer Branche, die dort ehemals in der größten Blüthe gestanden, wird berichtet, daß Sticker, welche noch im Jahre 1892 1662 Franken verdienten, im Jahre 1893 es nur auf 1243 Franken brachten. Ein niedriger Sticker brachte es seit 10 Wochen nicht höher als auf 950 Franken durchschnittlich pro Woche, während ein anderer Sticker erklärt, seit Wochen seiner armen Mutter kein Kostgeld mehr bezahlen zu können.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Dem Geschäftsbericht der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft von Aha It von 1893 entnehmen wir, daß in diesem Jahre im Ganzen 842 Unfälle gegen 260 im Vorjahre zur Anzeige gelangten. Davon hatten 17 den Tod zur Folge. Die Zahl der Rentenempfänger belief sich auf 189, darunter 27 Wittwen und 81 Kinder. — Beim Schiedsgericht wurde von 40 Berufungen durch 14 Bescheide der Entschädigungsanspruch abgelehnt und durch 26 Bescheide der Entschädigungsanspruch anerkannt.

Zur Warnung für Textilarbeiter. Eine Segeltuchfabrik in Sachsen versendet an verschiedene Arbeiterblätter Inserate, in denen sie Arbeiter sucht bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung. Grundlosungen haben nun ergeben, daß es dort wie in einem Laubenschlag zugeht, daß der Lohn im Durchschnitt pro Woche 5 bis 7 M. betrage und daß außerdem einer der Fabrikherren mit Vorliebe die Peitsche gegen Arbeiter anwende. Wir theilen dies mit, falls das Inserat in anderen Blättern erscheinen sollte, damit jedermann weiß, was bei dieser Firma zu holen ist.

Arbeitsordnungen. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, jedem Arbeiter bei seinem Eintritt in die Beschäftigung eine Arbeitsordnung einzuhändigen. Von der Zulässigkeit eines Abzuges dafür enthält die Gewerbe-Ordnung nichts. Trotzdem entblenden sich einzelne Fabrikanten nicht, auch für diese sich noch bezahlen

zu lassen. So wird z. B. aus Johannegeorgenstadt im sächsischen Erzgebirge berichtet, daß ein derartiger Fabrikant, bei dem die Arbeiter 1,20 M. verdienen, seinen Arbeitern jede Arbeitsordnung mit 50 Pfennig anrechnet, wer sich das nicht gefallen lassen will, fliegt hinaus. Dabei hat jedes Exemplar zwei Pfennige zu drucken gekostet. Der Prinzipal hat also mit der Arbeitsordnung ein schönes Geschäft gemacht, da bei ihm circa 80 Mann beschäftigt werden. Es würde sich lohnen, durch Gerichtsentscheid feststellen zu lassen, ob er dazu berechtigt ist.

Die Wirkungen des Kapitalismus sind überall die gleichen furchtbaren. Ueberfluß, Luxus auf der einen, Armut, Mittellosigkeit auf der anderen Seite. Wie in allen Großstädten, so wird auch in Wien die Zahl derer, die von allen Mitteln entblößt, auf die öffentliche Wohlthätigkeit angewiesen sind, eine in jedem Winter größere. Ueber den Verkehr in den dortigen Wärmehallen wird berichtet: In den letzten fünf Tagen wurden dieselben von 79 146 Personen, 24 986 Männern, 24 588 Frauen und 29 573 Kindern besucht, die mit 81 307 Portionen Suppe und 81 780 Portionen Brot theilhaft wurden. Wie lange wird ein System, das solche Früchte zeitigt, wohl noch bestehen können?

Akkumulation des Grundbesitzes. Vor 200 Jahren zählte man in Mecklenburg noch gegen 12 000 ritterschaftliche Bauernhöfe, vor 100 Jahren waren dieselben, auf 4472 zusammen-geschmolzen, und gegenwärtig giebt es daselbst nur noch 1290 bäuerliche Anwesen. Die Vereinigung des Grundbesitzes in wenigen Händen geht also rasch und sicher vor sich.

Die Arbeitslosenkommision in Basel sammelte 15 000 Franken, die Regierung (des Kantons) gab 1000 Mark, so daß 16 000 Mark zur Verteilung gelangen konnten. Dagegen hatte dieselbe Regierung sich bemüht gefühlt, 25 000 Franken den Bauern zu bewilligen zur Anschaffung von Rothfuttermitteln. Das ist jedenfalls ein Beweis, daß auch die „demokratische“ Republik noch sehr weit davon entfernt ist, alle Bürger als gleichberechtigt zu betrachten.

Ueber die Quittungssteuer in Holland wird dem „Hamburger Echo“ von dort geschrieben: Die Mittheilung des Holländischen Korrespondenten an den „Westfälischen Merkur“, daß man hier die Quittungssteuerpflicht umgeht dadurch, daß man einfach einen Strich durch die Rechnung macht und darunter schreibt „bezahlt“, beruht wohl auf Unkenntniß des betr. Gesetzes. Wenn nämlich derjenige, der die betr. Quittung (oder durchgehende Rechnung) bekommen hat, damit zum Steuereinzahler geht, wird der Gläubiger der den Strich angebracht oder das Wort „bezahlt“ geschrieben hat, mit 25 Gulden (41,66) bestraft. Das Gesetz umfaßt nämlich alle Quittungen und andere einseitige Akten oder Schriften, welche die Anerkennung vom Gläubiger enthalten, daß eine Schuld vorliegt, ist ungeachtet der Form, worin die Schriftstücke verfaßt sind, und wäre es in der Form von Briefen und Briefen. Das Gesetz enthält also Bestimmungen, mittelst deren es auch die vom Korrespondenten des „M.“ gemeinte Form der Quittung trifft. Der Schwerpunkt liegt aber in der Unmöglichkeit, die Umgehung des Gesetzes zu kontrolliren. Bei uns werden recht viele Rechnungen einfach ohne Steuer quittirt und das Gesetz dient nur zu oft dazu, einem Feinde einen Strich zu spielen dadurch, daß man eine von ihm unterzeichnete, unversteuerte Quittung dem Steuereinzahler überbringt.

Uebrigens drückt diese Quittungssteuer auch dadurch wieder besonders den „kleinen Mann“, daß die großen Kaufleute u. s. w. die Steuer (wie das Gesetz auch fordert) vom Schuldner zahlen lassen, indem die kleinen Gläubiger durch die Konturen oft gezwungen werden, sie selbst zu zahlen. — In Holland hat man also mit der schon länger bestehenden Quittungssteuer genau die Erfahrungen gemacht, die wir auch für das in Deutschland bevorstehende Gesetz in Aussicht gestellt.

Im Ruffischen Land der großen Vermögen, in Amerika, geht die Auspoewerung der Massen und die Konzentration des Kapitals rüstig vorwärts. Nach den neuesten Schätzungen besitzen 91 pCt. der Einwohner nur 29 pCt. der vorhandenen Besitzthümer, während der ungeheure Rest von 71 pCt. alles Reichthums sich unter die geringe Zahl von 9 pCt. vertheilt. Das ist Ordnung, und zwar von Gott eingeseht.

Versammlungen.

Im deutschen Holzarbeiter-Verband (Ostbeir) fand am 8. Dezember eine Versammlung statt. Da der Referent nicht erschienen war, mußte man zum 2. Punkt der Tagesordnung übergehen. Die Versammlung wählte die Wahl der Werkst.-Kontrollreue und wurden hierzu die Kollegen Sievert, Hönike, Naglo, Loge, Dübros, Werner, Rother und Kuback gewählt. Zu Beitragsauswärtigen wurden die Kollegen, die bisher dieses Amt inne hatten, wieder vorgeschlagen. Zum Bibliothekar wählte die Versammlung Kollegen Sommer und zum Schriftführer Kol. Wolter. In mehreren Werksstätten war von der Kontroll-Kommission Nachfeierabend- und Sonntagsarbeit festgesetzt. Die Kollegen von Krafft, Friedrichsbergerstr. 11, waren vollständig erschienen und verpflichteten sich, eine 1/2-stündige Arbeitszeit einzuführen. Die Kollegen von Schäfer, Friedrichsbergerstr. 11, und Salzmann, Friedenstr. 33, hatten die Arbeitszeit nur 2—3 Wochen vor Weihnachten verlängert, sonst aber eine regelrechte Arbeitszeit. Ueber die Werkst. von Franz Berndt in Friedrichsberg, Blumenthalstr. 42, entspann sich eine lebhafteste Debatte. Berndt war selber erschienen und erklärte, daß seine Arbeiter 2—3 Tage blau machen und die übrigen Tage dann nach Feierabend und die Nacht gearbeitet hätten. Kollegs Glode meinte, Berndt müsse soviel Energie besitzen, um für eine regelrechte Arbeitszeit zu sorgen, was auch Berndt für die Zukunft versprach.

Die Lutzer hatten am 2. d. M. eine Versammlung, in der Genosse Bauer einen Vortrag über das Thema: „Die Eigenwärme des Menschen“ hielt, dem eine lehrreiche Diskussion folgte. Die Abrechnung, welche Kollegs Linde gab, weist eine Einnahme von 123,75 M. und eine Ausgabe von 105,50 M. auf. Einzellicher Weise zeigte dies eine regere Theilnahme der Kollegen an der Organisation. Das Vereinslokal, welches wegen Geschäftsaufgabe des Wirthes verlegt werden mußte, befindet sich jetzt Alte Jakobstr. 69, bei Lem.

Der Verein der Schäftebranche hielt am 6. Januar eine Generalversammlung ab. In der Verhandlung über die Statuten bemerkte R a u s e, eine Erweiterung des Statuts sei überflüssig und schädlich, weil nach seiner Ansicht die Freiheit der Mitglieder unterdrückt werde.

Dieser Ansicht wird von mehreren Seiten widersprochen mit der Begründung, daß ein Statut von der Majorität der Mitglieder geschaffen, niemals den letzteren Schaden kann, vielmehr Pflicht der Mitglieder ist, ein Statut festzusetzen, auf Grund dessen sich der Verein von Personen befreien kann, die gegen die Interessen der Mitglieder-Majorität verstoßen. Darauf wurden 11 Paragraphen des vorgeschlagenen Statuts mit großer Stimmenzahl angenommen. Die darauf vorgenommene Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Reimann, Vorsitzender; Blath, Kassirer und Baumgart, Schriftführer. Zu Revisoren wurden gewählt die Kollegen Köhler und Kasper. In dem Streik bei dem Fabrikanten Fürstheim wird bekannt gegeben, daß er für die Arbeiter günstig steht, da fast sämtliche von den 70 dort Arbeitenden dem Zentralverband der Schuhmacher angehören. Der Fabrikant habe denn auch schon seine schlechte Situation begriffen und drei Viertel der Forderungen bewilligt, trotzdem seien die Arbeiter nicht willens, die Arbeit eher aufzunehmen, als bis die ganze Lohnreduktion zurückgenommen ist. Zum Schluß wird bekannt gegeben, daß am 10. Februar ein Maskenball des Vereins stattfindet.

Die öffentliche Versammlung der Droschkenkutscher und Arbeiter, welche, einberufen von der Agitationskommission der Droschkenkutscher, am 10. d. M. nächstherweise im Lokale „Zum Schultheiß“ (Eiseller) tagte, um sowohl der Berliner Arbeiterschaft wie auch den in Tage fahrenden Droschkenkutschern Gelegenheit zu geben, nochmals zum Ausdruck der Taxameter-Droschkenkutscher Stellung zu nehmen, hatte sich eines außerordentlich zahlreichen Zuspruchs sowohl seitens der Droschkenkutscher, wie auch der Berliner Arbeiterschaft zu erfreuen. Eingeleitet wurden die Verhandlungen durch ein Referat des Reichstags-Abgeordneten Legien, welcher den Streit als Abwehr- bzw. Angriffsmittel gegen kapitalistische Ausbeutungen erläuterte, den Werth und die Macht der Arbeiterorganisation veranschaulichte und den Ausstand der Taxameter-Droschkenkutscher behandelte, denselben für durchaus berechtigt erklärend, zum festen Zusammenhalten auffordernd und es für Pflicht der gesamten Arbeiterschaft beziehend, den Ausstand zu unterstützen. Im Anschluss an den mit lebhaftem Beifall entgegengenommenen Vortrag erörterte Kollege Schütte die Ursachen des Ausstandes der Taxameter-Droschkenkutscher, gleichzeitig den Situationsbericht erstattend. Derselbe sprach die Zuversicht aus, daß der den Kutschern aufgezwungene Ausstand so lange aushalten werde, bis entweder die fragliche Polizeiverordnung jurisdiktionell oder aber die Führer der Taxameter-Droschkenkutscher der Kapitalistengesellschaft wieder zur Verfügung gestellt haben. Redner appellirte an die Solidarität der Kollegen-schaft und der Arbeiterschaft, den Ausstand thätig zu unterstützen. Derselbe müsse dazu beitragen, die gesetzgebenden Körperschaften zu veranlassen, die Machtvollkommenheiten der Verwaltungsbehörden zu beschränken. Redner schilderte weiter, mit welcher Geschwindigkeit entgegen den sonstigen behördlichen Gepflogenheiten zu jünger Zeit Droschkenkutscher gemacht werden. Hiergegen müsse Front gemacht werden. Verschwerdung bei den Behörden würde durchaus aussichtslos sein. Die Kutscher hätten auch keine Veranlassung, sich als Vorkämpfer für die interessierten Führer gebrauchen zu lassen. Die Agitationskommission sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß Repressivmaßregeln am Platze seien und legte Redner demzufolge der Versammlung folgenden Antrag zur Diskussion und Beschlußfassung vor:

„Um den Streik der Taxameter-Droschkenkutscher nicht unnötigerweise in die Länge zu ziehen, erklären sich alle diejenigen Kollegen, welche noch heute bei Taxameter-Droschkenkutschern beschäftigt sind, aber Droschen erster oder zweiter Klasse ohne Taxameter fahren, mit den schon seit dem 1. d. Mts. im Ausstande befindlichen Kollegen dadurch solidarisch, daß sie — soweit die gesetzliche Kündigungsfrist ihnen nicht entgegensteht — vom Montag, den 15. d. M. ab die Arbeit ebenfalls einstellen. Sie verpflichten sich, ihre Dienstherren von diesem Beschlusse in Kenntniß zu setzen und den Dienst sofort aufzukündigen.“

Dieser Antrag rief großen Jubel hervor. Genosse Franke sprach namens der Gewerkschafts-Kommission den Droschkenkutschern vollste Sympathie aus, rief aber von der Annahme sans phrase des vorstehenden Antrages entschieden ab. Er legte es den Kutschern vielmehr nahe, den Antrag sich wohl zu überlegen, gründlich zu berathen und zu diesem

Zwecke eine neue Versammlung einuberufen. Sollte diese zur Annahme dieses Antrages führen, so sagte er in diesem Falle die nachhaltige Unterstützung des Ausstandes durch die Berliner Arbeiterschaft zu. (Großer Beifall.)

Die Versammlung stimmte einmütig diesem Vorschlage zu. Es folgte eine ausgedehnte Diskussion über die Situation des Ausstandes. Genosse Millarg besonders kritisierte in scharfer Weise das Verhalten der Polizeibehörde den Kutschern gegenüber, die Verhältnisse im Droschkenfuhrergewerbe und machte den Kutschern in ungeschwinkter Weise klar, daß sie in die Reihen der sozialistischen Arbeiterschaft gehören, was dieselben bisher allerdings sehr wenig begriffen und beahltigt hätten. Auch Genosse Wagner erklärte es zwar für Ehrenpflicht der Arbeiterschaft, den Streik zu unterstützen, ermahnte die Kutscher aber ebenfalls sehr eindringlich, sich dieser Unterstützung in Zukunft auch würdig zu erweisen, sich zu organisieren und Sozialdemokraten zu werden. Die Stimmung bei den Kutschern war eine durchaus zuverlässige trotz aller gegnerischen Manipulationen. Die beschließende Versammlung findet am Freitag Abend statt.

Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung, welche am 10. Januar in Zoel's Saal tagte, erörterte die Frage: „Wie stellen sich die Gewerkschaften Berlins zu dem Verhalten des Reichstags-Abgeordneten Bod-Gottha den ausgesperrten Schuhmachern Berlins gegenüber?“ Schuhmacher Wenzel, der das Referat übernommen hatte, giebt zunächst einen Ueberblick über die Berliner Schuhmacherbewegung. Als der Zwiderverein gebildet war, da begannen die Unternehmer erst wieder mit Nothregelungen, an die sie bis dahin nicht gedacht hatten. So wurden bei Kauf nach und nach 6 bis 7 Personen gemaspelt, die in dem Verein irgend ein Amt inne hatten. Der Streik brach aus. Vierundzwanzig Stunden später habe er, Redner, selbst den Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit raten wollen. Als er aber von der schamlosen Behandlung erfahren, welcher die Arbeiter und sogar auch die Arbeiterinnen seitens des Unternehmertums ausgesetzt waren, da mußte er den Streik für berechtigt ansehen. Der Reichstags-Abgeordnete Bod habe nun im Schuhmacher-Fachblatt einen Artikel veröffentlicht, in dem es hieß, frivole Leute hätten erst die Zwider von der Schuhmacher-Bewegung getrennt, sie dadurch mittellos gemacht und sie dann in den Streik getrieben. Die Wirkung sei alsbald erkennbar gewesen. Auf der Reife nach Mittelwalde habe er in verschiedenen Städten und besonders in Mittelwalde selbst die Mißgunst kennen gelernt, die sich auf den (in Mittelwalde vom Fabrikanten den Arbeitern vorgelesenen) Artikel Bod's gründete. Gleichwohl sei es in Mittelwalde, in Glog möglich gewesen, die Kollegen von der Nothwendigkeit solidarischen Verhaltens zu überzeugen. In Breslau dagegen hätte ihm der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei seine Unterstützung zur Einberufung einer Schuhmacher-Versammlung nicht gewährt. Auf eine Anfrage bei Bod nach dem Namen des Verfassers jenes Artikels habe Bod die Antwort verweigert und in dem Fachblatt die Berliner Schuhmacher egoistische Elemente genannt, die nicht werth wären einer Unterstützung; in Zukunft sollten nur die Mitglieder des Schuhmacher-Verbandes unterstützt werden. Den Anarchisten König habe Bod als den An-

geifer nicht bloß des Berliner, sondern auch mehrerer früherer, süddeutscher Streiks bezeichnet und König sei nun am Montag verhaftet worden. Die Leiter des hiesigen Streiks seien dagegen Sozialdemokraten und König habe nichts weiter gethan als in der Versammlung bisweilen gesprochen, woran ihn doch niemand hindern konnte. Die Kollegen in Bremen und anderen Städten weiterten sich, einen Gessler nach Berlin zu schicken, hielten von Berlin angekommene Kollegen, die dort Nähe haben die Kollegen vom Uebersee nach Berlin abzuhalten. Dem Verhalten Bod's stellt Redner die mannigfachen Reden unserer Genossen im Reichstage gegenüber, in welchen diese betont, daß Streiks nicht von einzelnen „Hehern“ gemacht werden, und stellte an die Berliner Gewerkschaften die Frage, ob ein Mann wie Bod, dessen Artikel den Beifall eines Hirsch-Dunker'schen Organs gefunden habe, noch länger Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstage sein dürfe. Nachdem Redner noch den bewundernswürdigen Muth der Streikenden geschildert und die bis dahin Indifferenten zum weiteren Ausdauern ermahnt hatte, schloß er mit den Worten, die Berliner Gewerkschaften würden die Streikenden nicht verrathen. Schuhmacher August Fleischer erklärte im Namen Bod's: Die Versammlung sei als Gewerkschaftsversammlung einberufen, dem Delegirten der Schuhmacher zur Gewerkschaftskommission sei aber von einer solchen nichts bekannt und Bod werde daher in eine andere, wirkliche Gewerkschaftsversammlung kommen. Goldarbeiter Faber wies darauf hin, daß die Gewerkschaftskommission den Streik der Zwider gut geheissen habe und selbst Manns genug sei, ihrem Beschlusse Achtung zu verschaffen, wo dagegen verstoßen werde. Daher hätte man sich wegen Einberufung der allgemeinen Gewerkschaftsversammlung an die Gewerkschaftskommission wenden sollen. Nachdem eine Verlesung der Versammlung abgelehnt war, führte Faber aus, diese Versammlung trage zur Schlichtung des Streites unter den Berliner Schuhmachern sicher nicht bei. Die Arbeiter sollen sich endlich daran gewöhnen, nicht ohne weiteres in das Geschimpfe einzelner Leute einzustimmen, sondern sie ruhig schimpfen lassen. Diese Jäntereien könnten gerade zur Unterstützung der Streikenden nicht begeistern. Taxepeter Feder bemerkte, daß die Zentralverbände alle so eingerichtet seien, daß ein Mann, der an der Spitze steht und vielfach auch die Redaktion des Fachblattes führe, die ganze Bewegung über Deutschland bestimme. An der weiteren Diskussion beteiligten sich noch eine große Anzahl von Rednern, darunter auch die Herren Werner u. Komp., die die Angelegenheit für ihre bekannten Zwecke auszubenten suchten. Bod's Schreibweise ungebührlich sei, bestritt keiner, Verurtheilung fand sie namentlich auch von den Parteigenossen Buchbinder Teiler, Ubrmacher Nädler, Steinmeyer Thomas-Nixdorf, die förmlich die Nothwendigkeit betonten, die Streikenden zu unterstützen, um ihnen den Sieg zu sichern. Die Versammlung nahm hierauf folgende Resolution an: „Die Versammlung erklärt die Schreibweise des Herrn Bod als ein niedriges und frivoles Vorgehen den streikenden Schuhmachern gegenüber. Sie verspricht die Streikenden weiter materiel zu unterstützen. Herr Bod hat sich durch sein fabrikantenfreundliches Benehmen jedes Recht verwirkt, sich weiter Arbeitervertreter zu nennen.“

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuth-Strasse 2.

Den Parteigenossen empfehlen wir zur Anschaffung:

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Köln vom 22.-28. Oktober 1893.

ca. 18 Bogen 8° — elegant broschirt

Preis 40 Pfennig.

Die Verhandlungen des Kölner Parteitages dürften wegen ihrer Bedeutung das lebendigste Interesse eines jeden Parteigenossen in Anspruch nehmen. Die erschöpfenden Verhandlungen über die Gewerkschafts-Bewegung sind überaus wichtig und ihre Kenntniß nach dem stenographischen Bericht jedem Parteigenossen nothwendig. In Rücksicht darauf und auf den zudem hohen agitatorischen Werth und die dadurch wünschenswerthe Massen-Verbreitung haben wir den überaus billigen Verkaufspreis — 40 Pfennig pro Exemplar bei sorgfältiger, geschmackvoller Ausstattung — festgesetzt.

Die Versendung erfolgt gleichzeitig nach allen Plätzen Deutschlands. Porto und Frachten zu Lasten der Besteller.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Bei Aufträgen von Ausbehold ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto 20 Pfg. extra).

15-40 Mk. täglich. Verdienst
durch Verkauf meines neuen Bedarfsartikels für jede Hausfrau von höchstem Nutzen und unentbehrlich. Für jedes Geschäft passend. Muster 40 Pf., auch in Briefmarken franko. **J. Ruschpler, Berlin N. 31, Ackerstr. 71.**

!! Arbeiter !!

Erhaltet Eure Kräfte, sie sind der einzige Reichtum, den Ihr besitzt. Trinkt daher nur gute, der Gesundheit zuträgliche Branntweine. Der beste Magenbitter der Welt ist

„Old Jack“

!! Prohibet und überzeugt Euch !!
Ueberall zu haben, wo Plakat vorhanden.
Engros ausschließlich allein bei der French-Cognac-Brandy-Distillery
Berlin N., Oranienburgerstr. 17. Fernsprecher Amt III Nr. 34.

Als Bandagist empfiehlt sich zur Anfertigung von Bruchbändern, Suspensorien, Verbinden, Apparaten für Fuß- und Rückgratverkrümmung, Gradehaltern, künstl. Gliedmaßen als Arme, Beine etc. unter Garantie zu billigsten Preisen. 4549L.
Lieferant für Orts- und Hilfs-Strafentlassen, Seydelstr. 15.

Aug. Reiche,

„Ausstellung Italien in Berlin 1894.“

Es sind innerhalb des Ausstellungsrayons, belegen auf dem Terrain am **Sehnhoft „Zoologischer Garten“** (Westbahnhof) an qualifizierte Unternehmer zu verpachten bzw. gegen Höchstgebot einzeln oder im ganzen zu vergeben: **Restaurationsräume für Bier und Wein, Café und Conditore, Verkaufs-Berechtigungen von Blumen, Früchten, Mineralwässer, Spirituosen, Cigarren etc.** Ferner **Verpachtung der Garderoben und Toiletten.** 5494L.
Reservanten belieben ihre Offerten schriftlich an die Ausstellungs-Direktion Bureau Central-Hotel zu richten. Pläne der Ausstellung sind im technischen Bureau daselbst einzusehen.

Die Direktion
der Ausstellung Italien in Berlin.
Valli. Rodet. Richter.

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Beuth-Strasse 2.

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Der Märkische Landbote

Volks-Kalender für 1894.

Eine Agitations-Broschüre für die Land-Bevölkerung.
Preis 10 Pfg.

Dieser Kalender enthält Monat für Monat in kurzen Abschnitten und in leicht verständlicher Sprache eine treffliche Kritik der heutigen wirthschaftlichen Verhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der Lage der kleinen Landwirthe und der kleinen Handwerksmeister. Nach außerhalb gegen Einwendung von 13 Pfg. franko. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Neue freie Volksbühne
im **Ballner-Theater**, 2 1/2 Uhr:
Die Kreuzschreiber
von Angenruber. 438.8
Sonntag, 14. Januar, I. Abtheilung:
21. „ II.
28. „ III.

Erkläre, daß die betreffende Aeußerung, welche am 9. im Kolberger Salon irthümlich von mir gemacht wurde, nicht Herr Pape, sondern seine Schwägerin betrifft. 1184b
W. Frentz.

Brenn- u. Soliturspirituis
Liefere zu sehr billigen Preisen
Hermann Meyer & Co.,
Brunnenstr. 39.

Otto Naether,
Uhrmacher,
Anklamstr. 44, an der Brunnenstr.
Reparaturen an Uhren jeder Art
solid und preiswerth. 5417b

Für Berlin und Umgegend.
Empfehle mich den Herren Gastwirthen und Privatzen zum Haus-schlachten und Wurstmachen. 1164b
Langer, Birkenstr. 57 part.

Arbeitsmarkt.
Gesucht
wird ein Redakteur für eine neu zu gründende Parteizeitung. 5493b
Anerbieten sind zu richten an **Fritz Menzer**, Gartangrube 12, Südb.

Stadtreisende,
tüchtige, bei Schank- u. Gastwirthen gut eingeführt, finden bei renommirt. Firma der Spirituosenbranche vortheilhaftes Engagement. Genossen bevorzugt.Adr. sub F. C. Vorwärts. 5496b

Maschinen-Stickerinnen,
geübt und tüchtig, finden dauernde Beschäftigung bei
Usher,
Köpnickerstr. 115, 2. Hof, 2 Treppen.

Tüchtige Farbigmacher verl. Frieden-
straße 10. 1167b

Für eine größere Raschelwerkstelle wird ein tüchtiger Werksführer, in allen vorkommenden Arbeiten erfahren, zum Entwerfen neuer Muster befähigt, und mit der nöthigen Umsicht und Energie bei hohem Salair gesucht. Anerbieten unter T. X. 545 an G. L. Danbo & Co., Frankfurt a. M. erbeten. 420 8*

Man sucht einige tüchtige, auf die Fabrikation gut eingeweihte
Metalldreher und
Gürtler.

Anmeldungen mit Angaben der früheren Stellen an die 1193b
Metallgiesserei Lyss (Schweiz).

Verband der Geschäftsdienner, Pader und Berufsgenossen.
Bureau und Arbeitsnachweis: C. Neue Grünstr. 10 L. Fernspr.: Amt I Nr. 810.
Sonabend, den 13. Januar 1894:

Gr. Wiener Maskenball

in den Gesammtäumen der
Kräutstraße 38, Konkordia-Festsäle, Andreasstraße 64.
Die Ballmusik (3 Orchester) wird von der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker ausgeführt.
Einladungskarten à 50 Pfg. sind bei allen Mitgliedern, in den bekannten Zahlstellen und im Bureau, Neue Grünstr. 10, zu haben.
477/1

Der Vorstand.

Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Rum,

echt und Façon, Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Pl. 10 Pl. billiger.

Inhaber: **Eugen Neumann & Co.,** Conrad Neumann, 6099R
6a. Belle-Alliance-Platz 6a.
Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 8.
Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.